

Horst Adler

Zur Frühgeschichte des Nationalsozialismus und seiner Vorläufer in Schweidnitz (bis 1932)¹

Deutsch-völkische Vorläufer bis zur Gründung einer schlesischen NSDAP durch Helmuth Brückner im März 1925

Hier ist nicht der Ort, die verschiedenen völkischen Gruppen und Grüppchen der Weimarer Republik differenziert darzustellen. Einig waren sich alle in ihrer völkisch-antisemitischen Grundhaltung und dem Haß gegen die demokratische Republik. Die Hitlerbewegung war zunächst nur eine unter vielen dieser rechtsradikalen Gruppierungen, die sich auch untereinander bekämpften.

Gelegentlich berichten Schweidnitzer Zeitungen über antisemitische Aktionen in der Stadt. Da gibt es die skurrile Gestalt des pathologischen Einzelgängers, des „Dreschgrafen“ Walter v. Pückler aus Klein-Tschirne bei Glogau (im August 1924 im Alter von 63 Jahren in Breslau entmündigt gestorben), der im Winter 1921/22 in Schweidnitz von Hotel zu Hotel zieht, wo er meist jugendliche Bewunderer um sich sammelt. Gebannt lauschen sie den antijüdischen Hetzreden, die er gewöhnlich nach dem Ende der Theatervorstellung in den Lokalen von sich gibt. - Die „Mittelschlesische Zeitung“ (MZ), das Schweidnitzer Presseorgan des Zentrums, zitiert am 15. 2. 22 aus einem Artikel der liberalen „Schweidnitzer Zeitung“ (SZ) unter der Überschrift: „Die Judenrede des Dreschgrafen in der ‘Krone’ und ihre Früchte“. Danach habe dieser nicht nur allgemein antisemitische Parolen verkündet, sondern gezielt dazu aufgerufen, bestimmte Schweidnitzer Juden zu „dreschen“. Er selbst und seine Jubeljünger hätten Gäste als „Judenhengste, Judenknechte, Judenschweine und Schweinejuden“ beleidigt.

Nach diesem Bericht hat ein 16jähriger Junge „aus guter Familie“ schon im Sommer 1921 in etwa zwölf Schaufensterscheiben eingeritzt: „Kauft nicht bei Juden!“ Die betroffenen Geschäftsleute hätten auf Schadenersatzansprüche gegenüber dem Vater verzichtet. Als Begründung für sein Tun habe der Junge eine Pücklersche Rede genannt.

Auch das Symbol der völkischen Antisemiten taucht schon früh gelegentlich einmal in Schweidnitz auf. So finden sich Hakenkreuze an den Außenseiten der Mannschaftswagen, als die Kompanie Schweidnitz des SS.OS (Selbstschutz Oberschlesien) nach drei Monaten Abwesenheit am 7.7.21 zurückkehrt². Öfters werden sie 1922 mit Kreide an Fassaden gemalt; die MZ (15. 2. 22) nennt „verhetzte jugendliche Elemente“ als mutmaßliche Täter. Drastisch spricht der SPD-Parteisekretär und Stadtverordnete Reinhold Fianke nach der Ermordung Rathenaus bei einer Protestversammlung der republikanischen Parteien (SPD-DDP-Zentrum) auf dem Ring am 27.6., dem Tag der Beisetzung des Ermordeten, unter lautem Beifall das Problem an: die Schulleiter sollten energisch gegen den „Hakenkreuzblödsinn“ einschreiten. Sein Rezept: „Jeder Arbeiter, der einen dieser 15-16jährigen unerfahrenen Bengels antrifft, möge denselben durch ein paar kräftige Maulschellen auf das Unsinnige seines Treibens hinweisen“. Zur Erinnerung: Wie sehr die Mordtat an Rathenau aus der antisemitischen Hetze erwuchs, zeigt der längst in ganz Deutschland kursierende „völkische“ Vers: „*Auch Rathenau, der Walther, erreicht kein hohes Alter. Knallt ab den Walther Rathenau, die gottverdammte Judensau*“. Die Fememörder kamen aus den Reihen der Freikorps.

¹ Gedruckt in Täglichen Rundschau Nr.2/1998

² Schlesische Bergwacht (Waldenburg) 12.7.21

Die MZ erwähnt erstmals am 13.3.1923 unter einem „Eingesandt“ einen Schweidnitzer „Nationalsozialismus“, der nach dem Verbot des „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes“³ sich in einem Geheimbund, der „Schwarzen Schar“, organisiert habe. Der Briefschreiber erklärt: „Es mehren sich die Fälle, daß jüdische Mitbürger Drohbriefe erhalten.“ Einem alten jüdischen Mitbürger sei angedroht worden, er und seine Familien seien bald Leichen, wenn er weiter die SPD unterstütze. Der Betreffende erklärte, er habe sich nie mit Politik befaßt und auch die SPD nicht unterstützt. Ob es sich hier schon um Hitleranhänger handelt, bleibt freilich unklar. Die MZ meint, es handle sich bei den Antisemiten um „Leute nach Art des bekannten Grafen Pückler“ und stellt klar: „Wuchertum und Preistreiberei bekämpft man nicht damit, daß man an offenen und versteckten Orten Hakenkreuze anschmiert und die Schaufenster jüdischer Geschäfte mit Glaserdiamanten zerschneidet.“ - Erneut kritisiert die MZ am 24.9.24 „Schmutzfinken“, die Stahlhelm und Hakenkreuz an öffentliche Gebäude schmieren.

Bei Wahlen erscheinen auf den Stimmzetteln in Schweidnitz bis 1928 nur die Deutschvölkische Freiheitspartei (Reichtagswahl 5.5.1924), die Deutsch-Soziale Partei (Kommunalwahl 28.4.1924) und die Nationalsozialistische Freiheitsbewegung (Reichtagswahl 7.12.1924). Man kann davon ausgehen, daß die antretende Partei dann jeweils das gesamte Wählerpotential der „völkischen“ Richtung ausschöpft. Die NSDAP stellt erstmals bei der Reichstagswahl am 20.5.1928 eigene Kandidaten auf.

Offiziell wurde in Schweidnitz nach dem Scheitern des Münchener Hitler-Putsches vom 9.11.23 und dem anschließenden Verbot der NSDAP eine Ortsgruppe der „Deutschvölkischen Freiheitspartei“ ins Leben gerufen. Die Gründungsversammlung fand im Januar 1924 im „Preußischen Hof“ statt. Die Zahl ihrer Anhänger ist freilich gering; nur 20 - 25 Mitglieder umfaßt die neu gegründete Gruppe am Anfang; bei den Reichstagswahlen am 4. Mai 1924 erhält sie nur 174 Stimmen (= 1,1% gegenüber 6,5 im Reichsdurchschnitt; am 7.12.1924 die „Nationalsozialistische Freiheitsbewegung“ 172 (= 1,0% gegenüber 3% im Reich). Im Landkreis sinkt der Anteil bei der Dezemberwahl von 2,0% auf 1,1 %. Etwas besser schneidet die völkische Bewegung (hier als Deutschsoziale Partei Richard Kunzes⁴) bei den Kommunalwahlen im April 1924 ab, wo sie mit 557 Stimmen (= 3,74%) einen der 32 Stadtratssitze gewinnen kann. Offenbar spielte hier das persönliche Ansehen des Kandidaten eine Rolle. Ihrer sozialen Stellung nach gehören die acht bei der Kommunalwahl aufgestellten deutsch-sozialen Kandidaten dem Kleinbürgertum und der Arbeiterschaft zu. Wir finden da einen Büroangestellten, einen Kaufmann, zwei Handwerksmeister, einen Lokomotivheizer, zwei Arbeiter und einen Kleinrentner.⁵

Über die inhaltlichen Aussagen und den Stil des Wahlkampfes der „Völkischen“ mögen einige Berichte aus der MZ und aus der in Waldenburg erscheinenden „Schlesischen Bergwacht“ (SPD) Aufschluß geben. Sie sind natürlich parteilich, doch scheint ihre Beurteilung im Hinblick auf ähnliche von anderer Seite und angesichts der weiteren Entwicklung nicht übertrieben.

Die "Schlesische Bergwacht" schreibt am 14.8.23: Die Partei des „Knüppel-Kunze“, die Deutsch-Sozialen, traten am Samstag, 11.8., im Volksgarten auf den Plan. Der auswärtiger Redner trieb getreu ihrem Programm „die gemeinste Judenhetze“. Angriffe gegen Marx und Lassalle wurden von Genossen in der Diskussion abgewehrt. Beim Schlußwort des Redners gab es Lärmen und einen vorzeitiger Abbruch, der von den Gegnern mit einem Hoch auf die Internationale gefeiert wurde.

³ Der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund, eine vom Alldeutschen Verband 1919 initiierte Dachorganisation radikal antisemitischer und republikfeindlicher völkischer Gruppen und ein wichtiger Wegbereiter des Nationalsozialismus, wurde nach der Ermordung Rathenaus auf Grund des Republikschutzgesetzes verboten. Er hatte damals etwa 170 000 Mitglieder.

⁴ Richard Kunze („Knüppel-Kunze“), Mittelschullehrer, Schriftsteller. * 5.2.1872 Sagan. Vorsitzender der Deutsch-Sozialen Partei. 1922-29 Stadtverordneter der Deutsch-Sozialen Partei in Berlin. 1924 MdR. Später NSDAP. Seit 1932 MdL, 1933-1945 Mitglied des Reichstages. - 1945 in Berlin von den Sowjets verschleppt.

⁵ Neben dem gewählten Büroangestellten Horst Schönwasser, Äußere Kirchstr. 38, sind es Bäckermeister Robert Langer, Grabenstr. 3; Kaufmann Hermann Jurczok, Burgstr. 10; Metallarbeiter Karl Schäfer, Hohstr. 34; Sattlermeister Karl Köhler, Hohstr. 34; Lokomotivheizer Wilhelm Schlosser, Untere Wilhelmstr. 34; Bauarbeiter Friedrich Neugebauer, Grabenstr. 3; Kleinrentner Oskar Göbel, Vorwerkstr. 13. Langer und Köhler erscheinen bald unter den frühen Nationalsozialisten.

Am 17.3.24 beklagt die Bergwacht, daß eine erneute Versammlung der Deutschsozialen durch den Besuch relativ vieler Arbeiter ungebührlich aufgewertet worden sei. Man sollte die „Judenfresser“ einfach ignorieren. Die fast zweieinhalbstündigen Ausführungen des Redners seien eine einzige „Hetze gegen das Judentum“ gewesen, wie man sie von den „Deutschvölkischen und deren Anhängsel nachgerade gewöhnt“ sei.

Am 13.4.24 berichtet die MZ über die vorletzte Wahlversammlung der „Deutschvölkischen“, dieser „neuen Freiheitspartei“: „Viele Getreue hatten sich nicht eingefunden, dafür aber viele SPD- und KPD-Anhänger.“ Der Redner aus Breslau habe nichts als „Redensarten und allgemeines Gewäsch“ geboten. Hervorgehoben wird der Versuch, die „Deutschvölkischen“ als soziale Partei darzustellen, um die Gunst der Arbeiter zu gewinnen. Alle anderen Parteien seien scharf angegriffen worden. Zum Attentat auf Rathenau habe der Redner erklärt, Mord bleibe zwar Mord, doch sei der Tod dieses Mannes nicht sehr zu bedauern. - An einer anschließenden lebhaften Aussprache beteiligten sich keine Vertreter der bürgerlichen Parteien. „Auf jeden Fall hat die Versammlung bewiesen, daß man über die deutschvölkischen Beglückter in Schlesien nicht so begeistert ist wie etwa in München.“

Zehn Tage später bezeichnet die MZ eine andere Versammlung dieser Gruppe als „eine einzige großangelegte Judenhetze“ - „Sensationshascher und Radaupolitiker kamen auf ihre Rechnung; denkende Menschen konnten sich eines Gefühls des Schauderns nicht erwehren“.

Die letzte Versammlung der Deutsch-Sozialen am 22.4. im Volksgarten vor der Wahl artete laut der „Schlesischen Bergwacht“ (24.4.24) zu einer „Radauveranstaltung“ aus. Für den angekündigten, aber verhinderten Kunze waren zwei andere Redner gekommen. Der zweite, Eisenbahningenieur Lenschow/Breslau, habe ein „furchtbares Strafgericht“ über die SPD gehalten. Der Schweidnitzer Kommunist Fritz Schubert habe ihn in dieser Hinsicht in der Diskussion kräftig unterstützt und den SPD-Genossen geraten, ihre Führer zum Teufel zu jagen.⁶ Als der Redner das Schlußwort sprechen wollte, hätten die Kommunisten die Internationale und die Deutschvölkischen das Deutschlandlied angestimmt, um dem Publikum durch Brüllen ihre Macht zu demonstrieren. Dazwischen habe man Rufe gehört: „Nieder mit den Kommunisten, hoch das Hakenkreuz!“ „Alle anständigen Menschen glaubten sich unter einer Viehherde zu befinden und werden wohl in Zukunft solche Versammlungen meiden“.

Ähnliches weiß die „Bergwacht“ am 1.12.1924 auch über die Wahlversammlung der „Nationalsozialistischen Freiheitspartei“ am 27.11. zu sagen, die im zu drei Vierteln gefüllten Volksgarten unter Anwesenheit vieler Gegner stattfand. Der Redner habe behauptet, nur die Nationalsozialisten brächten Rettung aus dem Elend. „Ausnahmsweise verleugnete dieser Redner auch die kommunistische Gesinnungsfreundschaft und wurde recht unliebenswürdig gegen sie.“ An der anschließenden Diskussion beteiligte sich auch der jüdische Kaufmann Leopold Prager, „der unter Beweis stellte, daß bei der Auspowerung des Volkes bzw. Unterdrückung die sogenannten Christen den größten Anteil haben“. Auch mehrere SPD-Diskutanten meldeten sich zu Wort. „Der rasende Beifall /für sie/ wird den Rassereinen bewiesen haben, daß eine äußerst starke Opposition im Saale vorhanden war.“ - Das magere Ergebnis der Reichstagswahl am 7.12.24 (172 Stimmen) bestätigt die geringe Anziehungskraft der NS-Freiheitsbewegung auf die Schweidnitzer Wähler.

Nach der Gründung des Gaues Schlesien der NSDAP am 15.3.1925

Nachdem Adolf Hitler, im Dezember 1924 aus der Festungshaft in Landsberg entlassen, am 27.2.1925 in München die NSDAP neu begründet hatte, folgte rasch der Aufbau einer festen

⁶ Den Sozialdemokraten erschienen stets Hakenkreuz und Sowjetstern in vielfacher Hinsicht vergleichbar. Dazu laufende Aufsätze in der „Schlesischen Bergwacht“, etwa „Hakenkreuz und Sowjetstern“ (279/28.11.24) oder „Weder Hitler-Knechte noch Stalin-Sklaven“ (61/12.3.30)

Organisation auch in Schlesien, die in erster Linie das Werk Helmuth Brückners⁷ war. Der bisherige Gauleiter der NS-Freiheitsbewegung in Mittelschlesien und Stadtverordnete in Breslau setzte am 15.3.25 bei einer Gautagung die Auflösung der NS-Freiheitsbewegung durch. Anschließend wurde die NSDAP ins Leben gerufen.⁸

In einem Brief Brückners an Hitler vom 17.3.25 nennt der Gauleiter als bereits bestehende Ortsgruppen neben Brieg, Ohlau, Freiburg und Waldenburg auch Schweidnitz. Nach der Schweidnitzer NS-Tradition betrachtete sich die lokale Organisation sogar als die Keimzelle des Nationalsozialismus in Schlesien.⁹ Doch ging es sehr mühsam voran. Auch für Schweidnitz gilt die Aussage Bessels über die weitere Entwicklung des Nationalsozialismus in Schlesien bis 1929: „Nach dem ‚Urknall‘ im März 1925 begann die schlesische Nazi-Partei unter seiner /i.e. Brückners/ Führerschaft einen langen und langsamen Entwicklungsprozeß, in dem sich das Netz Ihrer Organisation immer weiter spannte und ihre Basis immer breiter wurde.“¹⁰

Die Schweidnitzer Ortsgruppe hatte zunächst ganze zwölf Mitglieder. Die ersten Mitgliederversammlungen fanden im Hotel „Goldener Löwe“ (Burgplan 9) oder im Nebenzimmer des „Volksgartens“ (Glubrechtstr. 5) statt. Fast alle zwölf Parteigenossen waren arm¹¹. Deshalb beschränkten sich die Mitgliederversammlungen meist auf bloße Sprechabende. Kam einmal ein Redner zu einer öffentlichen Veranstaltung, erhielt er gewöhnlich keine Vergütung; die Einnahmen aus Eintrittsgeldern reichten kaum, die anderen Unkosten zu decken.

Kein Wunder, daß es immer wieder zu Austritten kam, doch war die Zahl der Neuzugänge größer. Rege Flugblattpropaganda und persönliche Werbung ließ die Mitgliederzahl der Ortsgruppe bald auf das Doppelte anwachsen, was Köhler nicht zuletzt dem 1926 aus Brieg zugezogenen Ortsgruppenleiter Walter Gottschalk¹² und dessen Organisationstalent zuschreibt. Auch im Landkreis entstanden jetzt eigene Ortsgruppen.

Unmittelbar nach der Gründung der schlesischen NSDAP hatte Brückner auch SA-Einheiten ins Leben gerufen. Die vier ersten SA-Leute aus Schweidnitz (Walter Gottschalk, Karl Köhler, Keller, Walter Thiemann) traten öffentlich 1926 erstmals in Uniform auf, als sie mit SA-Leuten aus Freiburg und Waldenburg einen Propagandamarsch nach Hohenfriedeberg machten. Obwohl noch sechs Gesinnungsgenossen aus Oberschlesien zu ihnen stießen, waren es nur 25-30 Mann, die in ihren Braunhemden einiges Aufsehen erregten. Die meisten waren arbeitslos; mehr als ein Uniformhemd konnte sich kaum einer leisten.

Die schlesische SA bildete bis zur Bildung der „Gruppe“ Schlesien unter Edmund Heines im Jahre 1931 einen „Gausturm“, der zunächst nur in „Stürme“ gegliedert war. Die wenigen Schweidnitzer SA-Leute gehörten anfangs als Trupp (ursprüngliche Bezeichnung „Gruppe“, etwa 25-30 Leute) zum gefürchteten „Schnicker“-Sturm 13 (Waldenburg)¹³ unter Sturmführer Fritz Sperling. Im Oktober 1929 wird die Standarte III im Gausturm Schlesien unter

⁷ Helmuth Brückner, * 7.5.1896 Peilau Krs. Reichenbach, führt 1925 die NS-Freiheitsbewegung, deren Gauleiter er gewesen war, in die NSDAP. 1930 MdR, 1932 MdL. 17.8.1932 Landesinspekteur Ost (Schlesien, Ostpreußen, Danzig). 25.3.1933 Oberpräsident Breslau, Preußischer Staatsrat, 7.10.33 SA-Gruppenführer. 6.12.1934 abgesetzt und aus der Partei ausgeschlossen, verbannt nach Rostock. 1945 von Sowjets verhaftet und wahrscheinlich 1951 in einem Lager verstorben.

⁸ s. dazu: Helmut Neubach, Die Gründung der NSDAP in Breslau am 15. März 1925. Bemerkungen zu einem Brief des Gauleiters Helmuth Brückner an Adolf Hitler. in: Ders., Parteien und Politiker in Schlesien, Dortmund 1988, S. 202 ff.

⁹ So etwa im Telegramm an Helmuth Brückner am 30.3.1933: „Ihre Stadt Schweidnitz, **Geburtsstätte der Bewegung in Schlesien**, verlieh Ihnen heute das Ehrenbürgerrecht und beschloß Umbenennung der Oberen Wilhelmstraße in Helmuth-Brückner-Straße.“ (Hervorhebung durch den Verfasser) und öfter.

¹⁰ Richard Bessel, Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925-1934“. New Haven & London 1984, S. 17 ff. (Übersetzung durch den Verfasser)

¹¹ Karl Köhler in der „Mittelschlesischen Gebirgszeitung“ (MGZ) 162/17.8.1939

¹² Walter Gottschalk, *10.11.1893 Leschnitz/OS, Kriegsteilnehmer 1914-18, dreimal verwundet, seit 1919 NSDAP, 1925 Ortsgruppenleiter, 1929 Sturmführer Sturm 22 (Schweidnitz) in der Standarte III des Gausturms Schlesien, von Mitte 1931 bis 31.10.1932 Führer der SA-Standarte 10 (Schweidnitz), dann Untergauleiter Niederschlesien und stellvertretender Gauleiter. 1932/33 MdL, 1933-45 MdR. 1.10.35-1.10.37 Gauinspekteur der SA, Gaupropagandaleiter.

¹³ Das schlesische Wort „schnicken“ bedeutet verprügeln, verdreschen, verhauen.

Standartenführer Hoffmann¹⁴ ins Leben gerufen. Ihr Gebiet entspricht in etwa dem der Brigade 18 (Mittelschlesien-Süd) im Jahre 1938. Im Oktober 1929 besteht die Standarte III aus 6 Führern und 284 Mann. Im Dezember des gleichen Jahres sind es schon 8 Führer mit 364 Mann, im Januar 1930 9 Führer und 400 Mann.¹⁵ Schweidnitz-Stadt bildet zusammen mit Striegau und Freiburg in ihr den Sturm 22 unter Walter Gottschalk, der ab 1931 nach der Erhebung des schlesischen Gausturms zur SA-Gruppe Schlesien und der Berufung von Edmund Heines nach Breslau Führer der neuen Standarte 10/ Schweidnitz wird. Nach Gottschalks Ernennung zum Untergauleiter Niederschlesien folgt ihm im Oktober 1932 Hans Kittel¹⁶.

Wir sind der Entwicklung vorausgeeilt. 1926 mühten sich nur wenige sektiererische Fanatiker ab, die verqueren Vorstellungen von einer gegen die „Arier“ gerichtete jüdisch-marxistischen Weltverschwörung unter die Leute zu bringen und Anhänger zu werben. Dazu half auch ein Abzugsgerät, für 7,50 RM erworben und in einer kleinen Werkstatt aufgestellt, das die Herstellung von Flugblättern erleichterte und verbilligte. Nach dem Ende des ersten „Schlesischen Beobachters“ im Herbst 1925 gab es ja keine schlesische NS-Zeitung mehr, bis am 1.3.1930 ein neues Organ mit gleichem Titel in Schweidnitz aus der Taufe gehoben wurde¹⁷. 1927 wurde ein „Opferring“ gegründet; er sollte es heimlichen Sympathisanten ermöglichen, die Parteikasse zu füllen, ohne sich öffentlich als Parteianhänger bekennen zu müssen. Im Februar des gleichen Jahres fand im „Volksgarten“ eine Versammlung statt, deren Thema programmatische Bedeutung hatte. Das Thema des Redners, „Der antikapitalistische Marxismus als Handlanger der internationalen Hochfinanz“, zeigte die doppelte Frontstellung gegen Kommunismus und „Plutokratie“, die nach nationalsozialistischem Weltverständnis beide Instrumente einer angeblichen jüdischen Weltverschwörung waren. 1927 traten die Brüder Georg und Rudolf Trzeciak¹⁸, Inhaber einer Getreidegroßhandlung, der NSDAP bei. Ersterer spielte bald eine wichtige Rolle unter den Schweidnitzer Nationalsozialisten. Am 1.5.1928 wurde er Bezirksleiter der NSDAP, was dem späteren „Kreisleiter“ entsprach, 1929 Stadtverordneter, später unbesoldeter Stadtrat. Seit April 1933 leitete er, zunächst als kommissarischer Bürgermeister, dann als Oberbürgermeister die Geschicke der Stadt bis 1945. Seit Juli 1937 trug er, wie sein Bruder Rudolf, den Namen Trenk. Rudolf wurde später Bürgermeister von Lüben. Die geschäftlichen Verbindungen der beiden mit den Bauern der Umgebung führten auch zu einigen Neuaufnahmen in die Partei.

1927 nahmen erstmals vier Schweidnitzer Nationalsozialisten (Georg Trzeciak, Karl Köhler, Richard Türk¹⁹ und Wittwer) am 3. Reichsparteitag teil, der vom 19.-21. August in Nürnberg stattfand. Beim 4. Reichsparteitag vom 1.-4. August 1929 waren dann bereits 25 Schweidnitzer in Nürnberg.

1927 wurde auch die Gaugeschäftsstelle von Breslau nach Schweidnitz verlegt,²⁰ zunächst in die Wohnung des Gaugeschäftsführers Helmuth Herda²¹, Hohstr. 12, dann, nach dessen Umzug, in

¹⁴ Später RAD-Oberstfeldmeister

¹⁵ Im Juni 1938 umfaßte die Standarte 10 auf viel kleinerem Gebiet über 2000 Angehörige.

¹⁶ Hans Kittel, zunächst Gutsinspektor in Alt-Jauernick, kaufte im Juli 1932 die Besitzung des Barons von Zedlitz in Tunkendorf. Er führte die Standarte wohl bis 11.1935. Am 30.1.41 befördert vom Standarten- zum Oberführer.

¹⁷ s. unten das Kapitel „Die Entstehung einer schlesischen Gaupresse“.

¹⁸ Georg Trzeciak (seit 1937 Trenk), * 22.4.1886 Breslau, + 28.1.1964 Königswinter. - Literatur: Das Führerlexikon, Berlin 1934, S. 498; Wer ist's? ¹⁰Berlin 1935; Erich Stockhorst 5000 Köpfe, Velbert 1967, S. 425. - Rudolf Trzeciak (seit 1937 Trenk), * 31.5.1892 Breslau.

¹⁹ Türk besuchte damals das Landwirtschaftliche Seminar in Schweidnitz. * Breslau 28.3.1903, 1925 Landwirt in Rothsürben. Mitbegründer der NSDAP in Schlesien. MdR seit November 1933, MdL seit April 1932. s. Wer ist's? ¹⁰Berlin 1935; Stockhorst. 5000 Köpfe S. 426.

²⁰ So Köhler. Nach Bessel, l.c. S. 176, Anm. 60 war die Schweidnitz Sitz der Gauleitung von März 1929 bis Dezember 1931.

²¹ Helmut Herda, * 2.5.1901 Schweidnitz, Lederkaufmann, Hohstr.12, später Brüderstr. Gaugeschäftsstellenleiter der NSDAP, 1929-1931 StVO Schweidnitz, auch Mitglied des Provinziallandtages. Gründer des Lützwow-Verlags. Verzieht Januar 1931 nach Breslau. Als NSDAP-StVO folgt ihm Elisabeth („Ilse“) von Reibnitz, geb. v. Richthofen, die Schwester des „Roten Kampffliegers“. Herda wird zum verlegerischen Konkurrenten des Gauleiters Brückner (Freiheits-Verlag), der aber in gerichtlichen Auseinandersetzungen obsiegt. Sommer 1931 Parteiausschluß wegen angeblicher Korruption.

die Brüderstraße 9, wo zwei Zimmer zur Verfügung standen. - Herbert Gritzke²², ab 1937 Leiter der Ortsgruppe „Bolko“, trat 1927 als Achtzehnjähriger der „Bewegung“ bei. Der Winter 1927/28 brachte verstärkte Versammlungstätigkeit, standen doch Neuwahlen zum Reichstag und zum Provinziallandtag an. Bekannte „Reichsredner“ wie Gottfried Feder²³ oder Jung²⁴ sprachen auch in Schweidnitz. Das Echo war unbedeutend und für die Partei wenig ermutigend angesichts der großen Anstrengungen, die sie unternommen hatte. Zwar konnten die „Völkischen“ bei der Reichstagswahl des 20.5.1928 das Ergebnis von 1924 verbessern. Statt der 172 Stimmen von damals für die NS-Freiheitsbewegung erhielt nun die Deutsch-Soziale Partei 345 Stimmen (2%), die NSDAP 333, das blieben aber magere 1,9%. In Freiburg waren es 8,3%, in Striegau 0,2%, im ganzen Wahlkreis Breslau 1,4%, im Reichsdurchschnitt 2,6%.

Über dieses unbefriedigende Ergebnis kann weder der Beitritt weiterer Mitglieder hinwegtäuschen, noch der Ende Oktober 1928 in Gegenwart Gregor Strassers²⁵ in Schweidnitz abgehaltene Gaugang der schlesischen „Bewegung“, bei dem erstmals SA in größeren Formationen aufmarschiert.²⁶

Das Jahr 1929 bis zur Saalschlacht im „Volksgarten“ (27.9.1929)

Ein neuer Abschnitt beginnt mit dem Jahr 1929, in dem der Überraschungssieg bei den Reichstagswahlen des 14.9.1930 angebahnt wird. Die Lage der NSDAP in Schlesien an der Jahreswende 1928/29 stellt der „Völkische Beobachter“ (VB) unter der Überschrift „*Der Kampf in Schlesiens Grenzlanden. Ein Jahr der Arbeit und des Erfolges*“ so dar:

„Ein Gau mit drei Wahlkreisen, zwei preußischen Provinzen, einer Gesamtbevölkerung von mehr als 4,5 Millionen, einer über 300 km langgestreckten deutschen Halbinsel in der slawischen und ostjüdischen Sturmflut, mit dem 'Reich' auf kurzer Strecke in der Lausitz verbunden, und von Prag jede Unterstützung für die Wenden. Auf einsamem Posten, mit der Gesamtbewegung nur durch die aufblühende Bewegung in Ostsachsen verbunden, freuten wir uns über das Entstehen des Nachbargaues Ostmark mit Wilhelm Kube²⁷ als Gauleiter.

Hatten wir es doch nicht nur mit den Deutschnationalen Hergts²⁸ in Niederschlesien, mit Löbes Genossen²⁹ und der Breslauer Synagoge in Mittelschlesien, mit dem Ulitzka-Zentrum³⁰ in Oberschlesien zu tun, sondern Wulleute³¹ landeten in Stahlhelmführungen,

²² Herbert Gritzke, * 15.7.1908, Groß Merzdorf, + 25.3.1945 Schweidnitz. August 1937 SA-Sturmbannführer, Ortsgruppenleiter „Bolko“ (für zurückgetretenen Hertel)

²³ Professor, Dipl. Ing. * 27.1.1883 Würzburg, Mitbegründer der NSDAP, seit 1924 Mdr. Galt lange als der Wirtschaftsexperte der Partei. Herausgeber des Programms der NSDAP. Als Staatssekretär nach 1933 bald auf Ehrenposten abgeschoben. + 1941.

²⁴ Bei Stockhorst erscheint der Name fünfmal. Identifikation ohne weitere Informationen noch nicht möglich.

²⁵ Gregor Strasser hatte während der Haftzeit Hitlers die Partei zusammengehalten und sie nach 1925 wieder aufgebaut. Als „Reichsorganisationsleiter“ (ab 1932) gehörte er zu den wichtigsten Männern der NSDAP und war Kopf der „sozialistischen Opposition“ gegen Hitler. Sein mißglückter Versuch, die Partei zu spalten, führte Ende 1932 zum Bruch. Er wurde 1934 beim „Röhm-Putsch“ erschossen.

²⁶ Ein Bild von der Kranzniederlegung durch Brückner am Garnisondenkmal in „Vom Kampf und Sieg. der schlesischen SA“, Breslau 1933

²⁷ Wilhelm Kube, * 1887 Glogau, bis 1923 Mitglied der DNVP, dann Deutsch-Völkische Freiheitspartei, 1927 NSDAP. 1928 Gauleiter des neuen Gaues Ostmark, 1936 amtsenthoben. 1941 Generalkommissar für Weißruthenien mit Dienstsitz in Minsk. Dort am 23.9.1943 einem Attentat zum Opfer gefallen.

²⁸ Oskar Hergt 1869-1967. 1915 Regierungspräsident Liegnitz, 1916/17 Oppeln. 1917/18 preußischer Finanzminister. Dezember 1918 - Oktober 1924 Vorsitzender der DNVP. 1920-33 MdL. 1927/28 Justizminister.

²⁹ Paul Löbe, * 14.12.1875 Liegnitz, + 3.8.1967 Bonn. SPD-Politiker, 1920-24 und 1925-32 Reichstagspräsident. 1933 sechs Monate „Schutzhäft“ im KZ Breslau-Dürrgoy. - 1948/49 Mitglied des Parlamentarischen Rates, 1949-53 MdB. - 1949 erschienen erstmals seine „Erinnerungen eines Reichstagspräsidenten“, in denen er auch über seine Erlebnisse in den Konzentrationslagern Dürrgoy (1933) und Groß-Rosen (1944) berichtet.

³⁰ Carl Ulitzka, * 1873 Jernau Krs. Leobschütz, + 1953 Berlin. 1897 Priesterweihe. Führender Zentrumspolitiker, Mdr, stellvertretender Landeshauptmann von OS. 1939 von den Nationalsozialisten aus Schlesien vertrieben, 1944/45 KZ Dachau. Nach Kriegsende Rückkehr nach Ratibor, wegen drohender Verhaftung durch Polen Flucht nach Berlin. s. Hans-Ludwig Abmeier, Carl Ulitzka, in: Schlesische Lebensbilder VI, 197-205.

³¹ Reinhold Wulle, Journalist und Politiker (1882-1950). 1920-1924 DNVP-Mdr als führender Vertreter des völkisch-antisemitischen Flügels. Vertrat dann in der 1922 von der DNVP abgespaltenen DVFP (Deutsch-völkische Freiheitspartei) die Forderung nach einer „völkischen Diktatur“, später einer „völkischen Monarchie“. Ab 1928 als Nachfolger Graefes Vorsitzender der zur Splitterpartei gewordenen DVFP. Heftige Kritik an Hitler. 1938 -1940 Gefängnisse und KZ Sachsenhausen.

Rosikat³² lenkte seine Gefolgschaft in Breslau in den Tannenbergbund³³, und die Deutschsoziale Partei hielt - Jenzen³⁴ ausgenommen - noch zu Beginn des Jahres fest an dem demokratischen Völkischen Richard Kunze³⁵. Dieser entfaltete bis zum Wahltag am 20. Mai /1928/ rastlos mit seiner alten Organisation eine rührige Propaganda - wie alle völkischen Gruppen hier - auch gegen Hitler und die Münchener Zentrale der Bewegung. ... Kunze erhielt bei der Wahl zum Reichstag und Landtag fast 24 000 Stimmen und büßte gegenüber 1924 mehr als 15 000 Anhänger ein. Demgegenüber stand eine Entwicklung von über 12 000 Ludendorff-Stimmen 1925 auf 22 000 Stimmen 1928 für die Bewegung Adolf Hitlers in Schlesien.

Die Propaganda war erschwert durch Geldmangel, das Auftreten von zwei völkisch-sozialen Parteiorganisationen fast in jeder Stadt, ein wenig dichtes Eisenbahnnetz und durch die Tatsache, daß die Industriegegenden meist nahe an der Auslandsgrenze und weit voneinander durch rein agrarische Gegenden und Forsten getrennt liegen.

Lediglich das Grubengebiet in dem Deutschland verbliebenen Teil Oberschlesiens und das Waldenburger Revier zeigten, daß die Hitlerbewegung über völkische Zersplitterung gesiegt und Breschen in marxistische Hochburgen gelegt hatte. Dazu kam in Görlitz die völkische Einigung unter unserer Fahne.”³⁶

Einen willkommenen Anlaß zur Agitation gegen das „System“ bietet die Auseinandersetzung um den Young-Plan, die zu einem Volksbegehren des „Reichsausschusses“ (Hitler: NSDAP, Seldte: Stahlhelm, Hugenberg: DNVP, Claß: Alldeutsche) mit anschließendem Volksentscheid (22.12.29) führt. Die Reparationskonferenz unter dem Vorsitz des Amerikaners Owen D. Young trat am 9.2.1929 in Paris zusammen. Am 28.4. erklärte Young, Deutschland solle innerhalb von 58 Jahren etwa 114 Milliarden Goldmark Reparationen zahlen; der Vorschlag wurde am 29.5.29 angenommen; auch die deutsche Delegation unter Leitung von Hjalmar Schacht stimmte zu.

Der Kampf gegen den Young-Plan war insbesondere den Nationalsozialisten Anlaß für eine Monat für Monat anschwellende Flut von Versammlungen, auch in allen Teilen Schlesiens. Wanderredner zogen im Lande herum und besuchten nicht nur die Städte sondern gingen auch mit Erfolg auf die Dörfer. So sprach etwa der Parteiredner Türk im Februar im Kreise Schweidnitz zu Bauern und Landarbeitern in Seiferdau, Alt-Jauernick, Kroischwitz, Schönbrunn, Esdorf und Schwengfeld. Insgesamt wurden in Schlesien im Monat Februar über 60, im März/April zusammen 140 öffentliche Versammlungen der NSDAP abgehalten.³⁷

Hier seien nur einige Berichte über Schweidnitz - aus der eigentümlichen Sicht und in der Diktion des VB - wiedergegeben.³⁸ - Am 6.2. sprach Gauleiter Brückner, „um mit der Mittelschlesischen Zentrumszeitung abzurechnen“; im selben Monat noch nimmt Pg. Münchmeyer³⁹ „sämtliche Parteien von links bis rechts unter die Lupe“. Es sei „der größte Schlag“ gewesen, den die Nationalsozialisten je in Schweidnitz geführt hätten. - „Am 24. März wurde eine Versammlung in Schweidnitz-Niederstadt, im rötsten Viertel abgehalten. Die Kommunisten waren diesmal in ansehnlicher Stärke erschienen und hatten auch aus der ganzen Umgegend

³² Dr. iur. Erich Rosikat gehörte 1925 an der Seite Brückners zu den Mitbegründern des Gauess Schlesien der NSDAP, von der er sich später mit der „Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten“ trennte. U.a. Provinzialvorsitzender des Verbandes schlesischer Siedlungsunternehmungen und „Führer der völkischen Bauernschaft Schlesiens“. - Weiteres Schicksal nicht bekannt.

³³ Der „Tannenbergbund“ war eine 1925 gegründete Dachorganisation völkischer Wehr- und Jugendverbände unter der Schirmherrschaft Erich Ludendorffs. Seit 1927 unter dem Einfluß seiner zweiten Frau Mathilde zunehmend ein Instrument des weltanschaulichen Kampfes gegen die „überstaatlichen Mächte“ (Jesuiten, Freimaurer, Juden, Marxisten) für „deutsche Gotterkenntnis“. 1933 verboten.

³⁴ Konrad Jenzen, *20.4.1882. Postbeamter. Nach 1919 stellvertretender Gauwart des „Völkischen Schutz- und Trutzbundes“ in Schlesien. 4.5.1924-1927 als Deutsch-Sozialer, von 1927-1933 als Nationalsozialist Stadtverordneter in Görlitz. NSDAP-Ortsgruppenleiter und Bezirksleiter Niederschlesien, seit 1930 MdR, 1934-38 Oberbürgermeister von Görlitz.

³⁵ s. Fußnote 3

³⁶ VB 13.2.1929

³⁷ VB 9.3.29; 18.5.29

³⁸ Zwei Monate Großpropaganda in Schlesien. VB 18.5.29

³⁹ Ludwig Münchmeyer, * 2.6.1885, ev. Pfarrer. Reichsredner der NSDAP, 1930 MdR.

planmäßig ihre Mitglieder zusammengezogen in der unverhohlenen Absicht, die Versammlung zu sprengen. Schon vor der Versammlung wurde der SA-Führer auf dem Weg zum Versammlungslokal zweimal überfallen. Nachdem Pg. Türk 15 Minuten gesprochen hatte, begann bereits die KPD zu brüllen und zu toben. Ein S.A.-Mann wird zur Saaltür hinausgewiesen, und unser 76-jähriger S.A.-Mann Brandt⁴⁰ wird von jungen kommunistischen Burschen in rohester Weise zu Boden geschlagen. Als später unsere Waldenburger S.A. als Verstärkung eintraf, war der kommunistische Überfall bereits gescheitert.“ Bei all diesen Kampfschilderungen ist zu bedenken, daß hier nur eine Seite zu Wort kommt, die darüber hinaus keinerlei Bedenken hat, die Wahrheit notfalls so zu verbiegen, daß sie ins eigene Konzept paßt. Ein anschauliches Beispiel für solche Verdrehungen bietet etwa die NS-Berichterstattung über die SA-Prozesse 1929/30 und die ihr zugrunde liegenden Vorfälle im Schweidnitzer „Volksgarten“ (s. u.) Es gibt aber keinen Zweifel, daß auch die Kommunisten mit härtesten Bandagen fochten. Ihr Motto: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“ war ganz wörtlich gemeint.

Im April spricht Gregor Strasser in Freiburg vor angeblich 700 Personen, unter denen sich viele Landwirte der Umgebung befinden. Auf den dort erzielten hohen Anteil von 8,3% NS-Stimmen bei der RT-Wahl im Mai 1928 wurde bereits oben hingewiesen. Während in Schweidnitz 333 Wähler für Hitler gestimmt hatten, waren es im wesentlich kleineren Freiburg mit seiner Industriearbeiterschaft 419 gewesen. - Der VB lobt ausdrücklich die Anstrengungen der Schweidnitzer Parteigenossen:

„Den größten Erfolg des gesamten Gaues kann der Bezirk Schweidnitz buchen, unter seinem Bezirksleiter Georg Trzeciak. 34 Versammlungen wurden in einer Woche in diesem Bezirk abgehalten. Hunderte von Neuaufnahmen war der äußere Erfolg. In der Stadt Schweidnitz selbst fand jeden zweiten Tag eine große öffentliche Versammlung statt. Unsere Erwartungen wurden bei weitem noch übertroffen. Den Auftakt bildete Pg. Dreher, MdR⁴¹. Der Saal war mit über 800 Personen gefüllt. Pg. Willikens⁴² sprach zwei Tage später in demselben Saal, der wieder voll besetzt war, über 'Das Erwachen des Landvolks'. Weitere zwei Tage später sprach Pg. Hinkler⁴³ im wiederum mit 800 Menschen vollbesetzten Saal. Der Hauptschlag wurde jedoch am 17. April geführt, wo Hauptmann Göring, MdR., der letzte Kommandeur der Jagdstaffel Richthofen, in Schweidnitz war. 1200 Personen waren erschienen und der Saal schon eine halbe Stunde vor Beginn polizeilich gesperrt. Gegen Abend fand ein S.A.-Aufmarsch unter Vorantritt der Waldenburger Bergkapelle statt. Als die Dunkelheit immer näher kam, entzündete die SA ihre Fackeln. Der Zug marschierte zur Gedächtnisstätte für den gefallenen Flieger Richthofen in der Promenade⁴⁴. Dort sprach Pg. Göring markige Worte an die Schweidnitzer Bevölkerung. Das Deutschlandlied beschloß die eindrucksvolle Feier. Als um 8 Uhr der Zug der Braunhemden mit klingendem Spiel vor dem Versammlungslokal ankam, begehrten noch Hunderte vergeblich Eintritt. Die Ausführungen Görings über Manfred von Richthofens Taten, über die schwere Arbeit der S.A. und über die Wehrmacht unseres Volkes ernteten begeisterten Beifall. Zwei Tage später sprach Gauleiter Brückner im röttesten Viertel von Schweidnitz in der Niederstadt, wo die Kommunisten 10 Tage vorher unsere Versammlung zu sprengen

⁴⁰ Hugo Brandt, wohnhaft Wilhelmsplatz 5, war der älteste SA-Mann Schlesiens. * 1853, trat 1928, also mit 75 Jahren, als 7. Mitglied dem Trupp Schweidnitz im Sturm 13/Waldenburg bei. s. MGZ 9.2.1939.

⁴¹ Wilhelm Dreher, * 10.1.1892 Ay, Werkzeugschlosser. 1928 MdR-NSDAP. - 10.3.1933 Staatskommissar für Ulm und Schwaben, 1.7. 1933 Polizeidirektor Ulm. 1942 Regierungspräsident Sigmaringen, 1943 SS-Brigadeführer.

⁴² Werner Willikens, * 8.2.1893 Vienenburg. Landwirt. Seit 1925 Mitglied der NSDAP, 1928 MdR. 1933 Staatssekretär im Preuß. Landwirtschaftsministerium, Preuß. Staatsrat. Später im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft; SS-Gruppenführer.

⁴³ Paul Hinkler, * 25.6.1892 Berlin, Lehrer. 1919 Aufstellung und Leitung des Grenzschutzes in Posen. 1922 NSDAP. 1926-1931 Gauleiter in Halle-Merseburg. 1933 Polizeipräsident Altona-Wandsbeck. 1936 MdR. 1939 Polizeipräsident Wuppertal (bis 1943). SA-Gruppenführer.

⁴⁴ Die Gedächtnisstätte war im Sommer 1928 eingeweiht worden. Vgl. Horst Adler, Die Entstehung der Richthofen-Gedächtnisstätte in Schweidnitz. (TR 2/1988, S.6f.)

versuchten. Diesmal sollten unsere Führer totgeschlagen werden. Aber als der Abend kam, war der Saal wohl völlig gefüllt, aber nicht von Kommunisten, die nur mit 20 Mann erschienen waren. Denen war angesichts der 70 Braunhemden die Mordlust vergangen. Der nächste Abend, der uns zur Hitler-Geburtstagfeier vereinigte, gestaltete sich zu einer ersten und zuversichtlichen Feier."

Die „Propagandawelle“ rollt weiter mit Reden von Gruppenführer Reventlow⁴⁵ (17.9.) gegen Stresemanns Außenpolitik oder von Julius Streicher⁴⁶ (19.9.) gegen Juden und Freimaurer.⁴⁷

Die MZ, die von NS-Veranstaltungen in der Regel überhaupt nicht berichtet, kann am 28.4.29 nicht umhin, zu klagen: „Unsere Stadt ist jetzt der Tummelplatz der radikalen Parteien“. Unmittelbarer Anlaß war freilich eine Antifa-Kundgebung der KPD. Am 4.5.29 wendet sich ein Leitartikel „Schach dem Radikalismus!“ erneut gegen Umzüge und Demonstrationen, deren Verbot gefordert wird, wie gegen die „üble ‚Brandrede‘ Görings und die ‚Hetzreden der Roten Front“. Dabei werden auch der Maiumzug der Gewerkschaften und ein Umzug des Stahlhelms als „Demonstrationen radikaler Verbände“ angeführt. Fazit: „Es gärt im Lande! Ungestraft dürfen die Radikalen aller Schattierungen den Staat und die Staatsautorität verhöhnen und schmähen.“ - Schlimmeres steht noch bevor.

Die Saalschlacht vom 27.9.1929 und die Folgen

Am 27.9.1929 sprengten die Schweidnitzer Nationalsozialisten, verstärkt durch Zuzug aus der näheren und weiteren Umgebung, mit brutaler Gewalt eine SPD-Versammlung im „Volksgarten“, einem Lokal auf der Glubrechtstraße. Nach dem Namen des Volksgartenpächters und der Schlacht Friedrichs II. bei Mollwitz machte der Volksmund daraus die „Schlacht bei Kollwitz“.

Dieser Akt des Terrors und die zwei daraufhin folgenden Gerichtsverfahren hatten bedeutsame Auswirkungen auf die weitere Entwicklung des Nationalsozialismus nicht nur in der Stadt und in Schlesien, sondern weit darüber hinaus. Hier war es, wo Hitler erstmals vor Gericht aussagte, er strebe die Herrschaft in seinem neuen, dem „Dritten Reich“, ausschließlich mit legalen Mitteln an. Deshalb sollen Anlaß und Verlauf der Saalschlacht und die zwei anschließenden Prozesse (3.12.-23.12.1929 und 10.6.-5.7.1930) eingehend dargestellt werden. Auch das Ergebnis der Kommunalwahl vom 17.11.29 war gewiß nicht unbeeinflusst von den unmittelbar vorausgegangenen lokalen Ereignissen, wenn man dies auch angesichts der allgemeinen Aufheizung der Stimmung (Volksbegehren gegen den Young-Plan; steigende Arbeitslosigkeit) nicht überschätzen sollte.

Am Anfang steht die schon 1928 einsetzende „fieberhafte Werbetätigkeit“⁴⁸ der Nationalsozialisten in Schlesien und auch in Schweidnitz, deren Form und Inhalt die MZ „bedenklich“ findet. Die harte Tonart in diesem Kampf führt schließlich dazu, daß die Zentrumszeitung selbst bezahlte Anzeigen der NSDAP mit der Begründung ablehnt, in deren Versammlungen würden Mitbürger beleidigt. Diesem Vorgehen schließt sich auch die konservative „Tägliche Rundschau“ an. „Diese Politik des Totschweigens hatte rüde Flugblätter gegen beide Zeitungen zur Folge.“ Den verschärften Ton finden wir dann auch in dem Flugblatt,

⁴⁵ Ernst Graf zu Reventlow, * 18.8.1869 Husum, + 1943. Kapitänleutnant a.D. und Schriftsteller, Mitbegründer der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei. Seit 1924 MdR-NSDAP.

⁴⁶ Julius Streicher, 1925-1940 Gauleiter von Franken, seit 1923 Herausgeber der antisemitischen Zeitung „Der Stürmer“. Gehängt in Nürnberg 16.10.1946.

⁴⁷ MGZ 18.8.39

⁴⁸ MZ 30.9.28

das zu einer NS-Versammlung mit dem Parteiredner Rentmeister aus Wien⁴⁹ auf den 26.9.29, 20 Uhr, in die „Braukommune“ einlädt. Sein Thema lautet: „Reichsbanner in Deutschland, Republikanischer Schutzbund in Österreich - eine Judenschutztruppe“. Dementsprechend trägt das Flugblatt die Überschrift: „Was ist das Reichsbanner?“ und gibt provozierend die Antwort: „Eine ausgesprochene Judenschutztruppe“. Dann fährt der Verfasser fort: „Volksgenossen! Wundert ihr Euch nicht, daß alle unsere Gegner auf die gegen sie gerichteten Angriffe so sehr schweigen? Uns wundert es nicht, sie kneifen alle, denn sie fürchten die Wahrheit.“ Freie Aussprache wird zugesichert und zum Erscheinen „in Massen“ aufgerufen. „Die SPD-Bonzen und das Reichsbanner sind besonders eingeladen“.

Die Verhöhnerten verbreiten ein Gegenflugblatt mit der Überschrift: „Unsere Antwort“: „Wir füllen nicht die Versammlungen der Nationalsozialisten und machen sie auch nicht interessant. Unsere Antwort erfolgt vielmehr in einer eigenen Versammlung“. Am Freitag, 27.9.29, soll um 20 Uhr im „Volksgarten“ der SPD-Reichstagsabgeordnete und Redakteur der sozialdemokratischen „Schlesischen Bergwacht“ (Waldenburg), Carl Wendemuth, den Nationalsozialisten „gründliche Antwort erteilen“. Unterzeichner des Flugblattes sind die SPD, der ADGB, der Arbeiterturn- und Sportbund und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Es kam noch druckfrisch in die Rentmeister-Versammlung und erzeugte tiefen Groll bei den Nationalsozialisten. „Daß es da ‚irgend etwas geben würde‘, war uns von vornherein klar.“⁵⁰

Die SA „ging in die ... Versammlung und besetzte vorzeitig den Saal“.⁵¹ Nach Köhlers Darstellung waren es etwa 100 Mann in Zivil. Sie „jagte die ganze Judenmeute (!) zum Saale hinaus.“ Pfeiffer nennt den Überfall eine „äußerst zünftige Saalschlacht, in deren Verlauf es etwa 80 Nationalsozialisten gelang, 800 Sozialdemokraten in fünf Minuten aus dem Saal herauszuwerfen.“

Die Staatsanwaltschaft erhob gegen die Schläger Anklage. Hauptthema des Prozesses im Dezember war die Frage, wer mit der Gewalt angefangen habe und ob die Nazis mit dem Vorsatz der Versammlungssprengung gekommen waren. Köhler hält auch 1939 noch an der Version fest, die NSDAP habe sich verteidigen müssen: „Die Marxisten glaubten nun, Hahn im Korbe zu sein und versuchten, die SA aus dem Saale zu werfen,“ angeblich, weil diese über die Behauptung Wendemuths, die NSDAP werde, so wie sie gekommen sei, auch wieder verschwinden, gelacht habe.

Gemessen an den im Verfahren ermittelten Tatsachen, sind da die Erinnerungen eines Cornelius Pfeiffer genauer: „Wir saßen an dem denkwürdigen Freitag abend, unordentlich verteilt, an verschiedenen Tischen des Saales, als der Herr Redner seinen Sermon begann. Es ist nun so: ein Prophet gilt nie etwas im eigenen Lande, ein schlechter aber schon gar nicht. Als Herr Wendemuth sich als falscher erwies, indem er den endgültigen Tod des Nationalsozialismus für demnächst voraussagte, war er schon unten durch. Es gab Unruhe im Saal und Zwischenrufe, die dicke Luft war mit Spannung geladen wie vor einem Gewitter, - da auf einmal knallte ein Schlag und dann ging es, ‚hast du nicht gesehen?‘“⁵²

Die Nationalsozialisten waren ganz offensichtlich mit der Absicht gekommen, den politischen Gegner das Gruseln zu lehren. Zu eindeutig ist, was im Gerichtsverfahren erwiesen wird: nicht nur aus Schweidnitz kamen die Teilnehmer, auch aus Breslau, Freiburg, Striegau, Reichenbach, Strehlen und Waldenburg werden sie mit Autos in die Stadt gebracht. Die Freiburger werden sogar von einigen Damen der „Frauenhilfe“ als Sanitäterinnen begleitet; ein Krankenauto aus Freiburg soll in Schönbrunn gewartet haben. Eine in Groß Rosen angesetzte NSDAP-

⁴⁹ Walter Rentmeister, * 3.12.1894 Feldbach. Weltkriegsteilnehmer. 1920 Stadtverordneter der NSDAP in Klagenfurt, 1923-25 Landesleiter der NSDAP in Kärnten. 1926-28 Gauleiter der NSDAP in Wien. April 1932 Mitglied des Landtags in Niederösterreich. Juni 1933 Flucht ins Deutsche Reich. 1938 Mdr.

⁵⁰ Cornelius Pfeiffer, Als der Führer in Schweidnitz weilte. MGZ Nr. 106/07 v. 19./20.4.1939 (mit 3 Abb.)

⁵¹ Köhler, l.c.

⁵² Cornelius Pfeiffer, l.c.

Versammlung wurde abgesagt, um dem vorgesehenen Redner Lütt⁵³ und den Parteigenossen der Striegauer Gegend die Teilnahme in Schweidnitz zu ermöglichen.

Sicher ist, daß unter den über 800 Besuchern der Versammlung etwa 100.⁵⁴ getarnte Nationalsozialisten, überwiegend SA-Leute, waren, die den Saal vorzeitig besetzt hatten. Die Gesamtstärke der schlesischen SA wird für den 15.6.29 mit 280 angegeben⁵⁵ Diese Zahl beweist schon, daß man in Schweidnitz auf auswärtige Verstärkung angewiesen war, wenn man eine entsprechende Streitmacht auf die Beine stellen wollte. Die Versammlungsteilnehmer am 27.9. waren in Zivil gekommen, hatten aber z. T. das Braunhemd unter einer Jacke versteckt, und setzten erst auf ein verabredetes Signal ihre Mützen auf, damit man Freund und Feind im Handgemenge unterscheiden konnte. Das Zeichen kam sehr schnell, nachdem der Redner Wendemuth prophezeit hatte, der Nationalsozialismus werde so schnell vergehen wie er gekommen sei. Zwischenrufe des NS-Parteiredners Lütt lösten die Aktion aus.

Trotz des Eingreifens der Ordner des REICHSBANNERS glich der Saal sofort einem Hexenkessel. Stühle und Biergläser dienten als Schlag- und Wurf Waffen. SA-Leute stürmten die Bühne. Wendemuth ließ sein Manuskript, die Aktentasche und seine Uhr im Stich und brachte sich in Sicherheit; in der Verhandlung vor dem Schweidnitzer Landgericht bekundete er, daß er Uhr und Aktentasche bis dato noch nicht zurückerhalten habe. Der Versammlungsleiter, der SPD-Parteisekretär Hoppe⁵⁶, sucht sein Heil ebenso in der Flucht wie der Führer des Schweidnitzer Reichsbanners Bratsch. Schnell ist der Spuk vorbei.

Pfeiffer resümiert scheinheilig: „Als der Saal leer war und die Gläser nicht mehr an der Brüstung der Galerie zerschellten, sahen wir uns etwas erstaunt an, wir, die wir da als kleines kümmerliches und ziemlich zerschlagenes Häuflein noch übrig waren. Verflucht, waren das aber wenig! Das hätte auch leicht schief gehen können! Uns war da einen Augenblick sogar etwas bange vor der eigenen Courage.“ Gewalt hatte gegen Vernunft gesiegt: eine freie Aussprache war ausdrücklich angekündigt worden.

Völlig überrascht wurde von dem Geschehen auch die Schweidnitzer Polizei. Nur zwei Beamte, Kriminalassistent Körbel und Hauptwachtmeister Grieger, nahmen im dienstlichen Auftrag, gemäß Vereinsgesetz, an der Versammlung routinemäßig teil. Körbel rief beim Beginn der Tätlichkeiten telefonisch Unterstützung herbei. Als die zur Bereitschaft gehörenden Polizeibeamten den Saal betraten, flogen noch immer Stühle und Biergläser in Richtung des Einganges, so daß ein Beamter verletzt wurde, und in eine Saalecke, in die sich Versammlungsteilnehmer und Reichsbannerleute zurückgezogen hatten. Erst mit gezogener Schußwaffe konnten die Beamten die SA-Leute zur Ruhe zwingen.

Als der Leiter der Schweidnitzer Polizei, Oberinspektor Schell⁵⁷, eintraf, versuchte er die feindlichen Gruppen zu trennen und ordnete deshalb an, daß die Nationalsozialisten im Saal bleiben sollten. Doch diese fühlten sich als Sieger und zogen in Gruppen ab. „Aber als dann der Lütt sprach, als wir mit Gesang, im Besitz der Wendemuthschen Papiere und reichlich stolz abzogen, da freuten wir uns doch mehr, als wir es uns eingestehen wollten.“⁵⁸ „Hitlerlieder singend, zog hierauf ein riesiger Demonstrationzug durch die Stadt,“ übertreibt der „Völkische

⁵³ Friedrich Wilhelm Lütt, * 6.5.1902 Cuxhaven, Gauamtsleiter der NSV im Gau Osthannover. 1932 MdL, 12.11.1933 MdR. Gauhauptamtsleiter und Oberbereichsleiter der NSDAP.

⁵⁴ so Köhler. Pfeiffer spricht von 80, die Anklageschrift von 150.

⁵⁵ Vom Kampf und Sieg der schlesischen SA, S. 53

⁵⁶ Willi Hoppe (SPD), Waldenburger Str. 23. Als Parteisekretär erstmals genannt 17.12.1929. 27.2.30 unbesoldeter Stadtrat. 1933 KZ Dürrgoy

⁵⁷ Dr. Wilhelm Schell, seit 20.7.1928 als Polizeioberinspektor Leiter der Schweidnitzer Polizei. Wohnung Freiburger Str. 1. 13.4.1933: „Beurlaubung beantragt, die ihm auch bewilligt worden ist.“ * 7.3.1895 Nittel/ Mosel, 1924 Pol.-Hauptkommissar in Düren, vorher Hundertschaftsführer der Schupo beim Pol.-Präsidium Recklinghausen. 5.8.1932 Promotion an der jurist. Fakultät der Universität Breslau. - Angeblich Mitglied der Zentrumspartei, Angehöriger des Bolko-Kapitels; scharf antinationalsozialistisch. Weiteres Schicksal nach 1933 unbekannt. Gerüchtweise verlautet, Hermann Göring habe seine Hand über ihn gehalten (Staffelkamerad?) und seine weitere Polizeikarriere gefördert. Nach 1945 wohnhaft Hamburg, Klosterstieg 7 als Oberstleutnant, später Oberst der Schupo (a.D.). + 18.5.1958, bestattet auf dem Ohlsdorfer Friedhof.

⁵⁸ Pfeiffer l.c.

Beobachter“.⁵⁹ Von der Tatsache als solcher ist wohl das Attribut „riesig“ abzuziehen. Die Führer (Lütt, Herda, die Brüder Trzeciak u.a.) feierten den „Sieg“ anschließend in der „Braukommune“.

Das Ergebnis der „Abrechnung“ läßt sich sehen: über 50 mehr oder minder Verletzte und eine zertrümmerte Saaleinrichtung. Laut MZ v. 28.9.29 gingen etwa 100 Tische und 500 Biergläser zu Bruch. Seinen Schaden bezifferte der Pächter Kollwitz in der Verhandlung am 9.12.29 auf 958,40 RM; er habe sich wegen Schadenersatz an die SPD als Veranstalter gewandt.

Es ist von allgemeinem Interesse, wie die Münchner Parteiführung mit den Ereignissen umgeht. Sie lügt unbedenklich, wenn es ihren Zielen zu dienen scheint. In den Ausgaben vom 1.-3. 10. 1929 berichtet das Zentralorgan der NSDAP, der „Völkische Beobachter“ über diese Vorfälle aus der Provinz im Osten des Reiches.⁶⁰ Unter der laufenden Rubrik „Blut! Blut! Blut!“ steht neben Meldungen aus Hamburg und Berlin folgende Notiz: „Schweidnitz, 29.9. Vor einigen Tagen hielten die Nationalsozialisten hier unter der Devise „Das Reichsbanner- eine Judenschutztruppe“ eine öffentliche Versammlung ab. Als Antwort darauf hatten das Reichsbanner, die SPD und die freien Gewerkschaften für Freitagabend eine Versammlung einberufen, in der der Chefredakteur der „Bergwacht“ in Waldenburg, Reichstagsabgeordneter Wendemuth, sprechen sollte. Zu der Versammlung waren Nationalsozialisten in großer Zahl auch von auswärts eingetroffen. Nachdem der Redner fünf Minuten gesprochen und die Nationalsozialisten provoziert hatte, setzte ein furchtbarer Tumult ein. Mit Stühlen ging man gegen die Nationalsozialisten vor. Biergläser flogen durch die Luft und der Versammlungsteilnehmer bemächtigte sich großer Panik. Die Saaleinrichtung, Fenster, Türen usw. gingen in Trümmer und mehr als 50 Personen wurden verletzt.“ - Das bloße Geschehen ist richtig geschildert, aber die Schuld wird dem Gegner zugeschoben. Diese verdrehte Sicht wird auch später im Prozeß die Generallinie der Verteidigung prägen.

Am nächsten Tag (2.10.) liest man unter „Blut! Blut! Blut!“ neben Berichten aus Graz, Chemnitz, Wandsbeck und Stuttgart bereits eine noch stärker instrumentalisierte Darstellung des Schweidnitzer Vorfalls, die die Sachlage vollends auf den Kopf stellt: „Am 27. ds. wurde eine Gruppe SA-Männer, die zum Versammlungsschutz befohlen war (sic!), von zahlreichen Reichsbannerleuten angefallen. Dabei wurden die SA-Männer Georg und Rudolf Trzuiak (sic! recte: Trzeciak) schwer verletzt (sic!) und mußten sich in ärztliche Behandlung begeben.“

Dem Ziel, die SA-Mitglieder als unschuldige Opfer des „roten Terrors“ hinzustellen, dient auch die Notiz vom 3.10. (inzwischen auf S.1 vorgerückt!): „Bei der am 27. September hier stattgehabten Saalschlacht, hervorgerufen durch marxistische Sprengungsversuche (sic!), wurde der SA-Mann Herbert Klar durch Schläge und geschleuderte Biergläser an Gesicht und Händen so schwer verletzt, daß er auf drei Wochen in ärztliche Behandlung genommen werden mußte.“ Auch der Striegauer SA-Mann Alfred Kupsch wird als Opfer, das ärztliche Hilfe beanspruchen mußte, reklamiert. - Von den „mehr als 50 Personen“, die zwei Tage vorher als verletzt gemeldet wurden, hört man nichts mehr.

Die Polizei in Schweidnitz und die Regierung in Breslau - sie hat wegen der politischen Bedeutung der Vorgänge bald die Ermittlungen übernommen - sind näher am Geschehen als die Münchener Redaktion des VB, die sich wiederum nur auf Berichte der Schweidnitzer Nationalsozialisten stützen kann, wenn sie nicht a priori Märchen erzählt. - So werden hier auch bald Konsequenzen gezogen.

Der Gaugeschäftsführer Helmuth Herda und der Bezirksleiter Georg Trzeciak werden (laut VB vom 5.10.: „grundlos“!) verhaftet. Die Gaugeschäftsstelle (Brüderstraße) wurde (VB 3.10.: „nach Berliner Muster“, aber „ergebnislos“) durchsucht, ebenso das Geschäft von Herdas Vater

⁵⁹ VB 5.10.29

⁶⁰ Wie wenig man in der Münchner Zentrale über den deutschen Osten wußte, zeigt nicht nur die Zuordnung von Schweidnitz zu Oberschlesien in der amtl. Totenliste der „Bewegung“.

auf der Hohstraße (dieses am 30.9.29) und die Wohnung des Schweidnitzer SA-Sturmführers Walter Gottschalk. Die Ermittlungen führen schließlich zu fünf vorläufigen Festnahmen (Herda, Georg und Rudolf Trzeciak, Rudolf Thiemann und Max Kubissa). (VB 5.10.29). Besonderen Unmut der Nationalsozialisten erregt „der Jude Kohn“ - wohl Erich Kohn (Gallewski) -, der sich um Zeugen für die Unschuld des Reichsbanners bemüht.

Immerhin scheint Gauleiter Brückner die Brisanz der Ereignisse klargeworden zu sein. Er verbietet bis auf weiteres den Besuch „gegnerischer Versammlungen“, da „unsere Kraft zunächst allein dem Schutz eigener Veranstaltungen gehört“. (VB 5.10.29)- Man mag aus dem versteckten Tadel schließen, daß die Schweidnitzer Vorgänge durch die lokalen Funktionäre (Trzeciak, Herda, Meißner) zu verantworten sind. Brückners Erkenntnisse wurden sicher beschleunigt durch das am 2.10.29 von Oberpräsident Lüdemann (SPD) verhängte Verbot der nationalsozialistischen Ortsgruppen Schweidnitz, Breslau, Waldenburg und Striegau, das sich auf die Schweidnitzer Vorfälle stützt. - Ein Antrag der NSDAP im Preußischen Landtag (VB 23.10.29) auf Aufhebung des Verbots und Mißbilligung Lüdemanns bleibt erfolglos.

Auch der für den 26./27.10.29 in Schweidnitz geplante Gauparteitag mit Fackelzug am Abend des 26., Gefallenenehrung und Kundgebung gegen den Young-Plan wird von der Schweidnitzer Polizeiverwaltung (gez. Oberbürgermeister Peikert) am 15.10. verboten. Lt. VB vom 18.10.29 sollen aber die geplanten öffentlichen „Massenveranstaltungen mit Dr. Goebbels und MdL Kaufmann als „Wählerversammlungen“, die ja durch die Verfassung geschützt waren, stattfinden und damit den Vorstellungen des fälschlich zum „Rassejuden“ erklärten Oberpräsidenten Lüdemann und des „Halbjuden“ (Mutter Jüdin) Dr. Jaenicke (Regierungspräsident Breslau) „Paroli geboten werden“. Zwar kam der Berliner Gauleiter, Dr. Josef Goebbels, nicht; die angekündigten zwei Wählerversammlungen aber fanden am 26. Oktober statt - parallel in zwei Gaststätten, denen durch den Oberbürgermeister als Polizeibehörde auf Grund der Vorkommnisse vom 27.9. der Ausschank von Getränken nur in Pappbechern gestattet wurde, die die Schweidnitzer Nationalsozialisten stifteten. Gewarnt von den Vorfällen im „Volksgarten“ verlangen Gastwirte 1000.- RM Kautions. Redner waren Kaufmann, Hinkler und Oberlindober. Dr. Keßler von der Landeskriminalpolizei Breslau überwachte den Ablauf. - Beide Versammlungen waren gut besucht. Lt. VB 3./4.11.29 mußten sie sogar wegen Überfüllung polizeilich gesperrt werden.

Ein Kommentar der MZ am Montag (30.9.29) nach der „Schlacht bei Kollwitz“ sieht die Auswirkungen auf die überwiegend sozialdemokratisch orientierten Arbeiter der Stadt: *„Daß sich der Schweidnitzer Arbeiterschaft angesichts der Provokationen der nationalsozialistischen ‚Arbeiterpartei‘ eine tiefgreifende Erregung bemächtigt hat, ist nicht zu verwundern. In den Betrieben gärt und brodelt es, und die ‚Bergwacht‘ führt eine Sprache, die nicht gerade friedfertig genannt werden kann.“* Das Zentrumsorgan schließt daran die Warnung an die Linke, sie solle nicht ebenfalls die Methode einer „Politik der Straße“ betreiben. Das letzte Wort habe die Justiz zu sprechen.

Dem polizeilichen Verbot öffentlicher Versammlungen unter freiem Himmel im Anschluß an die nationalsozialistischen Ausschreitungen fielen übrigens auch einige der für Samstag, 28. 9. 29, geplanten Kundgebungen im Rahmen des „Stahlhelmtages“ zum Opfer. Der Aufruf der TR, schwarz-weiß-rot zu flaggen, hatte nicht den sonst üblichen Erfolg. Der hochkarätige Redner (Seldte) mußte im Saale des „Volksgartens“ sprechen; die MZ meint, daß er dort „arg schmähete“ und knüpft daran den Kommentar, daß man dem erstrebten Wiederaufstieg Deutschlands „mit Fackelzug, Parade und Zapfenstreich auch nicht um Haaresbreite“ näherkomme. - Das Auftreten des „Stahlhelms“ provozierte in der gespannten Situation eine Protestversammlung der Linken auf dem Ring. Kommunisten griffen sogar einzelne Stahlhelmtropps an der Sandbrücke an. Etwa 500 Mann versammelten sich vor dem „Volksgarten“, um gegen Seldte zu protestieren. Der Versuch, in den Saal einzudringen, wurde von der aus Waldenburg verstärkten Schutzpolizei

verhindert, die die Demonstranten auseinandertrieb. „So herrschte wieder völlige Ruhe.“ (MZ 30.9.29). Aber auch gegen einzelne, die als Vertreter eines der widerstreitenden politischen Lager kenntlich sind, richtet sich die aufgestaute Aggression. - Laut MZ wurden am 26.10.29 gegen 21 Uhr ein Nationalsozialist aus einer Gastwirtschaft in der Breslauer Straße von einer größeren Anzahl Kommunisten aus dem Lokal geschleppt und verprügelt, wobei er auch einen Messerstich am rechten Auge erhielt. - Am 27.10. wurden gegen Mittag zwei Stahlhelmangehörige, die in der Langstraße Flugblätter verteilten, von einer vorbeimarschierenden Abteilung auswärtiger Kommunisten geschlagen. Die Polizei nahm einen Täter fest und löste die Abteilung auf.

Die NSDAP war in aller Munde. Die Probe aufs Exempel, wie weit sich offensichtliches Interesse an der Partei auch in Wählerstimmen niederschlagen würde, brachten die Wahlen im November 1929 zum Provinziallandtag und zu den Gemeindeparlamenten.

Die Kommunalwahl vom 17.11.1929

In der zuletzt im Mai 1924 gewählten Stadtverordnetenversammlung verfügte die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) mit 12 Mandaten (von 32) über die stärkste Position. Je fünf Stadtverordnete stellten Zentrum, SPD und KPD, die beiden liberalen Gruppierungen (DDP und DVP) hatten je zwei. Ein Mandat hatte die völkische Deutsch-Soziale Partei errungen. Inzwischen hatte sich in Schweidnitz (wie in ganz Schlesien) seit 1925 die Hitlerpartei etabliert (s.o.). Bei der Neuwahl des Gemeindeparlaments am 17.11.29 konnte sie einen bedeutenden Schritt vorwärts machen. Sie zog nun erstmals ins Stadtparlament ein. Ganz offensichtlich gewann sie auf Kosten der DNVP, deren Mandate auf 6 halbiert wurden, und der „nationalliberalen“ DVP. Die SPD stieg von 5 auf 9 Mandate (wohl in erster Linie zum Schaden der KPD, die nur noch 2 StVO erhielt). Das Zentrum, dem schon 1921 nur 6 Stimmen zum sechsten Mandat gefehlt hatten, konstituierte sich mit unverhofften 7 Stadtverordneten - das zusätzliche Mandat wurde von Stadtpfarrer Dr. Georg Schmidt ausgeübt - als zweitstärkste Fraktion.

Die Nationalsozialisten bildeten mit vier Vertretern zwar nur eine kleine Gruppe, standen damit aber nach SPD (9), Z (7), DNVP (6) an vierter Stelle, vor DDP (2), KPD (2), DVP (1) und der Wirtschaftspartei (1). - Die vier Stadtverordneten der NSDAP werden wir schon im Dezember als Angeklagte im „Volksgarten-Prozeß“ vor dem Schweidnitzer Gericht wiederfinden. Es sind: Kaufmann Georg Trzeciak, Gaugeschäftsführer Hellmuth Herda, Metallarbeiter Gustav Thiel und Ofensetzmeister Wilhelm Meißner.

Im Durchschnitt erzielte die NSDAP in Schweidnitz 13,27 %, doch schwankte die Zahl in den einzelnen Wahllokalen beträchtlich, zwischen 8,46 % (Lindenruh, Kletschkauer Str.; SPD dort fast 51 %!) und 21,75 % (Braukommune). Unterdurchschnittlich ist die NSDAP in der Niederstadt und im „roten Viertel“ um die Büttner- und Petersstr. (NSDAP und KPD hier ziemlich gleich stark um die 10%) vertreten, der 20%-Marke nähert sie sich noch in den Wahllokalen Hohenzollernhof (Ecke Waldenburger-/Gartenstr.) mit 18,85 %, der Herberge zur Heimat (Obere Wilhelmstr., später Hindenburgstr.) mit 18,57% und dem Kesselstift (Waldenburger Str.) mit 18,21%. - Es sind also nicht die Wohnbezirke der Arbeiter, sondern die des begüterten Bürgertums, in denen die nationalsozialistischen Wähler von 1929 daheim sind. Dort finden sich natürlich auch überdurchschnittliche Ergebnisse für die DNVP (Durchschnitt 19,24%): Herberge zur Heimat 30,61%; Hohenzollernhof 21,54%. Atypisch ist in dieser Hinsicht das Kesselstift, wo die Deutschnationalen wegen der Wähler aus der Bögendorfer Siedlung mit 19,59% knapp hinter der SPD (20,27%) bleiben. - In der ersten StVO-Sitzung am 12.12.29 wird StVO Kaßner (SPD) mit 18 von 31 abgegebenen Stimmen zum Vorsteher gewählt.

Der 1. Schweidnitzer NS.-Prozeß (2.-23.12.1929)

Die polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen der Vorgänge am 27.9.1929 („Schlacht bei Kollwitz“) führten zur Anklageerhebung gegen 16 Schweidnitzer Nationalsozialisten, denen Versammlungssprengung, schwerer Landfriedensbruch und Verübung von Gewalttaten vorgeworfen wurde. Die Anklageschrift umfaßte einen dicken gedruckten Band.

Angeklagt waren als „Rädelsführer“ die vier führenden Nationalsozialisten der Stadt: Georg Trzeciak, Kaufmann, Stadtverordneter, „Bezirksleiter der NSDAP für Schweidnitz“, was dem späteren „Kreisleiter“ entsprach, Walter Thiemann, Arbeiter, SA-Gruppenführer⁶¹, StVO, Helmuth Herda, Kaufmann, Gaugeschäftsführer, MdProvL, StVO, und Wilhelm Meißner, Töpfermeister, StVO, Leiter der Ortsgruppe Schweidnitz. Die weiteren zwölf Angeklagten waren Josef Kubissa, Max Kubissa, Herbert Gritzke, Karl Köhler, Karl Brommer, Günther Albrecht, Georg Klose, Paul Schneider, Gustav Giesel, Gustav Kulisch, Wilhelm Bittner und Rudolf Trzeciak.⁶²

Den Vorsitz im Prozeß führt Landgerichtsdirektor Beer, Beisitzer ist Wiggo v. Moltke. Die Anklage vertreten Oberstaatsanwalt Schreiber und Staatsanwaltschaftsrat Loderhose. Wie wichtig den Nationalsozialisten der Prozeß ist, zeigt die Bestellung eines Verteidigers aus der Münchener Parteizentrale, des Dr. Hans Frank, der später Generalgouverneur von Polen werden sollte. Unterstützt wird er von dem Schweidnitzer Rechtsanwalt Dr. Friedrich Geisler. Welche Bedeutung auch die staatlichen Behörden dem Prozeß beimessen, beweist die Teilnahme des Oberlandesgerichtspräsidenten Witte aus Breslau und des Schweidnitzer Landgerichtspräsidenten Dr. Hans Engelmann an der Eröffnung. - Ein starkes Schupo-Aufgebot aus Waldenburg sorgt für Ruhe und Ordnung.

Die Angeklagten hatten bei der Eröffnung des Verfahrens um 9 Uhr in SA - Uniform im Sitzungssaal Platz genommen. Ihre Einlassung lief darauf hinaus, daß nicht sie, sondern das Reichsbanner auf der Anklagebank sitzen müsse; sie hätten nur dessen Angriffe abgewehrt, woraufhin Frank beantragte, die Verhandlung auszusetzen und ein neues Verfahren gegen das Reichsbanner zu eröffnen, was das Gericht ablehnte, da nicht genügend Material gegen diese Organisation vorliege. Herda wandte sich gegen das „undeutsche System“ von Weimar, das „System der Novemberdemokratie“, die „Revolte-Parteien von 1918“. In der Berichterstattung des VB (6.12.29) liest sich das so: *„Man zwingt einfach die Kämpfer Adolf Hitlers - von denen sich keiner ehr- und wehrlos zusammenschlagen läßt - erst zur Notwehr, stempelt dann den Angegriffenen zum Angreifer und behauptet schlankweg, der gewalttätige Angriff gegen ‚Andersdenkende‘ sei Zweck und Ziel der nationalsozialistischen Bewegung!“* - Lt. VB betonten die übrigen Angeklagten, daß sie alle früher der KPD, SPD „oder einer anderen Parteirichtung“ angehört hätten. In Frage kommen dabei eigentlich nur die völkischen Vorläufer der NSDAP.

Als erster Zeuge wurde der Führer des Breslauer SA-Sturms, Geyer vernommen. Er blieb - unterstützt von Zeugen und Verteidigern - bei der „kindischen Behauptung“ (so der Staatsanwalt), daß die Kürzel „SA“ für „Sportabteilung“, nicht aber für „Sturmabteilung“ stehe. Als Staatsanwaltschaftsrat Loderhose daraufhin die Verlesung der „SA-Befehle“ beantragte, um die SA als militärisch straff organisierte, revolutionäre, staatsfeindliche Organisation zu entlarven, konterte RA Frank II, diese Befehle hätten weder jetzt Gültigkeit noch hätten sie sie am 21.9.29 gehabt.

⁶¹ Die „Gruppe“ ist damals noch die Bezeichnung für den späteren „Trupp“!

⁶² Ein Gruppenbild der Angeklagten mit Verteidiger Frank vor dem Gerichtsgebäude bringt der VB am 13.12.1929 auf der ersten Seite. Die Bergwacht druckt es schon in 288/10.12.29. Weitere Fotos finden sich in „Vom Kampf und Sieg der schlesischen SA,“ S. 54-56. Beim Bild des verwüsteten Volksgartensaals wird hier allerdings fälschlich die „Braukommune“ als Schauplatz des Kampfes genannt.

Daraus ergab sich der Antrag Franks, Adolf Hitler als Parteivorsitzenden und den obersten SA-Führer, Hauptmann a.D. Franz Pfeffer von Salomon, zur Sache zu hören. Die Staatsanwaltschaft beantragte zusätzlich die Vernehmung des Führers der SS, Heinrich Himmler, aus München. Das Gericht beschloß die Ladung dieser drei Zeugen zum 14.12., hob den Beschluß aber am Beginn der nächsten Woche wieder auf, zugunsten einer kommissarischen Vernehmung Hitlers in München.

Mehrmals kommt es inzwischen zu Kontroversen zwischen dem Vorsitzenden und NS-Zeugen, die jeweils den Angeklagten den Hitlergruß entbieten; ein Erfolg bleibt Landgerichtsdirektor Beer versagt, obwohl er nach Kräften bemüht ist, einen politischen Schauprozeß zu verhindern und energisch und entschieden die häufigen Versuche der Verteidigung zurückweist, Prozeßteilnehmer politisch oder religiös anzugreifen. Letzteres bezieht sich immer auf die häufige Diskriminierung von wirklichen oder angeblichen Juden durch die sehr aggressive Verteidigung.

Die Vernehmung der Zeugen hinterläßt bei dem unvoreingenommenen Leser der zeitgenössischen Berichte einen verwirrenden Eindruck. Ihre Aussagen entsprechen im wesentlichen ihrer politischen Einstellung; teilweise sind sie von vorsichtiger Zurückhaltung geprägt. Werden Nationalsozialisten in die Enge gedrängt, verweigern sie die Aussage.

Der wichtigste Mann der Schweidnitzer SA, Kaufmann Walter Gottschalk, erklärt schließlich, „daß er als Nationalsozialist das Gericht sowieso als Gegner betrachte“ (MZ 5.12.29). Ähnlich begründet der Waldenburger Versammlungsteilnehmer Ullrich auf Vorhaltungen des Gerichts seine wissentlich falschen Aussagen vor der Polizei (er hatte geleugnet, überhaupt in Schweidnitz gewesen zu sein): „Weil ich diesem System keinen Glauben schenken kann!“ (MZ 10.12.29)

Eine Erklärung für das Verhalten der nationalsozialistischen Zeugen gibt ein - gegen den erbitterten Widerstand der Verteidigung verlesenes - Merkblatt mit Verhaltensregeln für SA-Angehörige. Punkt 8 lautet: „Sei kein Waschweib, es braucht nicht jeder zu wissen, wohin du fährst.“, Punkt 9: „Der Polizei gegenüber weißt du nichts!“

Weitaus sachlicher und glaubwürdiger erscheinen die Aussagen des SPD-Redners Wendemuth, des erst kurz vorher zugezogenen SPD-Parteisekretärs Willi Hoppe, des Schweidnitzer Reichsbannerführers Bratsch und des Polizeioberspektors Schell.

Die aggressive Gangart der Verteidigung wendet sich auch gegen die Pressevertreter, die dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüberstehen. Zu tumultuarischen Szenen kommt es, als Hauptmann a.D. Georg Lichey, Herausgeber der „Chronik“ und erbitterter Gegner der Hitlerbewegung, im Gerichtssaal erscheint. Einen Antrag der Verteidigung, ihn von der Sitzung auszuschließen, lehnt das Gericht ab.

Am 7. Verhandlungstag beschließt das Gericht auf erneuten Antrag des RA Frank II Hitler, der sich gerade in Berlin befand, als Zeuge direkt zu vernehmen. Die Ladung erfolgt für Freitag, den 13.12.29.

Vor dem Gerichtsgebäude haben sich am 13.12. zahlreiche Zuschauer eingefunden; der Andrang im Gerichtssaal ist stark. Die Polizei ist stark vertreten, ebenso die Presse, selbst aus Breslau und Berlin.

Die Verhandlung beginnt mit der Verlesung der schon früher zitierten Grusa-Befehle über die innere Organisation der SA. Frank wiederholt die frühere Behauptung, sie seien nicht mehr gültig, vor allem habe Hitler nie einen Befehl zur Gewaltanwendung gegeben.

Als Zeuge wird der schlesische Gauleiter Helmuth Brückner (die MZ bescheinigt ihm ein „unerhört anmaßendes Wesen“) gehört, der - vom Vorsitzenden energisch in die Schranken verwiesen - erklärt, daß „die NSDAP berufen sei, die Ehre der Nation wiederherzustellen.“ (MZ 13.12.29). Auch die Behauptung Brückners, das „Reichsbanner“ sei „terroristisch eingestellt“ weist Landgerichtsdirektor Beer entschieden zurück.

Nach einer Pause betritt Adolf Hitler den Gerichtssaal. Alle Angeklagten erheben sich von den Plätzen und bleiben während der ganzen Vernehmung ihres "Führers", der in bürgerlichem Zivil erschienen ist, stehen.

Da die Vernehmungsniederschriften bisher verschollen sind, folgt hier der Bericht der MZ über Hitlers Aussage im Wortlaut.

„Hitler sprach dann längere Zeit über seine Bewegung, wie sie entstanden ist und welche Aufgaben sie nach seiner Auffassung zu erfüllen habe. Ihm schwebt das Ziel vor Augen, das nationale und das sozialistische Deutschland zu einen und zusammenzuführen. Es sei ihm nicht eingefallen, eine staatsfeindliche Organisation aufzubauen, und er bezeichnet es selbst als Wahnsinn, gegen den Staat mit Gewalt vorzugehen. Die Staatsgewalt versage aber, wenn es gelte, bedrängte Staatsbürgerrechte zu schützen. Den Sieg des Marxismus kann sich Hitler nur durch den 'groß angelegten Terror' erklären. Dieser mache es notwendig, sich selbst zu schützen und Schutz- und Abwehrorganisationen zu gründen. Er sei der allein Verantwortliche für die ganze Bewegung, absolutes Befehlsrecht habe er, trotzdem komme es natürlich auch in seiner Partei zu unüberlegten Schritten, die er aber selbst entschieden ablehnt und gegen die er mit brutaler Rücksichtslosigkeit vorgeht. Die Idee kann nur durch Propaganda verbreitet werden, daher die straffe Organisation. Es sei nicht seine Absicht gewesen, eine Geheimorganisation zu gründen. Die politischen Morde lehne er als schwere Verbrechen ab. Ober den Putsch vom November 1923 will er sich an dieser Stelle nicht näher auslassen, doch ist er der Meinung, damals in Gemeinschaft mit der Regierung gehandelt zu haben.

Hitler verbreitete sich dann näher über die SA - Abteilungen. Sie dienen, so wie er aussagt, 1. dem Selbstschutz, 2. der Propaganda. Aus bestimmten Gründen kämpfe er nicht gegen die Fememörder, er müsse es aber auch ablehnen, daß man seine Bewegung in Verbindung bringe mit dem Erzbergermorde und der Schändung jüdischer Friedhöfe. Bei den SA-Abteilungen bestehe strengstes Waffenverbot. Mit brutaler Rücksichtslosigkeit werde die Entwaffnung durchgeführt. Über die Finanzierung seiner Partei sagt Hitler, daß die Beiträge mit brutaler Rücksichtslosigkeit hereingeholt werden. Hitler erklärt, daß er vor einem unparteiischen Gericht jede Auskunft gebe, vor der Polizei tue er das aber nicht, denn die Polizei sei eben die Exekutivgewalt des jeweils herrschenden Staates und als solche eben nach der bestehenden parteipolitischen Konstellation abgestempelt.“

Die „Schlesische Bergwacht“ kommentiert bitter:

„Das Gericht schweigt – Hitler spricht --. Nicht eine einzige Frage hat der Staatsanwalt zu stellen. Der Nationalsozialist Dr. Frank hat mit der Vernehmung Hitlers erreicht, was er wollte. Die politische Propaganda konnte sich im Gerichtssaale ungehindert austoben. - Wir aber stellen öffentlich fest, daß der Vorsitzende sowohl als auch der Staatsanwalt nichts getan haben, um dies zu verhindern.“⁶³

Während die MZ Hitler bescheinigt, er habe sich vor Übertreibungen und Ausfällen gehütet, wirft sie dem Obersten SA-Führer Pfeffer von Salomon „grobe Entgleisungen“ vor. Gegen den bisherigen Trend der Verteidigung läuft seine Aussage, die Grusa-Befehle seien immer noch in Kraft. Die sog. „10 Gebote“ (s.o.) seien aber nicht offiziell, sondern „von irgend jemandem“ in die Welt gesetzt. Auch er bestätigt, daß die Kürzel „SA“ offiziell für „Sturmabteilung“ stehe, doch werde sie auch „Sportabteilung“ genannt. Nach seiner Darstellung müsse sich die SA in Notwehr gegen den „Blutterror“ der „Schwarz-rot-gelben Horden“ verteidigen. Er kann auf wiederholtes Befragen allerdings nur das Schlagwort der Kommunisten: „Schlagt sie tot, die

⁶³ Bergwacht 292/14.12.1929

Faschisten!" nennen, während er vorher von „Hunderte(n), hunderte(n)!" Opfern des „Systems" gesprochen hatte.

Ins gleiche Horn stößt noch einmal Gauleiter Brückner, nach dessen Ansicht die preußischen Behörden gegen den linken Blutterror schwiegen, ihn sogar deckten. Diese Ausführungen weist der Vorsitzende ganz energisch ebenso als ungehörig zurück wie den Vorwurf „böswilliger Auslegung der Gesetze durch Beamte dieser Republik“ durch Pfeffer.

Noch niedriger wird das Niveau, als Pfeffer von einem „preußischen Innenminister"- Grzesinski - spricht, dessen Namen seine „deutsche Zunge" nicht aussprechen könne, oder von „bewaffneten Horden anderer Parteien“.

Hitlers ersten Besuch in Schweidnitz wollten seine Anhänger gebührend feiern. Der „Führer“ und Pfeffer sollten in - trotz erhöhter Eintrittspreise - bereits ausverkauften Versammlungen im VOLKSGARTEN bzw. der BRAUKOMMUNE sprechen. Entgegen ihren ursprünglichen Zusagen verließen beide aber bereits um 15 Uhr im Auto Schweidnitz, was bei den Hitleranhängern beträchtliche Enttäuschung hinterließ.

Der VB bringt keine der Sachaussagen Hitlers, dafür ein begeistertes lyrisches Stimmungsbild von Hitlers Empfang in Schweidnitz im Gartenlauben-Stil:

„Noch ist es Nacht. Vor dem Gerichtsgebäude hat sich eine von Minute zu Minute wachsende, Einlaß begehrende Menge angesammelt. Naß und kalt graut der Dezembermorgen auf. Ein unfreundlicher Wind weht. Braunhemden, einzeln und in Gruppen, beleben die Straßen. Hunderte von Menschen stauen sich vor dem Landgericht. Die Zahl der Frauen und Männer, die Einlaß wollen, hat sich erhöht. In unabsehbarer Schlange stehen sie. Heute stehen die Plätze hoch im Wert.

11.15 Minuten. An einer Kreuzung schieben sich Wagen zwischen die Kopf an Kopf stehende Masse. Adolf Hitler - Hauptmann v. Pfeffer, Braunhemden! Überall recken sich Arme zum Gruß. Die Menge rast.

Die halbstündige Pause im Schwurgerichtssaal ist zu Ende, in wenigen Minuten ist der Raum bis auf den letzten Platz gefüllt. Hitler und v. Pfeffer treten ein. Im Zuhörerraum erheben sich mehrere Personen. Die Angeklagten, uniformiert, grüßen stumm ihren Führer. Stumm ..., aber in ihren Augen liegt ein helles Leuchten. Die Zeugen werden aufgerufen. ... Zeuge Hitler. 16 Angeklagte erheben sich mit einem Ruck.

Der Vorsitzende fordert den Zeugen Hitler auf, eine Erklärung über Sinn und Charakter der SA-Befehle abzugeben. Hitler spricht! Er spricht eine Stunde. Klar, markant, eindringlich. Nach seiner Aussage eine knappe Verbeugung. Ein stummer Gruß den Angeklagten. die begeistert antworten, aber diszipliniert, nicht die Würde des Gerichts verletzend. -

1 Uhr 30 Minuten. Hotel „Zum Löwen". Parteigenossinnen überreichen Hitler Blumen. Er lehnt sie ab mit den Worten: „Sie gebühren nicht mir, sondern da, diesen Vorkämpfern unserer Idee." Und jedem einzelnen, der Angeklagter ist, überreicht er eine Blüte. Dann drückt er jedem die Hand."⁶⁴

An dieser Stelle sei daran erinnert, daß die Stadtverordnetenwahlen drei Wochen vor den geschilderten Ereignissen den Nationalsozialisten zwar gut 13% der Stimmen gebracht hatten. Für die angebliche Massenbegeisterung hätte das nie gereicht. Freilich waren zum Besuch Hitlers aber gewiß auch die SA-Formationen der näheren und weiteren Umgebung nach Schweidnitz gebracht worden.

⁶⁴ VB 17.12..1929, S. 2

Der Prozeßalltag geht am 11. und 12. Verhandlungstag mit zusätzlichen Zeugenaussagen weiter. In ihren Plädoyers am 19.12. läßt die Anklagebehörde den schwersten Vorwurf, den des Landfriedensbruchs, fallen und hält nur die Versammlungssprengung für erwiesen: daneben stehen Anklagen wegen Körperverletzung. Die Verteidiger fordern Freispruch; Frank hält weiter an der Version fest, das „Reichsbanner“ habe den Kampf begonnen.

Einen Tag vor dem Heiligen Abend spricht das Gericht sein Urteil. 9 Angeklagte, darunter die Hauptbeschuldigten, werden freigesprochen. Verurteilt werden Thiemann zu 3 Monaten, Max Kubissa und Kulisch zu 2 Monaten, Klose zu 1 Monat Gefängnis, Giesel und Josef Kubissa an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von 3 Wochen zu 42 bzw. 28 Mark, Gritzke an Stelle von 10 Tagen Gefängnis zu 20 Mark Geldstrafe.

Während der „Vorwärts“, das Zentralorgan der SPD, am 24.12.29 Urteil und Begründung „unmöglich“ nennt, beklagt der VB (25./27.12.29): „Notwehr wird bestraft“.

Gegen das Urteil legten sowohl die Staatsanwaltschaft als auch die Verurteilten Berufung ein. Die Berufung gegen die Freisprüche von Georg Trzeciak und Wilhelm Bittner zog die Anklagebehörde jedoch zurück, so daß sie rechtskräftig wurden. Der Prozeß der 2. Instanz fand in Schweidnitz vom 10.6. - 5.7.1930 statt.

Wie genau man auch in Berlin die Vorbereitung der Berufungsverhandlung verfolgte, zeigt ein Schreiben des Breslauer Regierungspräsidenten vom 8.3.1930 an den Preuß. Minister des Innern, in dem er auf dessen Erlaß vom 10.1.30 Bezug nimmt.⁶⁵ Er übersendet das Urteil des Schöffengerichts vom 23.12.29 und legt dar, daß durch weitere Vernehmungen (etwa in Reichenbach) neue Tatsachen ermittelt wurden. Aber auch die Beweiswürdigung des Gerichts der 1. Instanz wird an Hand vieler Beispiele sehr kritisch beurteilt. Aufgrund der vorliegenden Erkenntnisse solle die Staatsanwaltschaft auch erneut den Vorwurf des Landfriedensbruchs aufgreifen.

Das angebliche „Versagen“ des Vorsitzenden der 1. Instanz - er hatte etwa ungerügt geduldet, daß die Angeklagten beim Erscheinen der Zeugen Hitler und v. Pfeffer demonstrativ aufgestanden waren und die Hände zum Hitlergruß erhoben hatten - führte sogar zu einer SPD-Anfrage im Preuß. Landtag und wurde auch bei der Beratung des Justizetats vom Redner der SPD-Fraktion erneut angeprangert.⁶⁶

Eine vernichtende Kritik am Nationalsozialismus sind die Prozeßbesprechungen - im feuilletonistischen Gewand -, die Georg Lichey in der „Chronik“ (5.Jg./1929, S.156-57,170-174 /Auftritt Hitlers/ und S.186-190) veröffentlichte. Der erste Artikel war Anlaß für den oben erwähnten Antrag, Lichey von den Verhandlungen auszuschließen. Auch er greift die Art der Prozeßführung auf seine satirische Art an, indem er 10 „Neuerungen im Gerichtswesen“ formuliert, die „gründlich und mit aller Sorgfalt“ im NS-Prozeß ausprobiert worden seien:

- „1. Alle Urteile werden hinfort zwei Tage vor der richterlichen Urteilsverkündung bekannt gegeben...“*
- 2. Die Angeklagten dürfen ... den Staatsanwalt und den Gerichtshof beleidigen...“*
- 3. Den Angeklagten steht es frei, nach Belieben im Gerichtssaal anwesende Personen zu bedrohen. ...“*
- 4. Unterhaltungen zwischen Zeugen und Verteidiger unter völliger Ausschaltung des Vorsitzenden werden in Zukunft zur Regel gemacht.“*
- 5. Verteidiger dürfen ihnen nicht genehme Zeugen ohne weiteres als meineidig bezeichnen.“*
- 6. Politische Propagandareden, auch wenn sie in keinem Verhältnis zur Sache stehen, sind bis zu einer Länge von 24 Stunden erlaubt.“*

⁶⁵ Abgedruckt bei Hubert Wolan, *Swidnickie procesy narodowosocjalistycznych bojówkarzy (1929-1930) /Die Schweidnitzer SA-Prozesse/*. In: *Studia Slaskie, Seria nowa, tom XXX, 1976. S. 341-362*. Hier auch der (deutsche) Text der beiden Flugblätter und des Urteils der 2. Instanz nach den Originalen des (damaligen) Zentralen Staatsarchivs /der DDR/ Potsdam, leider nicht ohne störende Druckfehler.

⁶⁶ Vorwärts 17.6.1930

7. Die Angeklagten dürfen hinfort in jedem ihnen beliebigen Anzuge erscheinen...

8....

9. Die Polizei wird in diesen Sitzungen kenntlich gemacht durch ein auf dem Rücken angebrachtes Plakat mit der Aufschrift: ‚Ich kann belogen werden‘.

10....⁶⁷

Ein Kommentar der liberalen „Vossischen Zeitung“ führt das Ergebnis des Prozesses nicht zuletzt auf die speziellen Verhältnisse in Schweidnitz, „der Stadt pensionierter Offiziere“ (Lichey nennt sie einmal „Pensionopolis“) zurück. Bei so manchem hätten die Überfälle der SA-Leute Assoziationen zum vergangenen Krieg und den Zeiten ihrer vollen Aktivität hervorgerufen. Dem Richter wird zwar bescheinigt, sich um eine objektive Klärung bemüht zu haben, doch sei auch er eben Teil einer Gesellschaft, in der antirepublikanische Stimmungen vorherrschten.

Die SPD-Presse geht noch weiter; der „Vorwärts“ will in dem „außergewöhnlich nachsichtigen, Verhältnis zur Rechten gar ein Wesensmerkmal der schlesischen Justiz sehen.

Die Berufungsverhandlung (10.6.-5.7.30)

Die Verhandlung in 2. Instanz gegen nunmehr nur noch 14 Angeklagte findet vor dem Landgericht Schweidnitz unter dem Vorsitz von LG-Direktor v. Loefen statt. Die Anklage vertreten 1. Staatsanwalt Keimer/Breslau und der schon aus der ersten Verhandlung mit der Materie vertraute Staatsanwaltschaftsrat Loderhose/Schweidnitz. 12 bei dem Krawall am 27.9.29 Verletzte sind als Nebenkläger zugelassen. Ihr Anwalt ist Dr. Foerder/Breslau. Als Jude wird er schnell zur Zielscheibe grober Angriffe seitens der Nationalsozialisten. Wie primitiv diese Aktionen teilweise waren, beweist etwa folgender Vorfall. Als Dr. Foerder das Gerichtsgebäude betritt, machen am Eingang postierte Nazis auf Kommando kehrt und halten sich die Nasen zu, weil es angeblich nach Knoblauch stinke!

Als Verteidiger reist erneut Rechtsanwalt Dr. Hans Frank aus München an.

Ganz offensichtlich ist das Gericht diesmal gewillt, gegen Provokationen im Gerichtssaal von Anfang an schärfer vorzugehen. Schon am 1. Tag verhängt der Vorsitzende Ordnungsstrafen von je 20 Mk., weil die Angeklagten entgegen einem gerichtlichen Verbot wieder im Braunhemd erschienen sind. Doch läßt das Katz-und-Maus-Spiel um die Frage, ob ein „braunes Hemd“ - ein Angeklagter behauptet, nur dieses zu besitzen - überhaupt eine „Uniform“ sei, Schlimmes erwarten. Und in der Tat zeigt sich auch in dieser zweiten Verhandlung, daß die freche Unverfrorenheit der Nazis sich letztlich gegen die vornehme Prozeßführung durchsetzt, trotz aller - im Endeffekt geringen - Ordnungsstrafen, die der Vorsitzende verhängt.⁶⁸

Am drastischsten zeigt sich dies am 13. Verhandlungstag (26.6.30), als RA Foerder für die Nationalsozialisten die damals weit verbreitete Bezeichnung „Nationalbo!schewisten“ verwendet und daraufhin ein wüster Tumult aufbricht. Erst am nächsten Tag verhängt das Gericht 10 Ordnungsstrafen á 50.- Mk., sieht aber von an sich verwirkten Haftstrafen ab, weil es die Radauszenen durch Foeders Bemerkung provoziert sieht.

Wichtigstes Ergebnis der erneuten Vernehmungen ist, daß die Nationalsozialisten hemmungslos gelogen haben und weiter lügen; am deutlichsten wird der Beweis an der Vernehmung der Reichenbacher Teilnehmer geführt. Sie wurden von der Polizei ohne jede Möglichkeit der Absprache überraschend verhört. Vor Gericht ziehen sie nun jedoch alle irgendwie belastenden Aussagen zurück. Manche geben dabei unumwunden zu, die Polizei belogen zu haben. (s.

⁶⁷ Chronik Nr. 221, 5.Jg./31.12.29, S. 207

⁶⁸ Noch in der Todeszelle in Nürnberg erinnert sich Frank beim Gedenken an Hitlers Auftritt in Schweidnitz an den „alten, vornehmen Richter, ... Herr(n) von Loewen (sic!)“. s. Hans Frank, Im Angesicht des Galgens, München 1953, S. 82

Hitlers Vernehmung im 1. Prozeß: der Polizei braucht man nicht die Wahrheit zu sagen! So lautete ja auch eines der 10 Gebote des SA-Manns).

So hatte der Zeuge Pietrzok/Waldenburg ausgesagt: „Für mich ist die Polizei nicht maßgebend“. Deshalb bekundete er bei der polizeilichen Vernehmung auch: „Wer aussagt, daß ich in Schweidnitz gewesen bin, ist ein Lügner“. - Er war aber da! Auf Vorhaltungen von RA Foerder erwidert er: „Ich unterhalte mich nur mit einem Deutschen, aber nicht mit einem Juden!“ Das trägt ihm zwar eine Ordnungsstrafe von 10 RM., ersatzweise 1 Tag Haft, ein, doch übernimmt der Vorsitzende jetzt die weitere Befragung selbst!

Am 12.6.30 erscheinen erneut Adolf Hitler und Franz Pfeffer v. Salomon als Zeugen. Unter wieder großem Andrang der Zuschauer stellt der Vorsitzende diesmal gezielte Fragen und verhindert so eine neue Propagandarede des „Führers“.

Im einzelnen geht es um folgende Punkte:

1) Die Waffenfrage. Hitler erklärt wieder, er habe mit großer Strenge auf Entwaffnung der SA bestanden und diese rücksichtslos durchgeführt. Absolute Sicherheit, daß sich jeder an die Befehle halte, könne er bei der Größe der Organisation natürlich nicht geben. Auf Vorhalt eines Sturmbefehls, in dem empfohlen wird, zu einer Versammlung in Striegau Stöcke mitzunehmen, erklärt er, dies entspreche nicht dem Geist der SA.

2) den sog. Frauenorden, an dessen Angehörige in Freiburg und Waldenburg nach Gerichtsunterlagen Befehl ergangen sei, zu einer Versammlung in Striegau zu erscheinen. Laut Hitler gebe es erst seit 1925/26 Verbindung mit der Partei. Der Frauenorden sei der Reichsleitung direkt unterstellt und regele seine rein karitativen Aufgaben selbständig.

3) Das Belügen der Polizei. Es geht noch einmal um die schon erwähnte Anordnung für die SA, in der es u.a. heißt: „Sei kein Waschweib!“ und „Der Polizei gegenüber weißt du nichts!“ - Der Vorsitzende interpretiert so: „Das heißt, wie der Schlesier sagen würde: Lüge der Polizei die Hucke voll!“ Sieben Mann hätten nachweislich die Polizei kräftig belogen. Hitler weicht einer allgemeinen Aussage aus und erklärt das Verhalten seiner Untergebenen mit menschlichen Unzulänglichkeiten.

4) Die Frage nach der Rolle der SA als Bürgerkriegstruppe. Hitler sagt erneut eindeutig aus, er führe den Kampf um die politische Macht ausschließlich mit gesetzlichen Mitteln.

Eine „Hofberichterstattung“ unter der Überschrift „Schweidnitz jubelt Adolf Hitler zu“ bringt auch diesmal wieder der VB am 17.6. Danach logierten Hitler, der spät nach Mitternacht im PKW aus Liegnitz kommt, und Frank in der „Krone“ am Ring, vor der „SA-Männer getreue Wacht“ hielten.

Während Hitlers Vernehmung gab es vor dem Gerichtsgebäude auf dem Wilhelmsplatz heftige Auseinandersetzungen zwischen der städtischen Polizei unter Führung von Oberinspektor Schell, der aus Waldenburg zur Verstärkung herangezogenen Schupo und den SA-Leuten im Braunhemd, die aus allen Teilen Schlesiens gekommen waren, ihren „Führer“ zu feiern. In der Nacht vorher war für ganz Preußen ein Uniformverbot verhängt worden. Mit dem Gummiknüppel suchten die Beamten seine Befolgung zu erzwingen; darauf marschierte ein Teil der SA provokant mit nacktem Oberkörper herum.

Nach seiner Vernehmung hält Hitler im „Kaiserhof“ (schon außerhalb der Stadt, wo Parteiveranstaltungen seit Oktober 1929 verboten waren, in der Gemarkung Schönbrunn gelegen!) eine Versammlung mit seinen Parteigenossen ab und spricht zum Uniformverbot, ehe er nachmittags die Stadt schon wieder verläßt.

Am Tag nach Hitlers Auftritt bringt die MZ unter der Überschrift: „Möchten Sie Polizeichef in Schweidnitz sein?“ einen Kommentar zum Verlauf des Prozesses und der Ereignisse in seinem Umfeld, der sicher nicht nur den Schweidnitzer Zentrumswählern aus dem Herzen gesprochen war. Er soll in seinen wesentlichen Teilen dem Vergessen entrissen werden.

„Wir haben den zweifelhaften Vorzug, einer der Brennpunkte der nationalsozialistischen Bewegung in Schlesien zu sein, und der nun einmal damit verbundene Klamauk steht bei uns in besonderer Blüte. In dieser Beziehung können wir bestimmt mit Berlin konkurrieren.“

„Unser Polizeioberinspektor steht mit im Streit der Meinungen und wacht wie der Erzengel Michael, nicht mit dem Schwert, aber mit dem Gummiknüppel (dem 'Migränestift'), daß die Gesetze und Verordnungen nicht übertreten werden. Bei der Skrupellosigkeit der Braunhemden nicht immer ein angenehmes Amt.“ Der Verfasser verweist auf eine Versammlung der Braunhemden in ihrem Stammlokal, der „Braukommune“, eine Woche vorher. Dort sei der Polizeichef mit Injurien belegt worden, die andere längst zu einer Beleidigungsklage veranlaßt hätten. Das sei aber nur ein Auftakt gewesen.

2. Akt: Die Angeklagten erscheinen trotz Verbot des Gerichtsvorsitzenden in Uniform. Wieder erregte Auftritte. Für jeden der 14 Angeklagten werden neben der richterlichen Strafe sofort vollziehbare polizeiliche Strafbefehle über 100 RM verhängt, mit der Androhung, bei weiteren Zuwiderhandlungen immer wieder 100 RM als Strafe berappen zu müssen. Das ganze ist allerdings mehr eine Geste. Nur wenige werden bezahlen können. Einige Angeklagte haben kürzlich den Offenbarungseid geleistet, mehrere sind chronisch arbeitslos. Die finanzielle Lage des Restes ist auch nicht besonders gut.

3. Akt: 12.6.30 vormittags: „Anlässlich der Anwesenheit Hitlers hatten sich viele seiner hiesigen Jünger zur Begrüßung eingefunden. Auffallend viel junges, zum großen Teil sehr junges Volk. Zum Teil sogar, wie das üblich zu werden scheint, mit den Bräuten. Erstere mit braunen Hemden bzw. braunen Hosen. Man staunt nur, wo die Leute Zeit und Geld hernehmen! Die Braukommune war, wie immer, Sammelplatz. Der Herbergsvater schmunzelte, denn 'Geschäft ist Geschäft'. Als die Stunde des Eintreffens Hitlers herannahte, zog man vors Gerichtsgebäude. Dort stand der Polizeichef mit seiner Hermandad und harrete der Dinge. Was sollte er tun? Inzwischen war das Uniformverbot für Braunhemden durch die preußische Regierung herausgekommen. Die Braunhemden konnten das noch nicht wissen. Nach Hin und Her und Zählung einiger Widerspenstiger schloß man den Kompromiß: Braunhemden von der Straße ins Stammlokal.“ Dort vergnügte man sich mit dem Gesang von Kampfliedern und dem Verkauf von Postkarten. „Im Laufe des Tages konnte der Kompromiß nicht immer eingehalten werden. Die Welt ist darüber auch nicht eingestürzt.“

„Nicht ohne Reiz war es zu betrachten, welche Rolle einige unserer älteren Mitbürger als Anhänger Hitlers bei den teilweise erregten Auseinandersetzungen spielten. Man 'schwitzte' im eigentlichen Wortsinn vor 'Begeisterung'. Einer der Herren prophezeite uns. Daß in 'spätestens vier Wochen alle Leute in Berlin verschwinden'. (Im Februar wurde der MZ von den Nationalsozialisten prophezeit, der Direktor und der verantwortliche Redakteur würden bis zum 15.Mai 'an die Wand gestellt', die MZ beschlagnahmt und Regierungsorgan der Braunhemden werden).

Akt: 12..6.30 nachmittags auf dem Ring. „Den Radikalinskis von links ließ die Aktivität derer von rechts keine Ruhe. Ein kümmerliches Häuflein zog mit Musik und roter Fahne mit Sowjetstern durch die Straßen. Als der Umzug dann auf dem Markt erschien, nahmen sich einige wenige Schupos der Beteiligten 'liebervoll' an, und im Nu war der ganze Spuk zerstoßen. - Abends traf man sich dann in viel, viel größerer Zahl als am Vor- und Nachmittag in wahrer Volksgemeinschaft beim Feuerwerk und vor der Affen- oder Gladiatorenbude auf dem Schützenplatz.

Möchten Sie Polizeichef in Schweidnitz sein? Nein? Ich ja! Nur müßte ich über die Feuerwehr verfügen können und die Gewißheit haben, daß das Schlauchmaterial intakt ist.“

Zu öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und der Polizei vor dem Gericht kommt es nach der Urteilsverkündung in der 2. Instanz des SA-Prozesses am 5.7.30. Am Ausgang des Schwurgerichtssaals verlangt die Polizei aufgrund des Ortsgruppenverbots das Ablegen der Parteiabzeichen, was nur widerstrebend und schimpfend, zum Teil nur mit energischer Nachhilfe der Beamten erfolgt. Vor dem Gebäude sammelt sich eine kleine Schar von Getreuen, die lauthals die NS-Parole „Deutschland erwache - Juda verrecke“ brüllt. Da die Aufforderung zum Auseinandergehen nicht befolgt wird, macht die Polizei vom Gummiknüppel Gebrauch und erreicht damit den Abzug der Demonstranten in die BRAUKOMMUNE, „ihr Hauptquartier“.

Das Urteil stellt auch diesmal keine Seite zufrieden. Die Nationalsozialisten sind enttäuscht, daß nur einer der Angeklagten (Paul Schneider) freigesprochen wird, bei allen anderen auf Freiheitsstrafen zwischen 3 Tagen und 5 Monaten erkannt wird (bei Strafanträgen zwischen 3 und 11 Monaten). Das Gericht verneint erneut den Vorwurf des Landfriedensbruches und sieht nicht einmal die Planung des nationalsozialistischen Vorgehens als erwiesen an. Eine Mitschuld des „Reichsbanners“ an der „spontanen Überschreitung“ wird im Vorgehen des Saalschutzes gegen den Diskussionsredner Lütt gesehen. Den Angeklagten werden mildernde Umstände zugebilligt, weil sie „ehrlich von dem Ziel ihrer Partei überzeugt seien und in glühender Begeisterung fanatisch für ihre Partei eintreten“. (Zitat nach „Vorwärts“, 6.7.30, S. 4)

Den demokratischen Kräften ist das Urteil viel zu milde. Besonders mißfällt der SPD-Zeitung die Aussage der Urteilsbegründung, Hitler sei „in seiner anständigen ehrlichen Weise gewiß auch von den bedauerlichen Handlungen der Angeklagten abgerückt“, da er ja nach seiner Aussage gegen jede Gewalt sei. Ein scharfer Kommentar mit der polemischen Überschrift: „Der Richter von Schweidnitz. Ein Verehrer Hitlers.“ spricht von einem empörenden „Fall von Loefen“ und schließt: „Dieser Richter von Schweidnitz scheint uns eher für das dritte Reich Hitlers geeignet zu sein denn als Richter der Republik!“ (Vorwärts 6.7.30, S.2)

Die Entstehung einer schlesischen Gaupresse in Schweidnitz (1.3.1930)

Helmuth Brückner hatte schon früh erkannt, daß eine politische Bewegung ohne eigenes Presseorgan auf entscheidende Möglichkeiten der Massenbeeinflussung verzichte. Jakubaschk weist darauf hin, Brückner habe oft erklärt, sein einziger „bürgerlicher“ Beruf sei der des „Schriftleiters“ gewesen.⁶⁹

Am 30.8.1924 - also noch vor Brückners Übertritt zur NSDAP - war die Nummer 1 des „Völkischen Wochenblattes für Schlesien“ erschienen, bei dem Brückner zunächst als Schriftleiter, dann als Herausgeber zeichnete.⁷⁰ Ab 1.4.1925 (2.Jg. Nr.12) wurde der Name in „Schlesischer Beobachter“ geändert.⁷¹ Das Blatt geriet in immer größere finanzielle Schwierigkeiten, die sein Ende erzwangen. Nach einem - angeblich bewußt provozierten⁷² - dreimonatigen Verbot durch den Oberpräsidenten in Breslau wurde er Ende 1925 stillschweigend eingestellt. 1930 gründete Brückner gleich zwei neue Publikationsorgane:

- die im Breslauer Zentralverlag (Dr. Rudolph) erscheinende „National-Sozialistische Schlesische Tageszeitung. Für Freiheit und Brot“ (ab Jg. 6/1935, Nr. 227: „Schlesische Tageszeitung“)⁷³

⁶⁹ Paul-Willi Jakubaschk, Helmuth Brückner. Sein Kampf und Sieg um Schlesien. Hirschberg 1933, S.79

⁷⁰ Jakubaschk, l.c. S. 80

⁷¹ Bestand in der Universitätsbibliothek Breslau: Jg.1/1924, Nr. 1-16, 2/1925 1-38. - Sign. 2nA 84- (nach Jadwiga Ignatowicz, Katalog czasopism slaskich /Katalog schlesischer Zeitschriften/, 2 Bd. Wroclaw 1960.

⁷² so Jakubaschk , l.c. S.82f.

⁷³ Bestand in der Universitätsbibliothek Breslau lt. Ignatowicz Jg.4/1933 - 12/1941, mit Lücken. Sign. 31 052 IV GSL

- einen neuen „Schlesischen Beobachter“, dessen Nr.1 am 1. März 1930 in Schweidnitz im „Lützow-Verlag“ (Helmuth Herda) herauskam.

Über die mißlichen Umstände in Schweidnitz berichtet „Ego“ - wohl der verantwortliche Redakteur Erich Goebel - in Nr. 3/1931 (nach Jakubaschk. S. 87 ff.):

„Am 1. März im Jahre des Unheils 1930 wurde der „Schlesische Beobachter“ geboren! Ort: Schweidnitz, Obere Bolkostraße 12.

Ich war dabei und versichere an Eidesstatt: Es war eine schwere Geburt.

Wir saßen bis in die Nachtstunden hinein mit dem Rechenstift beieinander, addierten, multiplizierten und stellten fest: Für uns blieb nichts! Aber zu schaffen ist es, wenn ...

Und diese WENNS beteten wir uns immer wieder vor, wenn wir Optimisten zu werden drohten. Schließlich siegte über die WENNS das MUSS. Der Gauleiter befahl.

„Gehen Sie ins Büro und fangen Sie an.“ Und ich ging. - Um falschen Vorstellungen vorzubeugen:

Das besagte „Büro“ sah so aus: Vier Wände, ohne Ofen (Monat Februar!), ohne Licht, kein Tisch, kein Stuhl, nur ein Telefonapparat auf der Erde als einzig beweglicher Gegenstand in der eiskalten Bude. Und dieses Telefon funktionierte sogar. Im Gegensatz zu vielem anderen, was später kam.

Drei Tage später schaffte man bereits schreibtischähnliche Möbel, ausgediente Stühle und sonstiges Inventar herbei. Meine Stenotypistin und ich saßen frierend in unseren Mänteln im ‚Büro‘ des Lützow-Verlags, schrieben Briefe und freuten uns kindisch, wenn ein telefonischer Anruf kam und in uns die gewagte Vorstellung weckte, wir seien wirklich schon ein ‚Büro‘.

Ein Festtag für uns, als zum ersten Male ein lustiges Feuer im Ofen prasselte. Nun ging es an die Arbeit. Konferenzen jagten sich, es regnete Post. Redaktionelle Arbeit, Berichterstattungs-Organisation, Anzeigen- und Bezieherwerbung, Propaganda, Verhandlungen mit dem Drucker, mit den Postanstalten, mit Polizei und Behörden! Man war Mädchen für alles. H./erda/ und ich sahen uns oft in später Nachtstunde nach schwerer Tagesarbeit noch zu wichtigen Besprechungen. Denn bedeutungsvoll war alles, was wir damals taten. Wir bauten den Grund für das Werk, das heute nach einem Jahr dasteht: Die größte und stärkste politische Wochenzeitung Schlesiens!

Unsere einzige Sorge war unser Drucker. Mit konstanter Bosheit verweigerte er uns den Zutritt zu seinen an sich schon wenig vertrauenerweckenden Maschinenräumen. Mir bangte vor der Stunde, wo dort der erste „S.B.“ aus der Druckerschwärze geboren werden sollte, obwohl ich so vermessen war, immer noch an das Vorhandensein einer leistungsfähigen Flachdruckmaschine und mehrerer Setzmaschinen zu glauben.

Die ersten Manuskripte sammelten sich zwischen den Bestellblocks, den Inseraten, den tausend geschäftlichen Briefen und Anfragen auf meinem Schreibtisch an. Eine zweite Schreibkraft war engagiert. Wieder ein Festtag! hilfsbereite Kameraden von der SA machten sich nützlich.

Zwei Tage vor dem 1. März. Am späten Abend kam der Gauleiter. Er schien befriedigt von unseren Meldungen. An diesem Abend schrieb er den ersten Leitartikel für die erste Nummer des „S.B.“: Der Wille zur Tat! Was er damals schrieb, hat sich heute hundertprozentig erfüllt.

Nur wer die Verlagsgeschäfte einer Zeitung kennt, wer weiß, daß hunderte von Ortsgruppen mit tausenden von Wünschen kamen und mit Zeitungen beliefert werden

wollten, kann ermessen, was in jenen Tagen von unseren braven SA-Leuten und dem kleinen Kreis von Mitarbeitern geleistet worden ist.

Der Freitag kam. Früh begaben wir uns in die Druckerei zum Umbruch. „Alles fertig“, erklärte uns der Drucker.

Er hatte schon recht, aber wie war alles fertig! Den bescheidensten Laien konnte das Grausen packen.

Eine Setzmaschine stöhnte in dem leeren Druckersaal, ein Setzer, Metteur und Faktor zugleich, machte mit einem Stift zusammen „Zeitung“.

Unten im ‚Maschinensaal‘ reckte eine altersschwache einfache Flachdruckpresse ihr altmodisches Gestell drohend gegen die Decke. Als ich den Schlitten sah, verging mir der letzte Rest von persönlichem Mut, und als ich sie laufen hörte, hätte ich mich am liebsten erschossen. Ich überrechnete die Druckgänge. Eine sechsseitige Zeitung bei einseitigem Flachdruck macht ...

Und in einigen Stunden sollten die ersten Zeitungspakete bei der Post ausgeliefert sein. Mitten in meiner Rechnung ein Krachen und Splintern: Die Flachdruckpresse streikte.

Auf Motorrädern wurden die vertrauenswürdigsten Schlosser herbeigeholt. Einige bange Stunden. Es war inzwischen Nacht geworden. Die Bruchstellen wurden notdürftig geschweißt. Endlich fing der Schlitten wieder an zu knirschen. Wenn er es nur durchhielte. ...

Er hielt's durch, aber jetzt streikte der Drucker. Es war früh vier Uhr. Achtzehn Stunden standen wir schon an einem Fleck. Die SA, die das Einlegen der Bogen besorgte, hatte sich in die Ecken verzogen. Es war bitter kalt. Nur einige Unentwegte taten noch ihre eintönige Arbeit. Bis auch sie einschliefen.

Um sechs Uhr erhoben wir uns wieder von unseren harten Lagerstätten zwischen den Papierstößen und Kleistertöpfen. Schnell noch einige weitere Hundert eingelegt und verpackt. Und nun kam der feierliche Augenblick, den wir, die wir dabei bzw. noch übrig geblieben waren, nie vergessen werden: die Pakete wurden auf einen Handwagen verladen und durch das schlafende Schweidnitz ging es mit Gesang nach dem Bahnhof. Die ersten Zeitungs-Expres-Pakete gingen mit den Morgenzügen - mit 12 Stunden Verspätung - hinaus nach Schlesien. Der erste „Schlesische Beobachter“ war erschienen!“

/Im April-Mai 1931 erschien als dritte nationalsozialistische Zeitung der „Schlesische Adler“, ein Wochenblatt für OS. / (J. S.94)

Unklar ist noch, wie lange der „Schlesische Beobachter“ erschien. Ein größerer Bestand ist bisher nicht nachgewiesen.⁷⁴ Einer näheren Klärung bedürften auch die Querelen um den Lützow-Verlag (Brückner gegen Herda). Herda verzieht im Januar 1931 nach Breslau. Am 24.3.31 meldet die „Bergwacht“, er habe sein Mandat im Provinziallandtag niedergelegt, und bemerkt dazu, er habe sich bei den vorjährigen Sitzungen als „lästiger Störenfried“ erwiesen. Am 27.6.31 bringt sie die Meldung, Herda (als Inhaber des Lützow-Verlags) habe einen Antrag auf einstweilige Verfügung gestellt mit dem Ziel, dem „Freiheits-Verlag (Gründer und Leiter Brückner) die Herausgabe der nationalsozialistischen Zeitungen zu untersagen, da er (Herda) allein im Besitz der Verlagsrechte sei. Die Klage sei kostenpflichtig abgewiesen worden. Kommentar der BW: Herda habe den Lützow-Verlag aus eigenen Mitteln für den NS gegründet; nun sei er ohne Aufträge.

Mit der Nummer 1 des „Schlesischen Beobachters“ beschäftigt sich auch Georg Lichey in Nr. 231 der „CHRONIK“ vom 8.3.30, S. 350-355. Er nennt Brückner als Herausgeber, Herda als Verleger (Lützow-Verlag) und Erich Goebel (früher beim deutschnationalen „Nimptscher

⁷⁴ Der Freundlichkeit von Herrn Piotr Zagala in Schweidnitz verdanke ich Kopien der Nummern 8 (19.4.30) und 9 (26.4.30)

Landsmann") als verantwortlichen Redakteur. Den Druck übernahm H. D. Brachmann, dessen linksliberale „Schweidnitzer Zeitung“, gegründet 1914, am 1.4.29 ihr Erscheinen hatte einstellen müssen.⁷⁵ Nun übernahm er offensichtlich Lohndruckaufträge, woher er sie nur bekommen konnte. Lichey setzt sich scharf mit der „Pressejournalle“ an Hand des Nazi-Blattes auseinander. Er kritisiert die Ankündigung, die NSDAP als angebliche Arbeiterpartei versuche mit Erfolg eine Arbeitgeberorganisation zu gründen, was er in Verbindung mit der vereinbarten Zusammenarbeit Hitler-Hugenberg sieht, und entlarvt die hohlen Phrasen gegen den Breslauer Regierungspräsidenten (er „mache neuerdings in Freiheitsberaubung“), die demokratischen Liberalen („unsere weißen Juden“), die „Mordgier der Kommunisten, das Rot-Mord-Gesindel, das unter dem heutigen System der roten Diktatur einen Freibrief zu haben glaubt für die Abschachtung von Nationalsozialisten“, gegen das Zentrum, das „die Religion in den schmutzigen Strom der Politik hinunterzieht“, und die „Judengier“, die „deutsche Frauenehre überfalle“, die Frau „planmäßig entsittliche“ und „verdirne“ - Beispiele lieferten nach dem „Schlesischen Beobachter“ dafür das Alte Testament ebenso wie „der ewige Appell des Juden in Kino und Kunst, Tanz und Musik, im Warenhaus und durch Rauschgifte.“ Hinter allem stecke der Jude, auch hinter der Tötung des ungeborenen Lebens im Mutterleib. Das „polnische Mausfallenhändlervolk“, der „Pleitegeier des Saisonstaats Polen“ sind ebenso Originalformulierungen des Nazi-Organs wie der „Bazillus des Weltfriedensrummels“. Seine weitere Beispielsammlung schließt Lichey: „Und nun dürfte wohl auch denen, die bisher das Schlesische Nazi-Zentralblatt nicht zu Gesicht bekamen, allmählich ein Seifensieder aufgegangen sein, warum sich die Brachmannsche Schnellpresse gegen eine derartige Vergewaltigung ihres demokratischen Gewissens wehrte.“

Kein Wunder, daß Oberstaatsanwalt Schreiber die Zeitung beschlagnahmen läßt, was Goebel in Nr. 2 als „Jüdischen Racheakt“ bezeichnet. Wegen Beleidigung und übler de verurteilt ihn daraufhin ein Schweidnitzer Gericht zu einem Monat Gefängnis auf Bewährung.⁷⁶

Auf dem Weg zu den Reichstagswahlen im September 1930

Im Gefolge der Weltwirtschaftskrise hat sich im Winter 1929/30 die wirtschaftliche Lage Deutschlands entscheidend verschlechtert. Schon für den vorhergehenden Winter vermerkt der Verwaltungsbericht der Stadt Schweidnitz (S. 73), daß damals der Arbeitsmarkt völlig darnieder lag. Im Verwaltungsbericht 1928/29⁷⁷ lesen wir: „Die Arbeitslosigkeit, deren Höhepunkt man vor Jahresfrist erreicht zu haben glaubte, hat sich in erschreckendem Maße vermehrt und dürfte im Stadtkreis Schweidnitz im Durchschnitt etwa um 50 Prozent über derjenigen des Vorjahres gelegen haben. Betriebseinschränkungen und Zusammenbrüche alter Firmen kennzeichnen die schwierigen Zeitverhältnisse, die sich in immer größerem Maße auch auf die Kommunen auswirken“. - Mitte Februar gehen die Aron-Werke (nach 1933 Heliowatt) zur Kurzarbeit (5 Tage) über und entlassen 120 Arbeiter. 1210 Personen erhalten Arbeitslosenunterstützung (875 männliche, 335 weibliche) (MZ 14.2.30). Die Zahl der Arbeitssuchenden ist größer; sie wird Ende Januar mit 1443 angegeben (MZ 24.1.30).

Ebenso wie der verbale Radikalismus wächst der Terror der braunen und der roten Revolutionäre auf den Straßen, so daß der Preußische Innenminister Grzesinski (SPD) am 17.1.30 alle Umzüge und Versammlungen im Freien verbietet. (14.1.30 Überfall auf Horst Wessel!). Geradezu als Sakrileg erscheint es weiten Teilen der Schweidnitzer Bevölkerung, daß in der Nacht zum 4.2.30 das 1928 eingeweihte Richthofen-Ehrenmal von drei jungen Kommunisten mit roter Farbe

⁷⁵ MZ 2.4.29: „Als politische Tageszeitung bedauern wir das Eingehen unserer demokratischen Kollegin, mit der zusammen wir die Interessen der neuen Verfassung vertreten haben. Wir stehen hier leider allein im Kampf für die deutsche Republik.“

⁷⁶ Schlesische Bergwacht 137/16.5.1930

⁷⁷ MZ 10.4.29

beschmiert wird. Obwohl sie im Schnellverfahren zu 1-2 Monaten Haft verurteilt werden, wiederholt sich die Schändung durch die „Roten Sudler“ - wie sie sich selbst nennen - Anfang März. Auch die Mauern des Aron-Werks, das ev. Gemeindehaus und die Hindenburgturnhalle tragen rote Inschriften.

Unter der Überschrift „Weltputschtag in Schlesien“ berichtet die MZ (7.3.30) von der gewaltsamen Zerstreuung einer Erwerbslosendemonstration; die Polizei macht vom Gummiknüppel Gebrauch, vier Personen werden festgenommen.

Die Schweidnitzer Nationalsozialisten müssen nach ihrem Debüt im „Volksgarten“ zunächst auf weitere öffentliche Aktionen verzichten; ihre Ortsgruppe ist ja seit dem 2.10.1929 verboten. Um so lauter machen sich die vier am 17.11.29 gewählten nationalsozialistischen Stadtverordneten bemerkbar. Auch sie folgen dem vor den Kommunalwahlen von der Berliner NSDAP veröffentlichten Gemeindeprogramm (zitiert MZ 4.12.29): „Wir betrachten den Gemeindevahlkampf lediglich als einen Teilkampf unserer Revolution. Wir denken nicht eine Minute daran, etwa mitverantwortlich zu sein oder gar positive Arbeit zu leisten. Unsere positive Mitarbeit wird darin bestehen, vornehmlich den sozialistischen Charakter unserer Partei in Anträgen und Forderungen zu bekunden. Wir werden beweisen, daß wir nicht als Zierpuppen, sondern als soziale Revolutionäre ins Gemeindepalament gegangen sind.“

Kann man sich wundern, daß Innenminister Grzesinski Anfang Februar anordnet, Nationalsozialisten und Kommunisten nicht als Kommunalbeamte, Bürgermeister, Gemeinde- oder Amtsvorsteher zu bestätigen?. Folgerichtig akzeptiert die Breslauer Regierung nur sieben der von der Stadtverordnetenversammlung zu unbesoldeten Magistratsmitgliedern (= Stadträten) gewählten Personen, setzt dagegen die Bestätigung des achten, des NSDAP-StVO Georg Trzeciak, zunächst aus. Bei der Amtseinführung der sieben bestätigten Stadträte kommt es zu lautstarken Protesten der NS-Fraktion, die bei der Vereidigung - ebenso wie die der KPD - sitzen bleibt. StVO Herda läßt eine „Schimpfkanonade“ gegen die Reichsverfassung los, die übrigen „Fraktionsgenossen“ äußern sich auf „überaus laute Weise“. Herda erhält einen Ordnungsruf. „Wir müssen feststellen, daß einen derartigen Krach die Kommunisten selbst in den schlimmsten Zeiten nicht geschlagen haben. Die wenig geistreichen Worte mußten durch Schlagen auf den Tisch den nötigen Nachdruck erhalten. Besonders tat sich Töpfermeister Meißner hervor.“⁷⁸

Einen Eindruck von dem rüden, rabiaten Rabaukenstil, den offensichtlich auch die schlesischen Nationalsozialisten damals bevorzugen, vermittelt ein Artikel der „Schlesischen Volkszeitung“⁷⁹ über eine NS-Versammlung in Trebnitz am 4.4.30. Danach habe Gauleiter Brückner u.a. erklärt, die Nationalsozialisten würden die Demokratie durch eine Diktatur ersetzen. „Aber vorher werden wir 2000 Lumpen aufhängen müssen, ehe wir 60 Millionen befreien. Wer diese Lumpen sind, wissen wir schon.“ An die SPD gewandt: „Ihr seid keine Gegner des Großkapitals, denn ihr habt noch nie einem Kapitalisten in die Fresse gehauen und noch nie eine Großbank geplündert.“ (Die MZ schiebt die Frage ein, ob das wohl die Nationalsozialisten tun würden). Die Deutschnationalen nennt Brückner in seinem Rundumschlag „verjudet“, Hindenburg habe sich „der Internationale verschrieben“, sein Sohn Oskar verkehre mit „getauften und ungetauften Juden“. Daß Verbalinjurien wie „Lumpen, Schweine, Schweinehunde, Judenschweine, Verräter, Demokräten“ u.ä. zum üblichen politischen Wortschatz Brückners gehörten, zeigen auch verschiedene Dokumente im Münchener Institut für Zeitgeschichte (IfZ)⁸⁰ - In Trebnitz gibt es auch Ausfälle gegen das Zentrum, die katholische Kirche, Priester und Ordensleute. Der Nationalsozialismus wünsche ein kämpferisches Christentum. Schutz verspricht er nur den in Seelsorge und Krankenpflege Tätigen. - Über die Einstellung zum Zentrum gibt ein Zitat aus

⁷⁸ Die Fundstelle ist nach meinen Notizen nicht ganz eindeutig anzugeben. Es ist eine Nummer der MZ kurz nach dem 10.4.30.

⁷⁹ Nachdruck in der MZ v. 19.4.30

⁸⁰ u.a. MA-741

einer Rede Brückners am 24.3.31 in Hindenburg/OS Auskunft⁸¹: „Und so haben die Republik, die Sozialdemokratie, das Zentrum, das bei jeder Schweinerei dabei ist, Zuhälterdienste für das internationale Kapital geleistet.“

Am 29.1.30 kommt es in Königszelt zur Schlägerei bei einer politischen Versammlung; durch Steinwürfe von Kommunisten wird der SA-Mann Max Kubissa - auch ein Veteran der „Schlacht bei Kollwitz“ - erheblich am Arm verletzt. Am 19.8.30 meldet die MZ schwere Auseinandersetzungen zwischen NSDAP und KPD in Freiburg. In beiden Orten gab es - bedingt durch die Sozialstruktur - schon bei den Reichstagswahlen 1928 hohe KP-Anteile (Freiburg 14,81%, das benachbarte Zirlau 16,2%, Königszelt 11,3% - Schweidnitz 6,5%), in Freiburg mit 8,3% auch die stärkste Gruppe von NSDAP-Wählern im Kreis (Stadt Schweidnitz 1,9%). Es ist nicht erstaunlich, daß in diesen stark industrialisierten Orten der Kampf am heißesten tobt. Ähnliches gilt für Saarau und Striegau. In Saarau und Groß-Rosen bei Striegau wird die Schweidnitzer SA 1932 auch ihre ersten Todesopfer beklagen: Franz Becker und Herbert Härtel. Über die Auseinandersetzungen von Nationalsozialisten und Kommunisten mit der Polizei wurde schon oben im Zusammenhang mit dem 2. SA-Prozeß gesprochen.

Kurz vor den RT-Wahlen des 14. September wird der Ton der Nazis immer brutaler und geschmackloser. Am 28.8. druckt die MZ Kostproben aus einem zweiseitigen Flugblatt, für das als Herausgeber die „Gauleitung Schlesien der NSDAP in Schweidnitz“ verantwortlich zeichnet; Druck Berth. Köhn & Co., Schweidnitz. Sie zitiert: „Wir haben den Schwindel satt! Weg mit dem ganzen Schmarotzergesindel! Heraus aus den warmen Polstersesseln! Am 14. September ziehen wir dem Geschmeiß von sektsaufenden und kaviarfressenden Volksparasiten die Fräcke aus. Macht Platz! Die Straße frei!“ Man werde diese Schädlinge „vor die Fettwänste treten“. Die MZ stellt fest, diese Klassenkampfparolen überträfen selbst den Ton der rüdesten Kommunisten. Gleichzeitig klagt sie, zu den eifrigsten Agitatoren der Nationalsozialisten gehöre ein Teil der Oberrealschüler. Sie würden Flugblätter verteilen, Plakatsäulen und Schaufenster beschmieren und einen schwunghaften Handel mit nationalsozialistischen Klebmarken treiben.⁸²

Nicht vergessen werden darf freilich, daß Gewalt und Terror bedenkenlos auch von links eingesetzt werden. Ein Höhepunkt der tätlichen Auseinandersetzungen in Schweidnitz erwächst unmittelbar vor der Wahl aus einer kommunistisch gelenkten Arbeitslosendemonstration. Etwa 550 Teilnehmer aus Stadt und Land stoßen an der Ecke Burg-/Obere Ritterstr. auf ein Polizeiaufgebot unter Oberinspektor Schell. Die Polizei verlangt, daß ein mitgeführtes rotes Transparent mit der Aufschrift „Schlagt die Faschisten!“ eingerollt werden müßte, da es den Tatbestand des § 111 StGB (Aufruf zu strafbaren Handlungen) erfülle. Nach kurzer Zeit wird es jedoch erneut entfaltet. Als die Beamten am Burgplan versuchen, es gewaltsam zu entfernen, fliehen die Träger; die Polizei wird von Versammlungsteilnehmern umringt, Schell wird die Mütze vom Kopf, das EK I vom Uniformrock gerissen, man prügelt auf ihn ein. Auch Polizeikommissar Marschallek wird tätlich angegriffen, wobei man ihm den Tschako vom Kopf schlägt; er wird zu Boden geworfen und am Kopf verletzt. Erst mit blankgezogener Waffe können ihn andere Polizisten befreien. Zwei der Haupttäter, ein Böttger von der Nonnengasse und ein Bäcker aus Polsnitz, werden nachmittags festgenommen.

Auch an der Freiburger Straße kommt es zu Zusammenstößen, und zwar mit Schupo, die aus Waldenburg zur Verstärkung gekommen war. Einer der zu verhaftenden Haupttäter marschierte mit etwa hundert Genossen in Richtung Schönbrunn ab. Da die abziehenden Demonstranten die

⁸¹ IfZ l.c.

⁸² Im November 1931 wiederholt auf der Kreiskommunalkonferenz der SPD Stadtrat Dr. Hausmann diesen Vorwurf: „... außerdem sind diese Schulen Brutstätten der staatsfeindlichen Nazis“ (TR 24.11.31). Gymnasium und Oberrealschule wehren sich dagegen mit dem Hinweis: „An der politischen Einstellung einzelner Schüler ist die Schule unschuldig. Die bedauerliche Politisierung ist aber auch der SPD zuzuschreiben, die den Einfluß der Schule auf das Leben der Schüler draußen immer mehr eingeschränkt hat.“ (TR 28.11.31) - In Mitteilungen früherer Gymnasiasten und Oberrealschüler an den Verfasser werden die pauschalen Beschuldigungen als unzutreffend bezeichnet.

Festnahme zu verhindern suchten, machte die Polizei auch hier ausgiebig vom Gummiknüppel Gebrauch, besonders, als einem Beamten das Gebiß zerschlagen worden war und Rufe ertönten: „Schlagt die Bluthunde nieder.“

Eines neues Element wird in diesen „Kämpfen“ sichtbar. Bei der Volksgartenschlacht im September 1929 steht auch die Freude am Raufen Pate, in manchem vergleichbar den obligaten Wirtshaus-Prügeleien, die in einigen deutschen Gauen zum Fest gehörten. So empfanden es wohl zumindest auch die kritisierten Schweidnitzer Richter. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen der Jahre 1930 bis 1933 aber sind von einem blutigen Ernst, der zunehmend zum bedingungslosen Haß gegen den Widersacher tendiert und bis 1933 immer mehr Blutopfer auf beiden Seiten - vor allem bei Nationalsozialisten und Marxisten beider Richtungen - kosten wird. Zunehmend wird der politische Kampf für viele eine Frage des nackten Überlebens. Je größer Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Not werden, je weniger die etablierten Parteien an konkreten Verbesserungen der Lebensverhältnisse zu bieten haben, um so größer wird der Zulauf zu den radikalen Parteien, die ein schnell wirkendes Allheilmittel mit den Methoden des Marktschreiers anpreisen. Um so größer wird auch die Gewaltbereitschaft.

Bei der **Reichstagswahl am 14.9.1930**: wird auch in Schweidnitz die **NSDAP** zur stärksten politischen Kraft. Sie erhält 4973 Stimmen. Mit 26,8% übertrifft sie freilich die **SPD** (4634 Stimmen) nur um 2 %. Die beiden tödlich verfeindeten marxistischen Brüder brächten es bei dem Stimmenanteil der **KPD** von 7,8% zusammen auf eine - wegen ihrer Todfeindschaft freilich imaginäre - Mehrheit von 32,6%. Neben der NSDAP und der SPD hält sich das **Zentrum** mit seiner rein katholischen Klientel relativ konstant (16,6%). Die DNVP verliert Wähler wohl überwiegend an die NSDAP und kommt (nach 26,37% am 28.5.1928) nur noch auf 10,3%. Die **Liberalen** sind mit 2,9% (Deutsche Staatspartei) bzw. 2,3% (DVP) zur Bedeutungslosigkeit geschrumpft.

Das Jahr 1931 und die Bildung einer „nationalen Opposition“

Am 17. Januar 1931 hält die NSDAP erneut in Schweidnitz ihren Gauparteitag ab. In Zusammenhang damit wird im Kaiserhof am 18.1.1931 die schlesische „Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation“ (NSBO) durch Gustav Adolf Kulisch und Gerhard Neumann II (Dreher im RAW, später Werkmeister und Ortsgruppenleiter Niederstadt) gegründet. Sie verbreitete in den Betrieben nationalsozialistisches Gedankengut und gewann so langsam einen Großteil der Arbeiter für Hitler.⁸³

Die NSDAP unterstützt das am 4.2. vom „Stahlhelm“ eingeleitete Volksbegehren zur vorzeitigen Auflösung des Preußischen Landtags, das am 9.8. zu einem Volksentscheid führt. Während sich in Preußen nur 37% der Abstimmenden für die Auflösung aussprechen, sind es in Schweidnitz 41,9%. Freilich übten von 20 800 Wahlberechtigten nur 9161 ihr Stimmrecht aus, fast durchweg Befürworter (8718). Schon hier bahnt sich die enge Zusammenarbeit der Konservativen mit den Nationalsozialisten an, die im Oktober zur Bildung der „Harzburger Front“ führen wird. Bereits beim Volksbegehren stehen die DNVP, der Stahlhelm und die NSDAP Seite an Seite. Daß auch die KPD aus Prinzip das Begehren unterstützt, sei am Rande vermerkt.

In einer von Exzellenz Friemel, Generalleutnant a.D., geleiteten DNVP-Versammlung Ende Juni 1931 erklärt die Rednerin Dr. v. Watter/MdL, daß die Erfüllungspolitik der letzten 12 Jahre die „Befreiung“ verhindert habe. Nun gebe es endlich eine geschlossene nationale Opposition gegen die ewigen „Feinde der Befreiung“, die SPD und ihre Helfer. Gemeint sind damit das Zentrum und die DDP, inzwischen Deutsche Staatspartei. Ziel dieser Feinde seien letztlich Internationalismus und Sozialismus.

⁸³ Als „Uniform“ trug die NSBO weißes Hemd und schwarze Hose. Hitler hatte am 15.1.1931 die 1930 zunächst für den Gau Berlin geschaffene NSBO für das ganze Reichsgebiet begründet.

Kurz vor der Abstimmung wird am 23.7. in einer „Vaterländischen Kundgebung“ des Stahlhelms der Redner, Divisionspfarrer Dr. Hoinka, deutlicher. Der Volksentscheid sei notwendig geworden durch die große Not des Volkes, für die die Parteien der Linken und des Zentrums verantwortlich seien. Im einzelnen nennt er vier Gründe für die Fehlentwicklung. Der erste sei die Übernahme der Ideen der westeuropäischen Demokratie. Dadurch lebe Deutschland „heute in Knechtschaft, die größer ist als die der Türken und Chinesen je gewesen ist.“ Es herrschten oberflächliche Gedanken und Bonzentum, in den wichtigen Ämtern säßen Unfähige. Zum zweiten sei der Zeitgeist seit zwölf Jahren „marxistisch geprägt, international, pazifistisch durch und durch, materialistisch“. Eine Erneuerung müsse in den Seelen anfangen, könne nicht durch ökonomische Veränderungen bewirkt werden. Die dritte Kritik wendet sich gegen die offizielle Außenpolitik der „Erfüllung und Verständigung“. Sie müßte ersetzt werden durch Widerstand gegen das französische Vormachtstreben. Schließlich sei die Unterstützung der SPD durch das Zentrum verderblich. Durch sie schwinde der Geist des Christentums.

Ähnliches hatte schon am 18.7. eine NS-Versammlung im „wie üblich überfüllten“ Kaiserhof zum Thema „Katholische Kirche und Nationalsozialismus“ angesprochen. Im Bericht darüber wird stürmischer Beifall vermerkt bei der Feststellung: „Im Zentrum mit seinem Anhang politischer Parteien auf der einen Seite, und im Nationalsozialismus auf der anderen Seite, begegnen sich zwei fremde, feindliche Welten.“ Die Kirche müsse dem Einfluß der Politik entzogen werden. „Die Geistlichen gehören in die Kirche, wo es Arbeit für sie in Hülle und Fülle gibt.“

Eine zweite Stahlhelmkundgebung fordert ein „wehrhaftes, sparsames, sauberes und wieder christliches Preußen“. Gleichzeitig rufen prominente schlesische „Deutschnationale Katholiken“ in der „Täglichen Rundschau“ mit 300 Unterschriften zur Unterstützung des Volksbegehrens auf. Zu den Unterzeichnern gehören u.a. Graf Ballestrem (Thielau), Generalleutnant a.D. Friemel (Schweidnitz), Frau v. Garnier (Schweidnitz), Rektor Lukassowitz (Schweidnitz), Anton Graf Matuschka (Wohlau). Das kommentiert die MZ am 7.8.31 so: „... angeblich 300 Unterschriften; veröffentlicht werden 23, darunter 11 Grafen, weiter frühere Generalleutnants und -majors, auch Frau v. Garnier. ... Auch der Trompeter Hugenbergs, Herr Lukassowitz, darf nicht fehlen. Er will das Zentrum töten... Der politische Phantast Hitler, der Multimillionär Hugenberg und der Transportarbeiter Thälmann gegen Hindenburg und Brüning!“

Immer wieder wird auch 1931 von gewalttätigen Aktionen von und gegen Nationalsozialisten berichtet⁸⁴. Im Mai etwa überfallen Nationalsozialisten die Polizeiwache am Burgplan, um inhaftierte Gesinnungsgenossen zu befreien, im Juli gibt es Schlägereien in Niedergiersdorf, und Weizenrodau, im August eine Prügelei mit Reichsbannerangehörigen vor dem Stadttheater. Vergeblich bleiben Versuche, durch allgemeine Uniformverbote (so im April durch den Oberpräsidenten, aufgehoben durch den Innenminister) die Wehrverbände in ihrer Tätigkeit zu behindern. Für Schweidnitz selbst galt ja immer noch das spezielle Verbot vom Herbst 1929. Innere Krisen bedrohen die NSDAP, so im März/April etwa der Stennes-Putsch, der von Berlin auch nach Schlesien übergreift, oder im Juni der Ausschluß des früheren Gaugeschäftsführers Helmuth Herda (s.o.).

⁸⁴ Ein Aufruf des Bundesvorstands des Reichsbanners vom 5.1.31 an sämtliche Gaue und Ortsvereine sagt: „Alle Kraft unseres Bundes wird aufgeboten, um in kürzester Frist dem Treiben faschistischer und kommunistischer Mordkolonnen im Reich ein Ende zu machen.“ Am 28.3.1931 berichtet die „Schlesische Bergwacht“ von 31 Krawallen zwischen „Nazis“ und „Kozis“ (Kommunisten) und bemerkt dazu: „Sie schlagen und schießen sich gegenseitig nieder. Einig sind sie nur, wenn es gegen die SPD oder die Gewerkschaften geht.“ Am 20.3. lautet eine Überschrift: „KP-Gesindel schlimmer als Faschisten“. - Zu den beteiligten Gruppen bei den sich verschärfenden gewalttätigen Auseinandersetzungen zählt nun auch immer öfter das „Reichsbanner“ selbst. Ursprünglich als Republik-Schutztruppe von SPD, Zentrum und DDP begründet, war es inzwischen praktisch weitgehend zu einer SPD-Organisation geworden - Am 27.10.31 ermahnt die MZ, die RB-Leute sollten keine roten Fahnen zeigen und nicht die Internationale singen, zumal der Führer der Organisation, Hörsing, eben erst wieder die parteipolitische Neutralität betont habe. Die Toten der NSDAP im Schweidnitzer Raum gehen 1932 auf das Konto von Reichsbannerangehörigen. - BW 25/Fr. 30.1.31. Neugegründete Wehrorganisation der Zentrumsjugend, die Kreuzschar, erstmals in Beuthen öffentlich aufgetreten. MdR Ulitzka erklärte dabei: Die Zeit der Diskussion ist vorbei. Gegen Gewalt, Unterdrückung und die Mächte der Zerstörung müsse auch das Zentrum zur Erhaltung der heiligsten Güter zur Abwehr greifen. - Geht zurück auf den Beschluß einer außerordentlichen Tagung des Reichsvorstandes im Dezember 1930. Die Kreuzschar soll im ganzen Reich organisiert werden.

Im Oktober verbindet sich die NSDAP mit der DNVP Hugenbergs und dem Stahlhelm als „nationale Opposition“ zur „Harzburger Front“. Ziel dieses reinen Zweckbündnisses ist der Sturz Brüning, die Bildung einer „nationalen Regierung“ und letztlich die Beseitigung der Republik. In Schweidnitz halten am 5.10. DNVP und NSDAP parallele Versammlungen in der Braukommune bzw. im Volksgarten ab. Während die DNVP nur mäßigen Besuch verzeichnet, spricht der Redner der Nationalsozialisten, MdR Leister, vor vollbesetztem Saal über das alle bewegende Thema „Das Ende der Arbeitslosigkeit“. Er sieht Deutschland als Kolonie fremder Völker, beschwört das drohende Gespenst des Bolschewismus und fordert eine Arbeitsdienstpflicht.

In der Stadt zählt man am 30.9.31 fast 2500 Arbeitsuchende. Arbeitslosenunterstützung (ALU) erhalten davon 765, Krisenunterstützung (KRU) 619. Der Rest bezieht Wohlfahrtsunterstützung. Anfang Dezember ist die Zahl der Arbeitsuchenden auf 2931 gestiegen. ALU empfangen 769, KRU 712.

Am 16.10. berichtet die TR über eine steigende Zahl von Selbstmorden aus wirtschaftlicher Not. Allein am 15.10. hatten sich zwei Kleinrentnerinnen (56 und 46 Jahre alt) von der Reichenbacher Straße und ein Arbeiter aus der Petersstraße das Leben genommen. Er war schon sechs Jahre arbeitslos, inzwischen krank, und erhielt wöchentlich 14 RM Unterstützung. Die beiden Schwestern mußten mit 25 RM im Monat auskommen und konnten schon seit Wochen aus Brennstoffmangel nicht mehr heizen. Am 21.10. setzte ein Handwerksmeister am Wilhelmsplatz seinem Leben ein Ende.

Kein Wunder, daß sich die schon als „Massenveranstaltung“ angekündigten häufigen NS-Versammlungen großen Zulaufs erfreuen. Man erhofft sich vor allem Antworten auf die Frage, die MdR Börger/Neuß am 5.12. im Volksgarten stellt: „Wie kommt der Arbeiter zu Arbeit und Brot?“. Aber auch das Thema „Der Nationalsozialismus als Weltanschauung“ (Ebrecht/Bremervörde am 27.11.31 im Kaiserhof) findet Beachtung. Hier soll ein anschließend gezeigter Kulturfilm: „Mit Auto und Zelt durch Afrika“ zusätzliche Besucher anlocken, die freilich dafür 50 bzw. 75 Pfennig Eintritt zahlen müssen. Jede Versammlung bringt auch Neuaufnahmen von Parteigenossen und „Kampfspenden“.

Am 17./18.10.31 marschieren in Braunschweig über 100 000 Nationalsozialisten auf. Auch Schweidnitz ist vertreten. Hitler verleiht hier der Schweidnitzer SA eine eigene Standarte.⁸⁵ Nach der Rückkehr feiern Gauleiter Brückner - zu dessen Ehren ein neu komponierter Brückner-Marsch erklingt - und Bezirksleiter Trzeciak in einer abendlichen Großkundgebung in der vollbesetzten Braukommune das Ereignis. Brückners Wunsch: „Möge bald der Tag kommen, da die Standarte in einem freien Deutschland weht!“⁸⁶

Das Zweckbündnis der DNVP mit der NSDAP hilft den Nationalsozialisten in Schweidnitz, ihr Gedankengut in weiteren Kreisen publizistisch zu verbreiten. Schon seit dem September veröffentlicht die konservative „Tägliche Rundschau“, die vorher manchen Strauß mit den Nationalsozialisten ausgetragen hat, geraume Zeit unverändert und unkommentiert jeden Bericht über eine NS-Aktivität, der ihr offensichtlich von der Partei als Druckvorlage übergeben wurde.

Damit kein falsches Bild entsteht, ist noch anzumerken, daß natürlich auch die anderen Parteien in der Schweidnitzer Öffentlichkeit durchaus präsent waren. Von der KPD war gelegentlich die Rede. Ich erwähne hier nur noch den Bezirksparteitag der schlesischen SPD, der am 18./19.4.1931, erstmals außerhalb Breslaus, in Schweidnitz abgehalten wurde. Bei einer Großkundgebung des Reichsbanners marschierten 8000 Mann zur Rede Paul Löbes auf den Ring. „Zwei Tage wehten rote Fahnen an hohen Masten mitten im schlesischen Potsdam, zwei

⁸⁵ Ein Bild von der Übergabe an den Standartenführer Gottschalk in „Vom Kampf und Sieg...“

⁸⁶ Bericht in TR 24.10.1930

Stunden dröhnten Proletarierschritte - mitten im schlesischen Potsdam“, rühmt pathetisch die „Schlesische Bergwacht“⁸⁷ Hier aber soll ausdrücklich nur der Aufstieg der NSDAP nachgezeichnet werden.

Das Entscheidungsjahr 1932

Im Februar 32 wird das seit September 1929 bestehende Verbot der Ortsgruppe Schweidnitz aufgehoben. Am 18.2. besichtigt der Stabschef der SA, Hauptmann a.D. Ernst Röhm, auf seiner Schlesienreise auch die Schweidnitzer SA und SS im „Kaiserhof“. Eine größere Anzahl der Teilnehmer trug trotz des bestehenden Verbots Uniform. Als die Landjäger (der Kaiserhof lag am Ende der Richthofenstraße schon im Landkreis auf Schönbrunner Gebiet!) versuchten, deren Personalien festzustellen, kam es zu Lärmszenen. Im übrigen gab es aber keine Störungen.⁸⁸

Einen Tag später, am 19.2., kommt es zu schweren politischen Zusammenstößen in Saarau. Dabei tötet der Arbeiter Paul Klingel (Reichsbanner) den SA-Truppführer Franz Becker aus Kroischwitz durch einen Kopfschuß. Drei andere Nationalsozialisten erleiden Verletzungen. Becker wird zum Märtyrer der „Bewegung“. Der Leichnam wird mehrere Tage, bis zur kirchlichen Feier in der Friedenskirche, im Fabrikgebäude der ehemaligen Wernerschen Tischlerei in der Bolkstraße aufgebahrt. Bei der Beisetzung auf dem Friedhof in Weizenrodau am 24.2. wird ein Reporter der "Schlesischen Bergwacht" verprügelt und muß von der Polizei in Schutzhaft genommen werden.⁸⁹

Die Not des Volkes steigt weiter. Im Arbeitsamtsbezirk Schweidnitz beträgt die Zahl der erwerbsfähigen Bezieher von Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung Ende Februar 1932 fast 10 000 Personen, also etwa 10% der Bevölkerung. Rechnet man die Familienangehörigen dazu, wird etwa ein Drittel der Bevölkerung aus öffentlichen Mitteln unterstützt. Die Höhe der Unterstützung ist völlig unzureichend; aber auch die Löhne der Arbeiter sind Hungerlöhne.⁹⁰

In dieser explosiven Lage wird die Atmosphäre zusätzlich aufgeheizt durch eine Folge von Wahlen, die die politischen Leidenschaften zum Kochen bringen. Die Demagogen haben es leicht, den Wählern eine bessere Zukunft zu suggerieren, indem sie das ganze demokratische System, das sich so offensichtlich als hilflos erweist, zur Wurzel alles Übels erklären. Ein wachsender Teil der Verzweifelnden sucht das Heil in der von Adolf Hitler versprochenen „Volksgemeinschaft“ eines „nationalen Sozialismus“, ein anderer in der „Internationale“ des von Moskau gesteuerten Kommunismus.⁹¹ Die beiden antidemokratischen (im Sinne der liberalen Demokratie westlicher Prägung! - sie selbst beanspruchten ja die „wahre“ Volksherrschaft zu schaffen!) und antirepublikanischen Bewegungen hatten inzwischen eine Mehrheit der Wähler hinter sich. Schon seit März 1930 konnten die Regierungen der Weimarer Republik sich nicht mehr auf eine parlamentarische Mehrheit stützen. Seit Brüning regierten die Kanzler nur noch mit (von der SPD „tolerierten“) „Notverordnungen“ des Reichspräsidenten.

Drei Regierungen sieht das Jahr 1932: Heinrich Brüning wird am 30. Mai von Hindenburg entlassen (angeblich „hundert Meter vor dem Ziel“), Franz v. Papen ist am 17. November am

⁸⁷ Nr. 91/20.4.1931

⁸⁸ Ein Bild von der Besichtigung findet sich in „Vom Kampf und Sieg ...“

⁸⁹ Einzelheiten in meiner vierseitige Ausarbeitung „Franz Becker“.

⁹⁰ Von der propagandistischen Ausnützung dieser schlimmen Situation zeugt etwa ein damals bei den Nationalsozialisten viel gesungenes Lied, das die Schuld den Juden zuschreibt. Die erste Strophe lautet: „Es pfeift von allen Dächern: für heut die Arbeit aus./ Es ruhen die Maschinen, wir gehen müd nach Haus./ Daheim ist Not und Elend: das ist der Arbeit Lohn./ Geduld, verrat'ne Brüder, schon wanket Judas Thron.“

⁹¹ Glaubensbekenntnis der „Internationale“: „Es rettet uns kein höh'res Wesen, kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun./ Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun./ Völker höret die Signale: auf zum letzten Gefecht./Die Internationale erkämpft das Menschenrecht“.

Ende. Nachfolger wird General Kurt v. Schleicher, den bereits am 30. Januar 1933 Adolf Hitler als Reichskanzler ablöst. Zweimal wird die Bevölkerung 1932 zu den Urnen gerufen, um einen neuen **Reichstag** zu wählen, am 31.7. und am 6.11. Abgelaufen ist auch die siebenjährige Amtszeit des 1925 als Nachfolger von Friedrich Ebert gewählten **Reichspräsidenten** Paul v. Hindenburg. Er kandidiert diesmal - bei starken inneren Vorbehalten! - als Repräsentant der republikanischen Parteien (SPD, Z, Staatspartei). Da er im ersten Wahlgang am 13.3.32. im Reich nicht die erforderliche absolute Mehrheit erhält, muß am 10.4. ein zweiter Wahlgang erfolgen. Schließlich wird am 24.4.32 auch der Preußische **Landtag** neu gewählt - fünf Wahlgänge kurz hintereinander in einer ohnedies aus guten Gründen aufgewühlten Zeit!

Für das Amt des Reichspräsidenten kandidieren im ersten Wahlgang am 13. März 1932 neben Hindenburg Adolf Hitler für die NSDAP, Theodor Duesterberg als Vertreter von DNVP und Stahlhelm, Ernst Thälmann für die KPD und als krasser Außenseiter Adolf Gustav Winter. In der Stadt Schweidnitz erreicht Hindenburg mit 10465 Stimmen (= 52,73%) - anders als im Reichsdurchschnitt (49,6%) - die absolute Mehrheit. Die Ergebnisse der anderen Kandidaten in Schweidnitz-Stadt: Hitler 7048 (35,52%), eine Zunahme von über 2000 Stimmen gegenüber der letzten Reichstagswahl vom September 1930, Duesterberg 1501 (7,56%), Thälmann 807 (4,07%), Winter 24 (0,12%). Ungültig 64. (zusammen 19 845 gültige Stimmen). Die Zahlen für den Landkreis Schweidnitz lauten: Hindenburg 20628 (51,55%), Hitler 13657 (34,13%), Duesterberg 2608 (6,52%), Thälmann 3055 (7,63%), Winter 65 (0,16%). Ungültig 196. (zusammen 40 015 gültige Stimmen).⁹²

Über den Wahlkampf, in dem sich „alle Schleusen der Unterwelt geöffnet und sich mit ihrem Schmutz über Volk und Land ergossen“ hätten, urteilt die MZ im einzelnen: „Der Wahlkampf wurde diesmal von den Gegnern Hindenburgs, die Anhänger Duesterbergs ausgenommen, in einer sehr schoflen Weise geführt. Nacht für Nacht waren Schmierkolonnen unterwegs, und die Plakatsäulen gaben ein beredtes Zeugnis von dem moralischen Tiefstand gewisser Kreise. Man scheute sich nicht, dem angeblich auch von den Nationalsozialisten hochverehrten Feldmarschall die Augen auszukratzen und die Hindenburg-Plakate in gemeinster Weise zu schänden. Im Dunkel der Nacht strolchten fragwürdige Gestalten, mit Knüppeln bewaffnet, durch die Straßen und scheuten sich nicht, Personen, von denen sie wußten, daß diese in einem anderen politischen Lager stehen, anzupöbeln. Merkwürdigerweise gab es Geschäftsleute, die so wenig Geschäftssinn aufwiesen, daß sie Werbeplakate für Hitler aushängten. Damit dokumentierten sie, daß ihnen an der Kundschaft anders gesonnener Kreise anscheinend nichts gelegen ist.“⁹³

Vier Tage später ruft sie ihre Leser zum zweiten Wahlgang auf: „Hitler muß ein zweites Mal und noch vernichtender geschlagen werden, damit endlich einmal der rüde Ton verschwindet, das anmaßende und freche Auftreten seiner jugendlichen Nachläufer aufhört und eine Beruhigung der innenpolitischen Lage eintreten kann.“ Im Gegensatz zur NSDAP stehe hinter den republikanischen Kräften weder der Großgrundbesitz noch die Industrie.

Der 2. Wahlgang am 10.4. bringt Hindenburg zwar die erforderliche absolute Mehrheit auch im ganzen Reich, doch kann auch Hitler weiter zulegen. Die Wahlpropaganda der NSDAP ist sehr intensiv. Am Vorabend der Wahl zieht ein Fackelzug mit fast 900 Teilnehmern durch Schweidnitz. Die Ergebnisse in der Stadt: Hindenburg 10 867 (56,55%), Hitler 7718 (40,16%), Thälmann 632 (3,29). Ungültig 118, zersplittert 1. - In Schweidnitz-Land: 21 389, 15 478, 2348. Die NSDAP hat also in der Stadt 670, im Landkreis 1841 Stimmen dazugewonnen, .

Anläßlich des 2. Wahlgangs war im evangelischen „Kirchlichen Wochenblatt für die evangelische Gemeinde von Schweidnitz“⁹⁴ ein ganzseitiger Aufruf Hitlers „An alle christlichen

⁹² Angaben für beide Wahlgänge nach der Amtlichen Statistik des Deutschen Reichs, Band 427. Die Zahlen in den Zeitungen weichen gelegentlich leicht ab.

⁹³ MZ 14.3.32

⁹⁴ Kirchliches Wochenblatt 15/10.4.1932

Männer und Frauen" erschienen, was bei weiten Teilen der Friedenskirchengemeinde starke Erregung hervorrief. Der für die peinliche Panne verantwortliche Schriftleiter, Pastor Seidel, erklärte in einem in der TR abgedruckten Inserat, bei der Anzeige habe es sich ausschließlich um einen geschäftlichen Auftrag gehandelt, der die überparteiliche Haltung des Blattes nicht berühre. Doch hätten Form und Aufmachung im Widerspruch zu seinen Anordnungen gestanden. Wie stark der Anhang der NSDAP auch in der evangelischen Gemeinde bereits ist, werden die Kirchenwahlen vom 13.11.32 zeigen.⁹⁵

Auch mancher einst entschiedene Hitlergegner hat sich inzwischen „bekehrt“. So spricht sich der Rektor der Schweidnitzer katholischen Knabenschule (1.4.1916-30.6.1932) und frühere Landtagsabgeordnete der DNVP, Viktor Lukassowitz, inzwischen von der DNVP abgehalftert, eindeutig für Hitler aus.⁹⁶

Unmittelbar nach dem Sieg Hindenburgs werden am 13.4. die nationalsozialistischen Wehrorganisationen SA und SS durch eine Notverordnung verboten, allerdings am 14.6. unter dem neuen Reichskanzler v. Papen wieder zugelassen. Noch am Tage des Verbots durchsucht die Landeskriminalpolizei auch das Schweidnitzer SA-Heim. Es wird aber, anders als etwa die Heime in Breslau, Waldenburg, Görlitz und Striegau nicht geschlossen. Die MZ kommentiert: „Damit dürfte Schweidnitz einzig dastehen.“

Schon am 24.4. wurden die Bürger erneut zur Urne gerufen, diesmal um den Preußischen Landtag zu wählen.⁹⁷ Die letzte Wahl hatte am 20.5.1928 stattgefunden. Nun wird sichtbar, daß sich der Trend zugunsten der NSDAP, der sich erstmals bei den Septemberwahlen 1930 unübersehbar zeigte, weiter verfestigt hat. Im Wahlkreis Schweidnitz-Stadt wählen 7666 Personen die NSDAP, an zweiter Stelle liegt die SPD mit 5509 (1928: 5425) Stimmen. Behauptet hat sich das Zentrum mit 2768 (2843) Stimmen, während die Deutschnationalen mit 1626 (4479) ähnlich abgeschlagen werden wie die aus der DDP hervorgegangene Deutsche Staatspartei, die nur noch von 197 (671) Schweidnitzern gewählt wird. Zu den Verlierern gehört auch die KPD mit 867 (1168) Stimmen.

Zweimal wird in diesem von allen Zeichen der Agonie geprägten Jahr auch der längst paralyisierte Reichstag⁹⁸ neu gewählt, zum ersten Mal am 31.7.32. Die politischen Leidenschaften gehen wieder hoch. In der TR gibt es eine ständige Rubrik: „Die täglichen Zusammenstöße“ mit Nachrichten aus dem ganzen Reich. Die Zahl der Opfer bewaffneter Auseinandersetzungen steigt. Die NSDAP kündigt in Schweidnitz an, der angebliche „Blutterror“ unter dem SPD-Polizeipräsidenten werde bald „Selbsthilfe“ provozieren.⁹⁹ In einer Versammlung am 1.7. spricht Gauleiter Brückner im „Volksgarten“ zum Thema „Der Aufbruch der Nation“. Er wendet sich gegen die „Schwarzrote Bonzokratie“, verdammt die „Lügenflut gegen den Nationalsozialismus“ und droht unverhohlen den „intellektuellen Urheber von Taten menschlicher Ruchlosigkeit“, die es auch in Schweidnitz gebe. Man werde sie „bei der großen Abrechnung gewiß nicht vergessen“.¹⁰⁰

Es sei daran erinnert, daß seit Begründung der „Harzburger Front“ in der TR über alle NS-Aktivitäten im Sinne der „Bewegung“ berichtet wird. Offensichtlich werden von der NSDAP vorformulierte Texte unverändert nachgedruckt. Nur ein Beispiel für eine solche völlig

⁹⁵ Kandidaten im Kirchlichen Wochenblatt 45/6.11.1930, Ergebnisse in Nr. 48/27.11.1930. Von 18 gewählten Gemeindegemeinderäten kommen 8 aus der nationalsozialistisch bestimmten Liste II, ebenso 27 der 60 Gemeindeverordneten.

⁹⁶ Laut MZ in der Breslauer „Schlesischen Zeitung“ vom 9.4.: „Ich wähle am 10. April Adolf Hitler“. Die offizielle Empfehlung der DNVP war Stimmenthaltung.

⁹⁷ Gleichzeitig fanden Landtagswahlen in Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg statt, die überall ein starkes Anwachsen der NSDAP brachten.

⁹⁸ Seit der Berufung Brüning zum Reichskanzler Ende März 1930 gab es im Reichstag keine parlamentarischen Mehrheiten mehr. Die jeweiligen Kanzler konnten nur mit Notverordnungen des Reichspräsidenten - bei Tolerierung durch die SPD - regieren. Das parlamentarische System hatte sich lange vor der „Machtergreifung“ selbst entmannt.

⁹⁹ Bericht in der TR 1.7.32 über NS-Wahlversammlung vom 30.6.32 in der „Stadt Breslau“.

¹⁰⁰ TR 2.7.32

unkritisch-positive Jubelberichterstattung soll ausführlicher dargestellt werden.¹⁰¹ Am 9. Juli veranstaltete die Schweidnitzer SA einen großen Propagandamarsch mit etwa 800 Mann unter Standartenführer Hans Kittel. Schon beim Antreten auf dem Margaretenplatz um 7 Uhr früh habe sich „ein Bild straffer Mannesdisziplin geboten“. Kommunistische Provokationsversuche auf dem Ring seien wegen der „musterhaften Disziplin“ der SA-Leute ohne Erfolg geblieben. Der Marsch habe über Kroischwitz und Nieder-Weistritz nach Jakobsdorf geführt, wo die Ortsgruppe Nieder-Weistritz einen „Deutschen Abend“ im Gasthof „Graf Moltke“ gestaltet habe. „Was am Sonnabend in Zucht und Ordnung durch die Straßen unserer alten, schönen Stadt Schweidnitz marschierte, war nur ein kleiner Teil der Standarte 10. Junge und Alte, Frontsoldaten und deren bester Nachwuchs. Disziplinierte und entschlossene Männer, fest in der Hand ihrer Führer, bereit zum letzten Widerstand gegen Blutterror und Bürgerkriegsgelüste der Roten“.¹⁰² - Umgekehrt werden Aktionen der politischen Gegner - etwa Umzüge der „Eisernen Front“ - als „Bürgerkriegshetze in Reinkultur“ diffamiert, wobei gelegentlich auch nicht vor eindeutigen Unwahrheiten zurückgeschreckt wird.¹⁰³

Vor der Wahl steigern sich Propagandaveranstaltungen. Am 14.7. hat eine „Kundgebung“ zum Thema „Unser Kampf gegen die rote Lügenpest“ über 600 Teilnehmer. Bei einem Werbeabend am 16.7. treten als Redner der Schweidnitzer Kreisleiter Richard Linke und SS-Oberführer Udo v. Woysch¹⁰⁴ auf. Die SA-Standartenkapelle Schröter gibt dabei ein Konzert. Handwerker und andere Mittelständler werden am 19.7. angesprochen, als sich ein Malermeister Streit aus Breslau über „Die Grundlagen des Handwerks im Nationalsozialismus“ ausläßt. Er erteilt der Gewerbefreiheit eine Absage und verspricht einen Ständestaat. Auf einer „Bauernkundgebung“ am 19.7. im Volksgarten wird ein gesunder Bauernstand als die Grundlage des kommenden Reiches bezeichnet. MdL Kulisch/Breslau wendet sich am 25.7. an die Arbeiter mit dem Thema „Proletariat und Arbeitertum“. Er hatte im Januar 1931 in Schweidnitz mit Gerhard Neumann die schlesische NSBO ins Leben gerufen. Sicher hat auch mancher Schweidnitzer Hitler selbst gehört, der am 22.7. in Waldenburg und in Liegnitz sprach. Am 25.7. ist eine Erwerbslosenversammlung im "Waldschlöbchen". Während sonst auch bei Wahlveranstaltungen Eintrittsgelder zwischen 30 und 50 Pfennig verlangt werden, ist hier der Eintritt frei. Am Abend desselben Tages wiederholt die NSBO einen Deutschen Abend. Dann geht es noch einmal Schlag auf Schlag: am 28.7. kommt ein Pfarrer a.D. aus Kassel, am 29.7. ein Berliner Arbeiter, am 30.7. schließlich wirbt nachmittags in beiden Kinos ein Propagandafilm, in dem Hitler, Strasser, Göring und Goebbels auftreten, um die Wählerstimmen. In der TR liest man: „Ihre Ausführungen waren aufrüttelnd, überzeugend und mitreißend“. Am Vorabend der Wahl gibt es noch einen „schönen und würdigen Abschluß im Volksgarten.“ Die Standartenkapelle Schröter tritt erstmals „in der schmucken SA-Uniform“ auf und läßt Fanfarenmärsche erklingen. Zusammen mit dem Spielmannszug der SA führt man den Großen Zapfenstreich mit dem Gebet auf und erntet für die „wuchtige Kundgebung“ im überfüllten Garten „wahre Beifallstürme“.

So ganz unangefochten bleibt freilich die NSDAP nicht von gewaltbereiten Störern. Bei der „Kundgebung“ am 19.7. wird aber die Bevölkerung ausdrücklich beruhigt, sie könne NS-Ver-

¹⁰¹ TR 11.7.32

¹⁰² TR 11.7.32. Auf der gleichen Seite liest man: „Schlesische SA-Aufmärsche von den Roten überfallen. Mehrere Tote.“ Im einzelnen genannt werden Ohlau, wo Reichswehr eingesetzt worden sei, Gnadenfrei, Schmiedeberg, Ströbel und Hindenburg.

¹⁰³ In einem Artikel „Die roten Überfälle in Schlesien“ etwa wird in der TR v. 13.7.32 dem sozialdemokratischen Bezirkssekretär Bretthorst/Breslau die Aufforderung an seine Genossen zugeschrieben, „jeden /Nationalsozialisten/, den sie mit einer braunen Mütze, dem Abzeichen oder in Uniform trafen, niederzuschlagen.“ Sie sollte am 8.7. im Schweidnitzer Volksgarten erfolgt sein. Die TR knüpft daran die Überlegung, nur „musterhafter Disziplin, Ordnungssinn, bedingungslosem Gehorsam von SA, SS und Stahlhelm /beachte die Zusammenstellung! / sei es zu verdanken, daß der Straßenkampf noch nicht allgemein ausgebrochen ist.“ An das „Bürger- und Beamtentum“ wird appelliert, es „möge daran denken, daß es die Scharte vom 9.11.1918 noch auszuwetzen hat“- Am 16.7. muß die Zeitung eine amtliche Berichtigung des Oberbürgermeisters als Polizeibehörde bringen. Die auf angeblich eidesstattlicher Erklärungen gestützte Aussage über Bretthorst sei laut übereinstimmenden Aussagen der überwachenden Polizeibeamten „unwahr“. Weder in dieser noch in ähnlicher Form sei zur Gewalt aufgerufen worden. Der Redner habe im Gegenteil davor gewarnt, sich zu Gewalttätigkeiten hinreißen zu lassen!

¹⁰⁴ Er wird als SS-Gruppenführer am 30.6.1934 eine verheerende Rolle beim sog. „Röhmputsch“ in Schlesien spielen!

sammlungen ohne Furcht besuchen. „Die Polizei in Schweidnitz sei immer noch Herr der Lage und bereit, Ruhe und Ordnung unter allen Umständen aufrechtzuerhalten.“ Von gewaltsamen, handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen nationalen und internationalen Sozialisten war ja schon die Rede. Sie hatten im Februar 1932 mit Franz Becker ein erstes Todesopfer gefordert. Am 18.7. nun wurde in Groß-Rosen beim Angriff auf einen SA-Propagandamarsch Herbert Härtel aus Rauske getötet, außerdem hatte die SA vier Verletzte zu beklagen.

Die Angst vor den „Linksradi-kalen“ schürt die TR sehr bewußt mit Artikeln über „Die roten Überfälle in Schlesien“ (13.7.)¹⁰⁵ oder - groß aufgemacht - „Wieder Ausschreitungen der Linksradi-kalen“ (18.7.). Am 19.7. berichtet sie von „planmäßigen Überfällen“ der Linksradi-kalen in Schweidnitz. Auf der Burgstraße, dem Ring und in den benachbarten Straßen wäre es nach 10 Uhr vormittags zu Unruhen gekommen, vorwiegend von auswärtigen Kommunisten und Reichsbannerleuten verursacht. Jeder des Weges kommende Nationalsozialist sei angegriffen und verprügelt worden. Der Bericht gipfelt in der Feststellung: „Die Polizei konnte nicht Herr werden“. Das habe zu großer Erregung in der Bürgerschaft geführt, und notfalls müsse eben Militär eingesetzt werden. - Mehr Einzelheiten nennt der Polizeibericht. Er spricht von Zusammenstößen auf Markt und Burgstraße gegen 12 Uhr und von mehreren Festnahmen. Gegen 17 Uhr sei eine Ansammlung auf der Friedrichstraße, gegen 20 Uhr erneut eine auf der Kupferschmiedestraße zerstreut worden. In der Petersstraße - einer Hochburg der Kommunisten - sei eine Kraftfahrabteilung der Polizei mit Bierflaschen beworfen worden, wodurch ein Polizist leicht verletzt worden sei. Noch um 22.30 Uhr habe es am Niedertorplatz und auf den anliegenden Straßen wieder Menschenansammlungen gegeben, die mit Gummiknüppeln auseinandergetrieben worden seien. Einen Schlagring und ein Dolchmesser habe man sichergestellt. - Die Behauptung der TR über die Unfähigkeit der Polizei, mit den Unruhestiftern fertig zu werden, führt erneut (wie schon am 16.7.) zu einer am 20.7. gedruckten amtlichen Richtigstellung der Übertreibungen, in der es heißt, die Polizei sei durchaus Herr der Lage gewesen. Am Niedertorplatz etwa habe ein einziger Polizist eine nach Hunderten zählende Menge problemlos im Zaum gehalten. Fast wörtlich bestätigte selbst der NS-Redner schon am Abend des 19.7. aus naheliegenden Gründen der Polizei ihre Kompetenz.

Bei der Wahl vom 31.7.1932 erzielt die NSDAP auch in Schweidnitz bei einer Wahlbeteiligung von 88% mit 8175 Stimmen das beste Ergebnis und nimmt gegenüber der Landtagswahl vom 24.4.32 weiter zu. Die SPD behält mit 5510 Stimmen fast unverändert den zweiten Platz. Auch beim Zentrum auf Platz 3 (2738 Stimmen) hat es kaum Veränderungen gegeben. Etwa 200 Wähler verliert die DNVP, die mit 1429 Stimmen Platz 4 belegt. Die KPD gewinnt ca. 150 Stimmen und erreicht mit 1021 Wählern Platz 5. Mehr als ein Dutzend weitere Parteien beteiligt sich. Die stärkste diese Splitterparteien, der Christlich-Soziale Volksdienst, erhält 359 Stimmen.¹⁰⁶

Auch die Zahl der NSDAP-Mitglieder steigt. Die Partei muß deshalb 1932 die Organisationsstrukturen anpassen. Seit 1.5.1928 hatte ehrenamtlich als "Bezirksleiter" **Georg Trzeciak** die Schweidnitzer Nationalsozialisten geführt. 1929 wurde er Stadtverordneter und am 27.2.1930 zum unbesoldeten Stadtrat gewählt. Die Regierung verweigerte über zwei Jahre seine Bestätigung. Die Einführung erfolgte deshalb erst am 30.9.32. Seit dem 24.4.1932 gehörte er auch dem Preußischen Landtag an. Es ist zu vermuten, daß deshalb **Richard Linke** zum neuen Kreisleiter bestimmt wurde. In den mir vorliegenden Quellen wird er in dieser Funktion erstmals

¹⁰⁵ s. dazu Fußnote 102!

¹⁰⁶ Ein Charakteristikum dieser Jahre ist die Zersplitterung des Wählerwillens durch eine Unzahl kleiner Parteien. Weitere Ergebnisse in Schweidnitz (in Klammern das Ergebnis der Landtagswahl vom 24.4.32): DVP 122, Deutsche Staatspartei 67 (197), Reichspartei des deutschen Mittelstandes 31 (108), Deutsches Landvolk 7, Nationalsozialistische Kriegsteilnehmer 4, Volksrechtspartei 3, Sozialistische Arbeiterpartei (SAP 2), Schlesiens Handwerk und Gewerbe 2, Arbeiter- und Bauernpartei 2, Nationale Rentner 1, Nationalsozialistische Kleinrentner 1, Deutsche Sozial-Monarchistenpartei 1.

am 16.7.32 genannt, letztmals erwähnt am 21.3.33. Sein Nachfolger **Kurt Hossenfelder** amtiert seit April/Mai 1933.

Gauleiter Brückner wurde von der Münchener Zentrale zum Landesinspekteur berufen. Die erste Amtshandlung in dieser neuen Funktion war die Abhaltung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung der Kreisleitung Schweidnitz-Stadt am 27.9.32. Wegen des starken Anstiegs der Mitgliederzahl wurden nun vier Ortsgruppen (Ost, West, Süd, Nord) ins Leben gerufen.¹⁰⁷ Brückner betonte, das Wachsen der Bewegung sei aufs engste mit der Ortsgruppe Schweidnitz verknüpft. Schweidnitz bedeute in der nationalsozialistischen Bewegung eine Stätte der Tradition. Inzwischen marschiere auch Schlesien in der NS-Bewegung mit an der Spitze. An diesem Erfolg habe Schweidnitz einen erheblichen Anteil. Besonders hebt Brückner die Tätigkeit der Brüder Trzeciak hervor, besonders Georgs, die für diesen stets ein Kampf gewesen sei. Dank könne ihm heute noch nicht zuteil werden, weil er noch mitten in der Arbeit stehe. Anschließend nahm Kreisleiter Linke 107 neue Verpflichtungen vor.¹⁰⁸

Die NSDAP bereitet sich auf die legale „Machtübernahme“ vor - sie fühlt sich siegessicher. Insbesondere die SA aber drängt ungeduldig auf eine revolutionäre „Machtergreifung“. Sprengstoff wird eingesetzt. Im August entgeht der Führer der SAP (Sozialistische Arbeiterpartei) Dr. Eckstein/Breslau (ermordet 1933) knapp einem Handgranatenattentat. Fast gleichzeitig erfolgen Anschläge auf das „Bergwacht“-Verlagsgebäude - freilich angeblich auch auf SA-Heime! Ein Prozeß in Schweidnitz vom 3.-11.11.1932 läßt die gewaltbereite, haßerfüllte Atmosphäre erkennen, zeigt aber auch in der Person des Hauptangeklagten, wieviel irrender und irregeleiteter Idealismus manchen jungen Nationalsozialisten beseelte, der sich als Jung-Siegfried im Kampf mit Mime und Fafner begriff. Deshalb folgt hier eine ausführliche Darstellung dieses wenig bekannten letzten großen Schweidnitzer Prozesses wegen nationalsozialistischer Terrorakte. Während er noch abläuft, wird am 6.11.32 ein neuer Reichstag gewählt.

Der Schweidnitzer NS-Prozeß vom 3.-11. November 1932

Am 3. November 1932 wird vor dem Sondergericht¹⁰⁹ Schweidnitz der Prozeß gegen eine Reihe von Nationalsozialisten eröffnet, die der Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag gegen den Redakteur Carl Paeschke beschuldigt werden. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Dr. Wollmann, die Anklage vertreten Oberstaatsanwalt Hentschel und Staatsanwaltschaftsrat Loderhose. Paeschke ist als Nebenkläger zugelassen und wird durch den Breslauer Rechtsanwalt Bandmann (SPD) vertreten.

Angeklagt sind der Handlungsgehilfe Erich Wagner/Reichenbach¹¹⁰, der Kraftwagenführer Herbert Polomski/Breslau¹¹¹, der Elektriker Karl-Heinz Wolter/Reichenbach wegen versuchten

¹⁰⁷ Im Dezember 1934 waren die Ortsgruppenleiter Reinhold Gutsche (Süd), Georg Druschke (Ost), Otto Wicht (West), Bertold Drescher (Nord). Wahrscheinlich hatte es seit 1932 keine Veränderung gegeben. Bis 1942 steigt die Zahl der Ortsgruppen auf acht.

¹⁰⁸ TR 1.10.32. („Uns wird geschrieben“!)

¹⁰⁹ Im August 1932 wurden unter der Regierung Papen zur Bekämpfung der sich häufenden politisch motivierten Terrorakte Sondergerichte eingerichtet, gegen deren Urteile keine Rechtsmittel möglich waren. In Schlesien gab es vierzehn, davon eines in Schweidnitz. Dort hatte den Vorsitz zunächst LGDir. Beer, Beisitzer waren LGR Spitz und Krajewski (+ 2.11.32). - Ein paar Beispiele für ihre Tätigkeit: in Ohlau wurden gegen Eiserne, Reichsbanner und SPD Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verhängt. in Beuthen gegen fünf SA-Leute wegen des Potempa-Mordes Todesurteile (TR 23.8.). - Am 12.9.32 verhandelt das Sondergericht Schweidnitz einen Überfall des Reichsbanners auf Nationalsozialisten am 3.4.32. Etwa 300-350 Reichsbannerangehörige hatten einen Propagandamarsch von Ströbel über Rogau-Zobten nach Mörschelwitz angetreten. Einige ihnen auf Fahrrädern entgegenkommende Nationalsozialisten wurden von Reichsbannerleuten überfallen, ein SA-Mann erhielt sechs Messerstiche. Von drei Angeklagten wurden zwei wegen erwiesener Unschuld freigesprochen.

¹¹⁰ Handelsgehilfe Erich Wagner (* 27.10.1910) war kurz vor dem Abitur aus dem Reichenbacher Gymnasium entlassen worden, weil er sich in SA-Uniform auf einer Demonstration in Frankenstein gezeigt hatte. Die Aufdeckung von NS-Aktivitäten am Gymnasium ging auf Artikel Paeschkes zurück. Wagner hatte nach seiner Freilassung 1933 sein Abiturzeugnis bekommen und war in Breslau - dem in seinem Brief an Heines geäußerten Wunsch entsprechend - hauptamtlicher SA-Führer in Breslau geworden, angeblich bei der Stabswache. Das Ende von Heines überstand er offensichtlich unversehrt. Bei Kriegsende kam er als Soldat in der Steiermark in amerikanische Gefangenschaft. Nach seiner

Mordes und eines Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz. Wegen Begünstigung stehen Sturmbannführer Fritz Staats/Fürstenstein und Standartenführer Hans Rauscher/Dittmannsdorf¹¹² vor Gericht. Sie alle werden aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Der der Beleidigung in Tateinheit mit Bedrohung beschuldigte Landwirt Walter Podolski/ Hindenburg ist krankheitshalber nicht erschienen¹¹³. Der Begünstigung angeklagt sind ferner Edmund Heines, der übelbeleidete Führer der SA-Gruppe Schlesien¹¹⁴, und sein Stabsführer Hans Hayn. Die Beschuldigten werden verteidigt von Justizrat Luetgebrune/München und Rechtsanwalt Helmut Rebitzki/Breslau¹¹⁵. Als medizinischer Sachverständiger fungiert Kreismedizinalrat Dr. v. Leliwa/Schweidnitz.

Welche politische Bedeutung man dem durch die Anklage gegen Heines besonders brisanten Prozeß, der unmittelbar vor der Reichstagswahl des 6.11. eröffnet wird, beimißt, zeigt sich daran, daß der Schweidnitzer Landgerichtspräsident Hans Engelmann, Oberlandesgerichtspräsident Dr. Witte und Generalstaatsanwalt Krimke (beide Breslau) als Beobachter an den Verhandlungen ebenso teilnehmen wie der Reichenbacher Erste Bürgermeister Dr. Zdralek und sein Polizei-Oberinspektor Rückwarth.

Als Opfer des Anschlages war Carl Paeschke ausersehen gewesen, der in Reichenbach wohnende Redakteur des SPD-Blattes „Der Proletarier aus dem Eulengebirge“ (Langenbielau). Paeschke hatte sich durch den aggressiven Ton seiner Zeitung im Kampf um die Rechte der Arbeiter das Mißfallen weiter bürgerlich-konservativer Kreise zugezogen¹¹⁶. Mit besonderem Haß verfolgten ihn aber die Nationalsozialisten, seit er den 1931 aus München als Führer der schlesischen SA entsandten, vor seiner Übersiedlung nach Breslau kurz in Reichenbach residierenden Edmund Heines als „Fememörder“ und moralisch unzuverlässigen Homosexuellen scharf angegriffen hatte.¹¹⁷ Man beschloß, ihm eine Lektion zu erteilen. Im Prozeß ging es dann vor allem um die Frage, ob es sich um eine spontane örtliche Aktion oder ein von der SA-Gruppe mitgeplantes Unternehmen gehandelt habe. Ein dreiköpfiges Kommando unternahm jedenfalls in der Nacht vom 8. auf den 9. August 1932 kurz nach Mitternacht einen

Entlassung wurde er auf dem Heimweg nach Schlesien von den Sowjets verhaftet und für mehrere Jahre nach Sibirien verschleppt. Er ist wohl 1953 zurückgekommen und starb am 26.5.1991 in Bad Bentheim als Diplom-Ökonom (Mitteilung von Herrn Fehst/Braunschweig).

¹¹¹ Herbert Polomski, Chauffeur, Sohn eines Autoverleihers aus Breslau, war 19 Jahre alt. Sein Auto aus den Beständen des Vaters hatte als Tatwagen gedient. Es wurde später von der Polizei in Fürstenstein versteckt gefunden.

¹¹² Der ehemalige Opersänger Rauscher war Führer der Standarte 86.

¹¹³ Podolski, Kreisführer der SA, hatte am 22.7. einen unterzeichneten Brief an P. gesandt mit der Drohung: "Eins steht fest, Ihr Schicksal erfüllt sich in nächster Zeit".

¹¹⁴ Der ehemalige Leutnant Heines hatte im Jahre 1920 als Führer einer Freikorpsinheit einen angeblichen Verräter eigenhändig erschossen. Es war ihm vorgeworfen worden, geheime Waffenlager bei der Alliierten Kommission anzeigen zu wollen. H. wurde deswegen vom Schweriner Schwurgericht 1929 zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Andere Strafen erhielt er wegen Beihilfe zum Hochverrat sowie wegen eines Vergehens der Fortführung einer verbotenen Partei. Anlaß zu Kritik bot auch seine bekannte Homosexualität.

¹¹⁵ Rebitzki wurde 1933 Oberbürgermeister von Breslau, 1934 aber im Gefolge des „Röhm-Putsches“ abgesetzt.

¹¹⁶ Paeschke war im August 1930 von der SPD als Redakteur nach Langenbielau berufen worden, nachdem sein Vorgänger Paul Döring zu den Kommunisten übergetreten war. (Später mußte sich D. wegen verschiedener Delikte, u.a. wegen Ladenraubes, vor Gericht verantworten). - Schon im November 1931 kam es zu einer heftigen Pressepolemik zwischen ihm und Dr. Herbert Brieger, einem Psychotechniker bei den Christian-Dierig-Werken. Paeschke selbst schreibt dazu in einem Brief an RA Bandmann vom 23.9.32: "In meinen Angriffen bin ich natürlich nicht gerade sanft gewesen". Ein von Brieger angestrebter Prozeß endete endgültig erst im Juni 1932, zur Zeit des Briefes schwebte noch ein zweiter. - Als P. Zusammenhang mit dem Stahlhelm-Volksbegehren vom August 1931 die Namen aller Befürworter in Langenbielau veröffentlichte, kam es zu einem Kommunalkonflikt. Dr. Dierig forderte die Entfernung des P. aus dem ganzen Riesengebirge. Mitte August erhielt P. die erste anonyme Morddrohung. - Zu heftigen persönlichen Angriffen von deutschnationaler und nationalsozialistischer Seite führen dann scharfe Artikel Paeschkes, die sich mit Verhältnissen am staatlichen Realgymnasium Reichenbach befaßten. Er kritisierte, daß Gymnasiasten sich in Uniform an Naziumzügen beteiligt hätten, nach der Verfassungsfeier demonstrativ auf den Ring gezogen seien und dort "Deutschland erwache!" gerufen hätten. Seine Enthüllungen führten zur Versetzung des Studiendirektors Mittag und zum Ausschluß des Oberprimaners Wagner. Sowohl der "Schlesische Volksbote" wie das "Reichenbacher Tageblatt" warfen ihm daraufhin vor, er besitze weder journalistischen Anstand noch überhaupt moralische Qualitäten, ja die primitivsten Formen menschlichen Umgangs seien ihm fremd. Gegen die Maßregelung der Schüler will P. "scharf Stellung genommen" und die ausschließliche Verantwortung der Lehrkräfte betont haben. Seit November 1931 kommt es jedenfalls immer wieder zu persönlichen Anrempelungen auf der Straße. - Die Atmosphäre wird weiter dadurch vergiftet, daß P. nolens volens die von SPD und Zentrum gegen starken Widerstand von rechts durchgesetzte Wahl von Dr. Zdralek/Zentrum heftig verteidigen muß. (Parallele zur Wahl des 2. Bgm. in Schweidnitz!)

¹¹⁷ Heines wohnte seit 1. Juli 1932 in Reichenbach am Pulverweg, nur drei Häuser von Paeschke entfernt. P. gibt an, daß die offenen Todesdrohungen fast genau mit diesem Datum beginnen. Sie hätten meist gelaute: „Du wirst am 31. Juli aufgehängt“. - Der Artikel gegen Heines war am 18.7.32 im „Proletarier aus dem Eulengebirge“ unter der Überschrift: „Heines ein 175er“ erschienen.

Sprengstoffanschlag mit einer zur Bombe umfunktionierten Kartusche auf den mit einem Bekannten aus dem Wirtshaus heimkehrenden Redakteur. Die Bombe wurde den Attentätern in Schweidnitz übergeben¹¹⁸. Der Anschlag mißglückte; die gezündete Ladung explodierte vorzeitig in der Hand des SS-Mannes Kurt Jaehnke¹¹⁹ und verletzte ihn tödlich¹²⁰.

Die NS-Presse meldete zunächst unverfroren, Jaehnke sei einem Mordanschlag von Kommunisten und Reichsbannerleuten zum Opfer gefallen¹²¹, wurde aber durch den Preußischen Reichskommissar Dr. Bracht zum Widerruf gezwungen. Die neue Argumentation der NSDAP läuft nun darauf hinaus, die Tat als eine verständliche Reaktion auf Paeschkes angebliche „verbrecherische Mordhetze“ darzustellen. Heines wird dann im Prozeß die Verschwörungstheorie damit zurückweisen, daß die von P. selbst provozierte höchste Erregung in Reichenbach zu einer verständlichen Entladung geführt habe, ohne daß dazu ein Befehl von oben nötig gewesen wäre. Die rüde Tonart, die dabei angeschlagen wird, zeigt ein Flugblatt des Reichenbacher Kreisleiters Gerhard Tenschert, das deshalb hier im Wortlaut abgedruckt wird¹²². Es lautet:

„ Ich freue mich, daß es durch das Attentat möglich war, die Nazis offiziell als Mörderpartei zu entlarven! So spricht Genosse Paeschke in der letzten Versammlung der Bonzen und Mistgabeljünglinge¹²³ und läßt sich zu seiner ‘wunderbaren Lebensrettung’ gratulieren. Die Nationalsozialisten haben dem hysterischen Gebaren dieses pathologischen Hetzers nun wochenlang schweigend zugesehen. Jetzt aber reißt unsere Geduld! Jetzt rechnen wir ab: Seit Jahr und Tag hat dieser verantwortungslose Demagoge in seinem Schmierblatt eine verbrecherische Mordhetze gegen die nationalsozialistische Bewegung ungestraft verbreiten können, und hat sich dadurch zum geistigen Urheber und Schuldigen an Hunderten von feigen Überfällen gegen wehrlose SA-Männer gemacht! Wir denken nur an den viehischen Mord an dem SA-Mann Bischof im Februar 1931¹²⁴. Und dann wagt dieser Bursche es, die nationalsozialistische Bewegung als Mörderpartei zu bezeichnen! Seit Wochen benutzt dieser marxistische Schreiberling den tragischen Tod des Nationalsozialisten Kurt Jaehnke, um in der niedrigsten und übelsten Weise die Bevölkerung gegeneinander zu hetzen! Er besitzt die Gemeinheit, einen Toten, der sich nicht mehr wehren kann, Tag für Tag als Mordbuben und feigen Meuchelmörder zu bezeichnen! Dieser rote Hetzer stellt damit Behauptungen auf, die schon deswegen haltlos sind, weil erst die kommende Gerichtsverhandlung Licht in den noch völlig dunklen und ungeklärten Sachverhalt bringen kann.¹²⁵ Trotzdem lügt und verleumdet Genosse Paeschke unentwegt weiter, behauptet in seinem neuesten, von Unflat strotzenden

¹¹⁸ Jaehnke soll am 8.8.32 im Café Pechan, Breslauer Straße, Wolter getroffen haben.

¹¹⁹ * 31.3.1904

¹²⁰ Nach dem Gutachten von Dr. v. Leliwa starb Jaehnke an einer inneren Verblutung, hervorgerufen durch eine Wunde an der rechten Seite, die ein 5 cm großes Sprengstück verursacht hatte. Auch die rechte Hand sei verstümmelt worden.

¹²¹ So der von Gauleiter Dr. Joseph Goebbels in Berlin herausgebene „Angriff“ am 9.8.32: „In der Nacht zum Dienstag wurde der SS-Mann Jenke (sic!) in Reichenbach i. Schl. auf scheußliche Weise ermordet. Jenke befand sich auf dem Nachhauseweg, als plötzlich aus einem am Wege befindlichen Gebüsch ein Sprengkörper mit so großer Genauigkeit auf ihn geworfen wurde, daß sein Körper durch die weithin hörbare Explosion buchstäblich zerfetzt wurde. - Der Mord ist von Angehörigen des Reichsbanners und von Kommunisten in trauem Verein ausgeübt worden. Nach der Tat fand man an der Mordstelle Angehörige beider marxistischen Richtungen, die mit Laternen und Stöcken ausgerüstet waren. Unter diesen befand sich auch der Schriftleiter des dortigen (sic!) Marxistenorgans "Der Proletarier" (sic!), Pesche (sic!)“ - Richtig ist daran nur, daß der Begleiter P.s Kommunist war.

¹²² IfZ MA 616/21 956. - Datieren läßt es sich nur aus dem von Paeschke deswegen am 13.9.32 bei der Staatsanwaltschaft Schweidnitz gestellten Strafantrag. Vermutlich ist auch dieses Delikt nach der Dezember-Amnestie eingestellt worden, was für das Verfahren gegen Podolski bekannt ist.

¹²³ „Mistgabeljüngling“ ist eine diffamierende Bezeichnung für die Mitglieder der „Eisernen Front“, die als Abzeichen drei gebündelte Pfeile trugen, die hier bewußt als „Mistgabel“ mißdeutet werden. Eine andere spöttische Bezeichnung lautet „Neptunjünger“. Ähnlich wurden die Mitglieder des „Reichsbanners“ als „Reichsbananen“ verspottet, „Demokraten“ in „Demokröten“ verwandelt u.ä.

¹²⁴ Gerhard Bischoff aus Peilau wurde bei einem Zusammenstoß zwischen SA und zahlenmäßig stark überlegenen Kommunisten in Steinseifersdorf am 11.2.1932 mit acht Messerstichen schwer verletzt und starb an den Folgen vierzehn Tage später im Krankenhaus. (Vom Kampf und Sieg der schlesischen SA S. 23). In seiner Strafanzeige stellt Paeschke fest, er habe in seinem Blatt das Verhalten der KPD scharf gegeißelt.

¹²⁵ Der Sachverhalt war klar; offen blieb nur die Frage, ob die Tat von oben geplant war. Möglicherweise bereitet Tenschert hier aber die im Prozeß ad absurdum geführte Schutzbehauptung vor, der Anschlag habe gar nicht Paeschke, sondern der benachbarten Synagoge gegolten.

Erguß 'Das Attentat von Reichenbach', daß die Tat 'im Auftrage der Organisation der NSDAP' geschehen sei." etc.etc. „Wir warnen! Es ist höchste Zeit, daß dieses rote Hetzblatt, der Herd ständiger neuer Beunruhigung, endlich verboten wird und den verantwortungslosen Hetzern und Tintenkulis das Handwerk gelegt wird!" - „Herr Staatsanwalt! Klagen Sie an!"

Freilich kann alle Vernebelungstaktik den harten Kern des Geschehens nicht verschleiern. Zurück zur Tatnacht. Die beiden neben Jaehnke weiteren unmittelbar Beteiligten, Erich Wagner und Herbert Polomski, flüchteten nach der Explosion in Panik, ohne sich um Jaehnke zu kümmern, mit Polomskis Wagen nach Breslau, wo sie gegen 3 Uhr früh ankamen. Um 10 Uhr suchten sie das Braune Haus¹²⁶ auf, um sich von Gruppenführer Heines weitere Verhaltensregeln erteilen zu lassen. Dieser und sein Stabsführer Hayn gaben ihnen Geld und schickten sie zunächst nach Schloß Fürstenstein bei Freiburg, wo Sturmbannführer Fritz Staats eine SA-Wehrsportschule leitete. Dort befahl der herbeigeeilte Führer der SA-Untergruppe Schlesien-Süd¹²⁷, Oberführer v. Oberritz, begleitet von seinem Adjutanten Graf Spreti, Erich Wagner, sich der Polizei zu stellen und lieferte ihn dann gleich selbst auf dem Reichenbacher Revier ab. Offensichtlich auf Schadensbegrenzung bedacht, sollte er, der ja ein persönliches Rachemotiv hatte, als Einzeltäter geopfert werden, um die Verstrickung der SA-Führung umso besser vertuschen zu können.

Letzterem Zwecke diene es auch, daß Polomski von Staats mit einer falschen Identität ausgestattet¹²⁸ und am 12.8. auf Veranlassung der Untergruppe und der Standarte 86, die gewiß auf einen Befehl der Gruppe handelten, von einem Motorradfahrer über Waldenburg auf das Gut des Hauptmanns a.D. Wilhelm Müller in Reichenhorst in Sicherheit gebracht wurde¹²⁹. Nicht einmal die Eltern erfahren etwas über seinen Aufenthalt, obwohl sie sich bei Heines und Hayn in Breslau ebenso wie bei dem Pfarrer der Standarte 86, dem Pastor Fuchs in Dittmannsdorf¹³⁰, eindringlich nach seinem Verbleib erkundigen. Sie erhalten nur die stereotype Antwort, ihr Sohn sei gut aufgehoben.

Kriminalkommissar Jackenkroll/Waldenburg bringt schließlich Pastor Fuchs mit massivem Druck dazu, ihm den Aufenthaltsort Polomski/Schmidts zu verraten. Beide gemeinsam holen ihn in Reichenhorst und liefern ihn in Schweidnitz im Untersuchungsgefängnis ab¹³¹

Über den ersten Tag des Prozesses berichten mehrere Zeitungen recht übereinstimmend.¹³² Am 3.11. am frühen Morgen um 8 Uhr ertönt auf dem Ring schon lärmende Musik als Huldigung für Heines. Die ganze Bevölkerung ist auf den Beinen. In den Straßen herrscht reges Leben. Etwa 1500 SA-Männer sind aus allen Teilen Schlesiens in Uniform angerückt. Zahlreiche Häuser sind mit Hakenkreuzfahnen geschmückt. Vor dem Gerichtsgebäude, in den Korridoren sowie vor der Tür zum Schwurgerichtssaal wachen Beamte der Waldenburger Schupo. Vor dem Eingang zum Gericht ist in großen Lettern „Heil Heines!“ aufgemalt worden. Pressevertreter sind aus verschiedenen Teilen des Deutschen Reiches erschienen. Wegen des großen Andrangs müssen

¹²⁶ Es lag in der Neudorfstraße 41

¹²⁷ Die Untergruppe, später Brigade 18, Mittelschlesien-Süd hatte bis November 1933 ihren Sitz in Reichenbach; danach wurde sie nach Schweidnitz, Helmuth-Brückner-Str. (ab 1934: Hindenburgstraße) 18, verlegt. Sie umfaßte die Standarten Schweidnitz (10), Reichenbach, Waldenburg und Glatz. Zum Zeitpunkt des Paeschke-Prozesses waren v. Oberritz und sein Adjutant, Graf Spreti, die nur als Zeugen geladen waren, untergetaucht, da sie der Beteiligung an anderen Sprengstoffattentaten (Nimptsch) beschuldigt wurden. Beide kandidierten aber auf der Reichsliste der NSDAP zur Reichstagswahl am 6.11.1932. Graf Spreti gehörte später, wie Heines und Hayn, zu den Opfern des 30.6.1934.

¹²⁸ Er erhielt den Namen Herbert Schmidt.

¹²⁹ Da Reichenhorst in unmittelbarer Nähe der Grenze zur CSR liegt, wurde vermutet, er habe dorthin gebracht werden sollen. Er erhält mehrmals Besuche von Standartenführer Rauscher, dessen Adjutanten Geiser und von Standartenpfarrer Fuchs.

¹³⁰ Der Standartenpfarrer Pastor Gerhard Fuchs, der auch Referent für das Motorwesen war, übernahm die Wagenpapiere und den Autoschlüssel von Polomski/Schmidt. Er avancierte später zum Brigade-Pfarrer. Seine Erlebnisse aus der Zeit vor der „Machtübernahme“ schildert er in dem 1933 erschienenen Bändchen „Mit Bibel und Bombe durchs Waldenburger Bergland“. Wegen des Verdachts der Begünstigung unterblieb im Prozeß seine Verteidigung. - Erneut erschien er im Januar 1933 vor einem Schweidnitzer Gericht im NS-Sprengstoff-Prozeß gegen Freiherrn v. Zedlitz, den Eigentümer der Kynsburg.

¹³¹ Die Darstellung der Vorgänge, die Fuchs selbst gibt, (Mit Bibel und Bombe ... S. 22ff.) ist geprägt vom Bestreben, seinen „Verrat“ an Polomski/Schmidt zu erklären.

¹³² Etwa 12-Uhr-Blatt Nr. 260 v. 4.11.32, Schlesischer Volksbote (Reichenbacher Zeitung) Nr. 259, 3.11.32

viele Besucher wieder umkehren, da aus Platzmangel nur eine beschränkte Zahl von Einlaßkarten vergeben werden konnte.

Anschaulich schildert der Zeuge Gerhard Fuchs im Rückblick aus der Sicht eines SA-Standartenpfarrers die Vorgänge:¹³³

„Es sollte eine Staatsaktion gegen die NSDAP sein. Der Prozeß aber wurde zu einer ungeheuren Propaganda für die NSDAP. Auf Propaganda waren wir ja längst eingestellt. Wir waren auch hierin dem damaligen Staat ohne Zweifel überlegen. Schweidnitz erlebte in diesen Tagen eine großzügige Propaganda der NSDAP.

Eine halbe Stunde vor Beginn der Sondergerichtsverhandlung fuhr auf dem Ring von Schweidnitz eine Motorstaffel auf; ihr folgte unmittelbar der in Schlesien überall bekannte große rote Überfallwagen des Gruppenführers¹³⁴. Ein Signalpfeiff! Und das SA-Überfallkommando stand in Paradedstellung vor dem Wagen. Eine Motorordonnanz folgte und meldete: 'Der Gruppenführer kommt!'

Die Standartenkapelle 10¹³⁵, die sich im oberen Stockwerk des Hotels Krone aufgestellt hatte, setzte mit dem Präsentiermarsch ein. Der Wagen des Gruppenführers fuhr vor. Ein unbeschreiblicher Jubel brach los: 'Unser Heines ist da'.

Die Polizei, die abgesperrt hatte, war nicht mehr in der Lage, die Menschenmenge zurückzuhalten. Ein donnerndes 'Heil Hitler' antwortete dem Gruppenführer auf seinen Gruß.

Zu einem Triumphzug für ihn wurde der Weg zum Gericht: Der Gruppenführer als 'Angeklagter', sein 'Mitangeklagter', der Oberführer Hayn, zu seiner Linken; wir, die Zeugen, schlossen uns an; rechts und links das Spalier einer jubelnden Menge. Über uns kreiste der rote Flieger der Sturm-Zigarettenfabrik, der eigens zu diesem Tage von Dresden nach Schweidnitz gekommen war; ganz niedrig überflog er den Gefängnisshof, durch den in diesem Augenblick die fünf in Haft befindlichen Angeklagten zum Gerichtssaal geführt wurden. ... - Vor dem Landgericht wiederholten sich die Ovationen für den von seiner SA gefeierten Gruppenführer. Die Standartenkapelle 10 hatte sich inzwischen in der dem Landgericht gegenüberliegenden Brau-Commune aufgestellt; in den Jubel der Menge klangen Militärmärsche hinein. ... Als der Gruppenführer die Stufen zum Landgericht betrat, dröhnte ein dreifaches 'Sieg Heil dem schlesischen Gruppenführer!' über den Platz. Der Gruppenführer antwortete: 'Heil, Jungens!'. Im diesem Augenblick trat die Waldenburger Schutzpolizei in Tätigkeit ...". Sie ging mit dem Gummiknüppel vor; "viele unserer Jungens wurden wegen sofort wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt verhaftet und vom Schnellrichter abgeurteilt."

In einem Kommentar der MZ heißt es zu den Vorfällen: „Daß es dabei zu Terrorakten kommen würde, war bei der Einstellung dieser Sekte und ihrer Hemmungslosigkeit zu erwarten. Man läßt die Wut aus an leblosen Gegenständen, und so versuchten heute vormittag SA-Leute mehrmals, die Wahlpropaganda des Zentrums am Berglandhaus herunterzureißen.“¹³⁶

Am Abend floß dann Blut. Die „Eiserne Front“ hatte anläßlich der bevorstehenden Reichstagswahl eine Großkundgebung mit dem ehemaligen Reichstagspräsidenten Paul Löbe in der „Stadt Breslau“ angesetzt. Danach kam es in der Stadt zu Zusammenstößen, wobei es auf beiden Seiten Verletzte gab. Durch sieben Messerstiche schwer verwundet wurde gegen 22.15 Uhr vor dem von der SA besetzten „Bräustübel“ der „Braukommune“ - direkt dem Gericht

¹³³ Mit Bibel und Bombe ... S. 35f.

¹³⁴ Ein Opel-Blitz, auf dessen offener Sitzfläche die 33 Mann der „Stabswache“ Platz fanden. Abbildung in „Vom Kampf und Sieg der schlesischen SA“, S. 188

¹³⁵ Leiter der Kapelle der SA-Standarte 10 war Wilhelm Schröter, Äußere Kirchstr. 2. Sie trat in ihren braunen Uniformen zunehmend in Konkurrenz zur Stadtkapelle von Benno Altmann und Sohn, Bismarckstraße 3.

¹³⁶ Nr. 255 vom 3.11.32:

gegenüberliegend - der Reichsbannermann Schachschal aus Bögendorf¹³⁷. Er wurde ins Krankenhaus "Bethanien" eingeliefert. Zwei Hundertschaften der Waldenburger Schupo waren bis Mitternacht beschäftigt, die Ruhe wiederherzustellen. Am Morgen des 4.11. lagen sie immer noch in Alarmbereitschaft. Etwa fünfundzwanzig Nationalsozialisten waren inzwischen vorläufig festgenommen worden, davon vier wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Aufruhr. Gegen sie wurde Haftbefehl beantragt.¹³⁸

Nicht zu vergessen ist freilich, daß auch die SA damals einen hohen Blutzoll entrichtete. Nach Heines verzeichnete sie allein zwischen dem 1.7. und dem 10.8.1932 vier Tote und 207 Schwerverletzte. Im Raum Schweidnitz war, wie oben gesagt, am 19.2.1932 der Truppführer Franz Becker/Weizenrodau durch den Reichsbannerangehörigen Franz Klingel in Saarau, am 18.7.1932 der SA-Mann Herbert Härtel aus Rauske vermutlich¹³⁹ durch den Arbeiter Gustav Rolke in Groß-Rosen erschossen worden.

Die Unruhen setzen sich auch am 4.11. fort. Davon zeugt eine Anzeige vom 5.11. wegen 1) Widerstandes gegen die Staatsgewalt durch tätlichen Angriff und durch Nötigung bei einer Aufruhrhandlung, 2) Aufruhrs, 3) Beamtenbeleidigung¹⁴⁰. Sie richtet sich gegen Heines, etwa 15 Mitglieder der SA, von denen nur drei namentlich bezeichnet werden¹⁴¹, und etwa 200 unbekannte Personen, größtenteils Mitglieder der NSDAP. Der Text der Anzeige lautet:

„Am 4.11.1932 gegen 14.30 Uhr sind in Schweidnitz auf dem Wilhelmsplatz vor dem Gebäude des Landgerichts ... etwa 200 versammelte Personen, welche größtenteils der nationalsozialistischen SA angehörten, der polizeilichen Anordnung, die Ansammlung aufzulösen und sich zu entfernen, nicht nachgekommen, sondern haben sich unter gegenseitigen Zurufen mit vereinten Kräften dem unmittelbaren Zwange seitens der Polizei durch Stoßen, Drücken und Sichentgegenstemmen widersetzt. Dabei haben etwa 16 Personen aus der Menge die Polizei tätlich angegriffen, indem sie die Beamten anfaßten und zerzten, vor die Brust stießen und ihnen die Karabiner zu entreißen versuchten. Die meisten Straftäter konnten in der Menschenmenge verschwinden. ... Obwohl die beteiligten SA-Angehörigen von der wiederholten Handhabung am 3.11. und 4.11. vormittags her wußten, daß der Platz vor dem Landgericht für größere Ansammlungen von der Polizei gesperrt war, rückten die vorgeladenen Angeklagten und Zeugen unter Begleitung dieser etwa 200 Personen auf das Landgericht zu. Der Kern dieser Menge (wahrscheinlich die Begleiter des Angeklagten Heines) marschierten geordnet, Heines mitten voran. Ich forderte durch ein Megaphon zum Auseinandergehen und Zerstreuen auf. Dieser Aufforderung wurde keine Folge geleistet. Ich ließ eine Sperrkette bilden, und die Beamten hielten die Menge auf und drückten sie mit Körperkraft zurück. Dabei kam die Menge jedoch unter Schieben und Stoßen weiter vor. Ich befahl darauf die Anwendung des Polizeiknüppels. Dabei wickelten sich die Vorgänge ab, die zur Anzeige führten.

Der Angeklagte Heines, der um 14.30 Uhr zum Termin vorgeladen war, wurde durch die Sperrkette durchgelassen. Er ging jedoch nicht weiter, sondern stellte sich vor mich hin,

¹³⁷ Nach der MZ vom 4.11. wurde er von 6-10 SA-Leuten niedergeschlagen. „Als der Angegriffene wimmernd zu Boden sank, wurde er mit Messern bearbeitet und arg zugerichtet. Auf Pfui-Rufe herankommender Passanten wandten sich die SA-Leute in drohender Haltung auch gegen sie.“ Augenzeugenberichte zu den Ereignissen am späten Abend des 3.11. bringt die „Schweidnitzer Volkszeitung“, eine Kopfausgabe des in Waldenburg erscheinenden SPD-Organs "Schlesische Bergwacht", in Nr. 116 v. 7.11.1932.

¹³⁸ TR Nr. 263 v. 8.11.32. Den anderen vorübergehend festgesetzten Nationalsozialisten wurden die Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen und die Veranstaltung von Demonstrationen zur Last gelegt.

¹³⁹ Gustav Rolke stand Anfang Oktober 1932 wegen versuchtem bzw. vollendetem Totschlag an zwei Nationalsozialisten vor dem Schweidnitzer Gericht. Ob die tödliche Kugel aus seinem Revolver stammte, konnte auch eine Exhumierung Härtels nicht eindeutig erweisen. So wurde er nur wegen Waffenmißbrauchs zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Im Wiederaufnahmeverfahren erhielt er im April 1935 wegen Totschlags 6 Jahre Zuchthaus unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für den gleichen Zeitraum. - s. auch „Vom Kampf und Sieg ...“, S. 30f.

¹⁴⁰ Zitiert wird nach einer Abschrift im IfZ München, gez. Unterschrift, Pol.-Hptm. Es handelt sich wohl um Hauptmann Sauerbier, den Einsatzleiter der Waldenburger Schupo. Gewiß entspricht die Anzeige auch der Intention des Leiters der Schweidnitzer Polizei, Oberinspektor Dr. jur. Schell, der als Anhänger des Zentrums und praktizierender Katholik zu den konsequentesten Gegnern des Nationalsozialismus gehörte und schon manchen Strauß mit Heines ausgefochten hatte.

¹⁴¹ Genannt sind Kappeller, Werner und Loske.

wobei er mir den Überblick über die Situation verstellte, schrie sehr laut auf mich ein, wobei er zeitweise mit den Armen drohend fuchtelte, und versuchte, mich durch seine Schimpfereien, die die angesammelten SA-Leute auf das äußerste erregten, in meiner Amtsausübung zu beeinflussen. Er beleidigte mich dabei durch die Worte: 'Sie unglaublicher Bursch! Sie provozieren hier! Das ist eine Gemeinheit.' Eine grobe Beleidigung enthielt vor allem die anmaßende Form, in der Heines sich wiederholt vor mich hinstellte und vor mir schreiend mit den Armen fuchtelte. Dies tat er nach meiner Überzeugung, um vor seinen anwesenden SA-Leuten die Wichtigkeit seiner Person zu betonen und dagegen meine Bedeutungslosigkeit, also eine Herabsetzung meiner Person und meines Amtes, zu dokumentieren. Dieses Schreien des Heines hatte auch zur Folge, daß die SA-Leute den dauernden Aufforderungen der Beamten nicht folgten, sondern daß sie in ihrem Widerstande gestärkt wurden.

Wenn ich auch nicht beweisen kann, daß Heines Rädelsführer war, so war doch sein Verhalten danach eingestellt, und ich bitte zu prüfen, ob nicht diese gewollte und auch tatsächlich Führerschaft dazu ausreicht. Es fiel auch ein Satz, dessen Inhalt ich in dem Lärm und Tumult nicht wörtlich verstand und daher unter meinem Diensteid nicht angeben kann, der aber vielleicht von anderen Zeugen gehört wurde. Der Inhalt war etwa der: 'Wenn ich meine SA zum Sturm befehle, dann sind Sie weggefegt.' Als Heines, der ja zum Termin mußte, dann fortging, betonte er seine Sinnesgemeinschaft mit der aufrührerischen Menge und seine Führerrolle nochmal durch dreimalige 'Heilrufe' auf Herrn Adolf Hitler, die er anstimmte, und in die die Menge geschlossen einstimmte. Den ebenfalls anwesenden Justizrat Luetgebrune, der in dem Prozeß der Verteidiger Heines war, habe ich gebeten, sich die Beleidigungen anzuhören und zu merken. Erst als Heines weg war, gelang es unter mehrmaliger Anwendung des Polizeiknüppels zur Brechung des Widerstandes die Menge vom Platze vor dem Landgericht abzudrängen und zu zerstreuen".

Am Abend desselben 4.11. findet in Schweidnitz eine NS-Wahlkundgebung mit dem Angeklagten Heines und dem Stabsführer der Obergruppe Schlesien, Carl Friedrich Graf v. Pückler-Burghaus statt. Während des Prozesses wird am 6.11.32 erneut ein Reichstag gewählt. Daß der überproportionale Rückgang der NSDAP-Stimmen bei in Schweidnitz auch auf diesen Prozeß zurückgeht, ist wahrscheinlich. Siehe dazu das nächste Kapitel.

Erst am 11.11.32 ergeht das Urteil. Noch vorher hatte Heines Wagner, Polomski und Wolter demonstrativ zu Truppführern ernannt und ihnen während einer Verhandlungspause die entsprechenden Sterne im Gerichtssaal angeheftet. Die Hauptbeschuldigten Wagner und Polomski erhielten Zuchthausstrafen von 5 Jahren und einer Woche bzw. 1 Jahr. Wolter wurde freigesprochen. Über die der Begünstigung beschuldigten Angeklagten verhängte das Gericht Gefängnisstrafen, und zwar über Heines 6 Monate, über Hayn, Rauscher und Staats je 4 Monate. In der Urteilsbegründung betont der Vorsitzende, strafmildernd habe das Gericht für Wagner und Polomski berücksichtigt, daß beide irregeleitete, bisher nicht vorbestrafte junge Menschen seien, die in „übertriebenem Idealismus“ Befehle einer übergeordneten Dienststelle blind ausgeführt hätten. So hätten sie nur die Mindeststrafe erhalten. In einer Erklärung empfiehlt das Gericht ausdrücklich, im Gnadenwege die an sich verwirkte Zuchthausstrafe in Gefängnis umzuwandeln und bei guter Führung später einen Straferlaß zuzubilligen. Auch den Anstiftern hält das Gericht das „hohe Gefühl der Kameradschaft“ zugute. Sofort nach der Urteilsverkündung springt Heines auf und protestiert gegen das „Schandurteil“. Für sich persönlich nimmt er die Immunität eines Reichstagsabgeordneten in Anspruch; das Gericht will die Berechtigung überprüfen.

Nach der Urteilsverkündung gab es erneut nationalsozialistische Demonstrationen auf dem Wilhelmsplatz; Heines wurde auf die Schultern genommen und zu seinem Quartier, dem

„Hindenburghof“ getragen. Dort hielt er noch eine Ansprache an die Menge; sie klang aus mit einem dreifachen „Nieder!“ gegen das „Schandurteil“. Die Polizei hielt sich zurück.

Wie die nationalsozialistische Presse das Urteil propagandistisch auswertet, möge ein kurzer Auszug aus dem Leitartikel der in Breslau von Brückner herausgegebenen „Nationalsozialistischen Tageszeitung“¹⁴² zeigen. Er stellt sehr subjektive Betrachtungen zu den zwei Schweidnitzer SA-Prozessen von 1929/30 an und fährt dann fort:

„Genau so ist es heute! Heines, der bedingungslose Kämpfer für Deutschland und seine Idee, der ruhelos und rastlos seit 16 Jahren in der vordersten kämpfenden nationalen Front steht, sein Stabsführer, der alte Frontsoldat, der Freund Schlageters, Hans Hayn, Staats, der seit seinem fünfzehnten Lebensjahre, vom jungen Unteroffiziersvorschüler bis zum Polizeileutnant seine Pflicht zu jeder Stunde tat, der Frontsoldat Rauscher und auf der anderen Seite Deutschlands Jugend, der 19jährige Polomski, ein halbes Kind noch, mit verträumten Augen, Wolter, und der brave Bengel Wagner, ein offener, frischer deutscher Junge, dem der Hetzer auf der anderen Seite /gemeint ist Paeschke. Der Verfasser/ die Karriere verdarb und der dennoch, von seinem Rektor zur Rede gestellt, sich zur Bewegung bekannte und ihm erklärte, daß ihm das Braunhemd lieber sei als die Schülmütze des Gymnasiums.

*Ein Zug der großen Kameradschaft geht durch den Gerichtssaal, wenn sich der schlesische SA-Führer vor seine jungen Kameraden stellt, und wenn er in den Gerichtssaal ruft: 'Was Sie hier Begünstigung nennen, das ist die selbstverständliche Kameradschaft der SA, die Sie nicht und niemand ausrotten werden.' Tadellos, wie er einmal einem Marxisten in die Parade fährt, der von verhetzten jungen Nationalsozialisten spricht: 'Alles, was ihrem Schmutzsozialismus nicht nachläuft, das nennen Sie verhetzt! Herr Vorsitzender, ich protestiere gegen die dauernden Beleidigungen meiner Kameraden. Die nationalsozialistische Jugend ist Deutschlands Zukunft!' ... Machen wir es kurz: Eine absterbende bürgerliche Welt kann machen, was sie will, sie beißt bei uns auf Granit, **wir sind ein neues Volk**, ob wir in die Versammlungssäle gehen, ob wir auf der Straße marschieren, ob wir in Gerichtssälen auf der Anklagebank sitzen. ... Sie mögen machen, was sie wollen, sie beißen auf Granit bei uns, das beweisen auch diese acht Tage, in denen Ankläger auftraten, die auf die Anklagebank gehörten und umgekehrt! Mit uns zieht die neue Zeit! Heil Hitler!"*

Aufschlußreich ist ein persönlicher Brief des Vorsitzenden des Sondergerichts, Dr. Wollman, an Heines vom 22.11.¹⁴³ (als Antwort auf dessen nicht aufgefundenes Schreiben vom 17.11.):

Sehr geehrter Herr Heines!

Für Ihre Zuschrift vom 17. November, die ich erst jetzt beantworten kann, danke ich Ihnen bestens. Sie hat mich insofern besonders angenehm berührt, als Sie darin mein ernstes und heißes Mühen um das Recht anerkennen und darüber hinaus einen wohlbegründeten Unterschied zwischen dem Manne und dem Richter machen, der nur seine schwere Pflicht zu erfüllen hat.

Die Auffassung des Gerichts, daß Wagner und Polomski Überzeugungstäter sind, ist bereits vor etwa einer Woche in einer Zuschrift an das hiesige Gefängnis zum Ausdruck gebracht worden, um dadurch die Überführung dieser beiden Verurteilten, deren weiteres Schicksal nunmehr überwiegend in die Hand der Strafvollstreckungsbehörde gelegt ist, in das Zuchthaus zu vermeiden, was ja bisher auch gelungen ist. Obige Auffassung wird auch in dem Urteil pflichtgemäß hervorgehoben werden.

¹⁴² Nr. 255 v. 12./13.11.32

¹⁴³ IfZ MA 616/21 946

Mit den besten Empfehlungen Ihr ergebener

gez. Dr. Wollmann, Landgerichtsdirektor

Offensichtlich hatte Heines darum gebeten, das Gericht möge helfen, den Verurteilten als politisch motivierten Tätern das Zuchthaus zu ersparen. Er scheint das recht geschickt angefangen zu haben, indem er seine rüde Urteilsschelte nicht wiederholte sondern in einer *captatio benevolentiae* den vorsitzenden Richter für sich und sein Anliegen einzunehmen versucht, was ihm auch gelungen zu sein scheint. Zwar war schon im mündlichen Urteilstenor ein gewisses Verständnis für die Tat und ihre Motive angeklungen; in der Antwort auf das Schreiben von Heines aber wird direkt ausgesprochen, daß der „Mann“ Wollmann anders denkt als der „Richter“, der nur nach dem Buchstaben des Gesetzes Recht sprechen kann.

Auslöser für die Aktion von Heines war wohl ein an ihn gerichteter Brief Wagners aus dem Schweidnitzer Gefängnis vom 15.11.32.¹⁴⁴ Er gibt tiefe Einblicke in das Denken eines jungen fanatischen Kämpfers für den Nationalsozialismus - viele dachten und fühlten ähnlich, ohne dabei mit dem Gericht in Konflikt zu kommen. Schon oben wurde auf Kritik an nationalsozialistischen Aktivitäten in den Oberklassen der Schweidnitzer Höheren Schulen hingewiesen. Darüber hinaus zeigt er, daß auch in der Justizbehörde, speziell im Strafvollzug, schon Sympathisanten des erwarteten, fast mythisch verklärten Dritten Reiches wirken. Schließlich mag manchen die Reaktion der KPD-Häftlinge auf Wagners Tat überraschen. Damit sich der Leser ein eigenes Urteil bilden kann, folgt auch hier der ungekürzte Text als Zeitdokument:

„Lieber Herr Gruppenführer!

Der erste Brief, den ich als Zuchthäusler schreibe, ist für Sie. Er soll mein Treuebekenntnis und meinen Dank für Sie ausdrücken.

Die Hinnahme des Urteils ist mir nicht so leicht gefallen, wie es äußerlich den Anschein hatte. Aber das Bild meines Führers, das Bild und die Worte meines Gruppenführers haben mir auch über die schwersten Stunden hinweggeholfen und meinen Glauben an unsere herrliche Idee um vieles verstärkt. Herr Gruppenführer, es läßt sich nicht durch Worte ausdrücken, wie sehr ich Sie verehere und liebe. Aber hoffentlich habe ich recht bald Gelegenheit, es Ihnen durch Taten zu beweisen. Fordern Sie mein Leben, und freudig will ich es Ihnen hingeben. Fassen Sie das bitte nicht als Phrase auf, nein, es ist das Bekenntnis eines SA Mannes.

Am Sonnabend war Dr. Rebitzki bei uns. Er fragte uns, was wir nachher für einen Beruf ergreifen sollen. Als ich ihm sagte, daß ich gern bei Ihnen sein möchte, meinte er, das sei gefährlich, da, falls ich Bewährungsfrist erhalte, ich sehr schnell wieder mit dem Gesetz in Berührung kommen könnte. Lieber Herr Gruppenführer, Ihnen aber möchte ich meinen Herzenswunsch offenbaren: Bitte behalten Sie mich immer in Ihrer Nähe.

Die Schweidnitzer Pgs¹⁴⁵ halten treu zu uns. Durch den hiesigen Inspektor Heerde¹⁴⁶ ist es uns möglich, öfter mit unseren Kameraden in Berührung zu kommen. Heerde ist fabelhaft zu uns. Er vermittelt uns Lebensmittel, Rauchwaren, Blumen usw. Wir sind ihm zu tiefem Dank verpflichtet. Auch besondere Briefe vermittelt er. Falls Sie, Herr Gruppenführer, uns etwas Besonderes mitzuteilen haben, dann schicken Sie den Brief bitte an Heerde, Schweidnitz, Bögendorfer Str. 17.

Polowski ist guter Dinge, er brüstet sich damit, daß mein "Knast" 5 mal mehr beträgt.

¹⁴⁴ IfZ MA 616/21 937-44

¹⁴⁵ Pg = Parteigenosse

¹⁴⁶ Wilhelm Heerde, Bögendorfer Str. 17 war lt. Adreßbuch 1931 einer der zwei Strafanstaltsinspektoren unter dem Stafanaltstsvorsteher Max Wolter. Im Oktober 1933 wurde Heerde zu dessen Nachfolger ernannt, trat aber bereits am 1.10.1934 in den Ruhestand.

Nun noch etwas. Am Montag kam Landgerichtsrat Riebel¹⁴⁷ (der Alte) zu mir. Er sagte mir ungefähr folgendes: den Brief von Oberführer v. Obornitz bekomme ich ausgehändigt. Das sei aber nicht der Grund, weswegen er zu mir in die Zelle komme. Er könne die Nächte nicht schlafen, wenn er an mich denke. Noch nie sei ihm ein Urteil so schwer gefallen wie dieses. Ich müsse ihm zugeben, daß er nach dem Paragraphen so handeln mußte. Zum Zeichen aber, daß ich ihm nichts nachtrage, müsse ich ihm die Hand reichen. Er gebe in diesem Händedruck aber zum Ausdruck, daß er mich weiterhin als anständigen und ehrlichen Menschen achte und daß er davor, wie ich das harte Urteil hingenommen, Hochachtung empfinde. Er ist gern bereit, wo es nur anginge, mich zu unterstützen. Auch sei er der festen Hoffnung, daß die Zuchthausstrafe in Gefängnis umgewandelt würde. Die Überzeugungstäterschaft ist uns zugesprochen worden. Falls ich irgend einen Wunsch habe, sei es Zigaretten oder Sonstiges, soll ich mich vertrauensvoll an ihn wenden. Immer wieder mußte ich ihm die Hand geben und feuchten Auges nahm er von mir Abschied. Herr Gruppenführer, ich muß Ihnen sagen, daß ich darüber meine ehrliche Freude hatte.

Dann habe ich noch eine Frage an Sie. Da uns die Überzeugungstäterschaft zuerkannt wurde, kann dann unsere Strafe nicht in Festung umgewandelt werden? Dann hätten wir, glaube ich, doch etwas mehr Freiheit wie im Gefängnis. Die hiesigen Gefangenen der K.P.D. haben vor mir eine grenzenlose Hochachtung. In ihrer Zeitung bin ich in ein sehr günstiges Licht gestellt worden. (Arbeiterstimme)

Eine Unmenge Telegramme und Briefe habe ich erhalten. Und ich freue mich darüber. Wie mir Pg. v. Kamptz mitteilte, spricht man in Schweidnitz sehr viel vom "kleinen Wagner", welchen Namen ich Ihnen ja zu verdanken habe.

Daß Standartenführer Rauscher in Freiheit ist, wissen Sie ja bereits.¹⁴⁸ Wir beide haben noch innige Freundschaft geschlossen und sagen einander "Du". Er hat mir auch versprochen, mich mal zu besuchen.

Mit Polomski bin ich jetzt tagtäglich zusammen. Wir sticken. Dadurch kommt man wenigstens auf andere Gedanken. Augenblicklich machen wir Blumenmuster. Für 6 Stück erhalten wir 14 Pfennige. In 5 Jahren werde ich dann schon das Geld beisammen haben.

Ob ich die Zeit absitzen muß? Ich hoffe aber auf den Landtag oder - den Putsch. Denn wenn wir die Macht legal erreichen wollen, fürchte ich, daß ich doch meine Strafe absitzen muß.

Sollte aber die Faust der S.A. das Schicksal Deutschlands entscheiden, dann Herr Gruppenführer, denken Sie bitte daran, daß hinter Kerkermauern die revolutionärten Kämpfer sitzen. Dann stellen Sie uns in die vordersten Reihen, wir werden unsere Pflicht erfüllen. Lieber heute als morgen.

Soeben ist bei mir gewanzt worden. Es stinkt noch fürchterlich. Aber es mußte sein, sonst hätten mich diese kleinen Haustiere aus meinem 'Eigenheim' in die Freiheit getragen.

Was meine Eltern anbetrifft, so sind sie vollständig beruhigt. Sie sind ja auch Nationalsozialisten. Meine kleine Schwester ist stolz auf mich, da Sie mir so oft die Hand geschüttelt haben.

Es ist leider schon 10 Uhr. Das Licht wird sofort erlöschen. Ich könnte Ihnen noch viel schreiben, denn ich habe zu Ihnen grenzenloses Vertrauen und das lockert die Zunge.

Lieber Herr Gruppenführer, ich würde mich freuen, auch von Ihnen einen Brief zu erhalten. Besten Dank auch für die Karte.

Indessen grüßt Sie, lieber Herr Gruppenführer, mit Heil Hitler

Ihr getreuer
Erich Wagner

¹⁴⁷ Landgerichtsrat Martin Riebel, Obere Bolkostr. 16, erscheint in den Adreßbüchern 1925, 1929 und 1931, nicht mehr 1938.

¹⁴⁸ Rauscher war kurz nach Prozeßende wegen Haftunfähigkeit auf freien Fuß gesetzt worden. s. Fuchs, l.c., S. 43

Die von den Nationalsozialisten im Reichstag durchgesetzte Dezember-Amnestie wirkte sich gewiß auch auf die Urteile des Schweidnitzer Prozesses aus.¹⁴⁹ Spätestens nach dem 30.1.1933 kamen die Verurteilten frei. Die beiden in Schweidnitz angeklagten Führer der schlesischen SA, Heines und Hayn, wurden anlässlich des sogenannten „Röhmputsches“ am 30.6.1934 von der SS erschossen.

Für den getöteten SS-Attentäter Jaehnke, an dessen Begräbnis auch Gauleiter Helmuth Brückner persönlich teilnahm, wurde am 9.10.1933, also am Jahrestag seines Todes, unter großer Anteilnahme auf dem evangelischen Friedhof in Reichenbach ein über zwei Meter hoher Gedenkstein aus Granit eingeweiht. Gestiftet hatte ihn Major a.D. Schultzik/Striegau. In der Weiherede sagte der mehrfach genannte, inzwischen vom Standarten- zum Brigadepfarrer avancierte Pastor Fuchs: *„Er gehörte zu denen, die alles für Deutschland einsetzen, und hat das Letzte und Beste gegeben für seine Brüder. Dieser Stein lehrt uns das eine, daß das Letzte, was wir haben, dem Volke gehört.“* So wurde aus dem Opfer seines kriminellen Vorhabens ein „Kämpfer“, der starb, *„weil einer von uns den heiligen Auftrag gegeben hat“*, ... *„zu werben um den deutschen Menschen, zu werben um die deutsche Seele“*¹⁵⁰

Dem als Opfer ausersehenen Carl Paeschke gelang 1933 die Flucht in die Schweiz. Er überlebte das Dritte Reich im Exil und betätigte sich weiter journalistisch und schriftstellerisch. Frucht seiner Erlebnisse ist u.a. der Roman „Schlesische Tage. Ein Tatsachenroman aus der letzten Zeit der deutschen Republik, 1930-1932“, von dem neben der Erstfassung aus dem Jahre 1933/34 eine 1944/45 entstandene, erweiterte Zweitfassung vorliegt.¹⁵¹ Dem Schweidnitzer Bombenlegerprozeß ist ein eigenes Kapitel mit der Überschrift „Sturmtage in Schweidnitz“ gewidmet. Es umfaßt in der Erstfassung die Seiten 162-175, in der zweiten 232-259. Paeschke ist wohl in den siebziger Jahren gestorben.

Der Rückschlag für die NSDAP bei der Reichstagswahl am 6.11.1932

Bei den Kommunalwahlen vom 17.11.1929 war die bis dahin bedeutungslose NSDAP mit 13,3% der Stimmen viertstärkste Partei in Schweidnitz geworden und hatte vier Sitze von 32 in der Stadtverordnetenversammlung erhalten. Der Aufstieg der Hitlerbewegung setzte sich bei den nächsten Wahlen auch in Schweidnitz laufend fort: am 14.9.1930 gewann sie bei der Reichstagswahl 26,4%, bei der Landtagswahl am 24.4.1932 erreichte sie 36,3%, bei der Reichstagswahl am 31.7.1932 schon 41,9%.

Bei den Reichstagswahlen am 6.11.1932 wird der Höhenflug gebremst. Mit 34,9% erreicht die NSDAP in Schweidnitz nur noch ein gutes Drittel der Stimmen.¹⁵² Auffällig ist in Schweidnitz, daß Wähler, die wegen des inzwischen fragwürdig gewordenen Experiments der „Harzburger Front“ Hitler unterstützt hatten, überproportional zu den Konservativen zurückkehren.

Bei der Reichstagswahl am 20.5.1928, bei der die NSDAP in Schweidnitz noch bei 1,9% vegetierte, war die DNVP mit 26,2% nach der SPD (31,7%) die zweitstärkste Partei. Im Reichsdurchschnitt hatte sie nur noch 14,2% erzielt! Am 14.9.1930 war sie mit 10,2% auf Platz 4 abgerutscht¹⁵³. Man wird nicht fehlgehen, die Verluste als Guthaben auf dem Konto der NSDAP zu vermuten. Bei den Reichstagswahlen am 31.7.32 ist die DNVP auf 7,3% angelangt.¹⁵⁴ Dem Rückschlag der NSDAP am 6.11.32 korrespondiert ein Anwachsen der DNVP-Stimmen auf 12,9%. Daß es sich hier um eine Schweidnitzer Sonderentwicklung handelt,

¹⁴⁹ Die „Schles. Bergwacht“ meldet am 24.12., daß auf Grund der Amnestie in Schlesien bisher 133 Personen freigekommen seien, darunter die Ohlauer, in Schweidnitz seien 36 Gefangene entlassen worden, darunter viele Arbeiter.

¹⁵⁰ s. Bericht im "Reichenbacher Tageblatt", Nr. 185 v. 10.8.1933

¹⁵¹ Beide Fassungen liegen ungedruckt als Typoskripte im Nachlaß Paeschke im IfZ/München. Dort auch Fotos vom Wilhelmsplatz an den Prozeßtagen, vom Schauplatz des Attentats und von der Beisetzung Kurt Jaehnkes in Reichenbach in Anwesenheit des Gauleiters.

¹⁵² Im Reichsdurchschnitt sind es 33,1% (31.7.32: 37,3%), in den Wahlkreisen Breslau 40,4% (43,5%), Liegnitz 42,1% (48%), Oppeln 26,8% (29,2%).

¹⁵³ Im Reichsdurchschnitt nur 7%, im Wahlkreis Breslau 8,9%

¹⁵⁴ Sie liegt auch jetzt freilich noch beträchtlich besser als im Reich (5,9%) und im Wahlkreis Breslau (5,6%).

legt der Vergleich mit den Zahlen des Deutschen Reiches (8,5%) und des Wahlbezirks Breslau (7,7%) nahe. Auch das Wahlergebnis am 5.3.1933, also nach der „Machtergreifung“, deutet in die gleiche Richtung. Während die NSDAP mit 44,9% den Reichsdurchschnitt von 43,9% nur um ein Prozent übertrifft, liegt die DNVP (hier als Kampffront Schwarz-Weiß-Rot) um 2,1% höher, gegenüber dem Ergebnis im Wahlkreis Breslau sogar um 3%.

Weiten Teilen des konservativen Schweidnitzer Bürgertum ist inzwischen aufgegangen, daß das Bündnis mit den in ihren Methoden von den kommunistischen „Proleten“ gar nicht soweit entfernten Nationalsozialisten Probleme aufwirft. Einig weiß man sich allerdings weiter im Streben nach dem nationalen Wiederaufstieg. Ängste weckt das in Schlesien bis 1934 besonders starke Bekenntnis zum „Sozialismus“. Beispiele dafür wurden oben schon genannt. In einer Kundgebung am 8.9.32 etwa erklärt auch jetzt wieder ein NSDAP-Redner aus Breslau im Volksgarten: „Es geht nicht an, daß heute immer noch hohe Gehaltsempfänger und Großpensionäre vorhanden sind, während Millionen von Hand- und Kopfarbeitern die Margarine aufs Brot fehlt.“ Er warb damit wohl manchen bisherigen Wähler von SPD und KPD, schreckte aber andere, die bisher die nationale Komponente im Zwitter NSDAP beeindruckt hatte.

Eine deutliche Absage erteilt auch der von den meisten Deutschnationalen ersehnten Monarchie der NS-Redner Geisler/Oppeln am 30.9. in einer Versammlung zum Thema „Nationalsozialismus und Beamtentum“, in der er klar feststellt, die Hitlerbewegung bekämpfe nicht nur den Staat des 9. November 1918, sondern auch den Staat, der zum 9. November geführt habe, also das Kaiserreich der Hohenzollerndynastie.

Möglicherweise haben gerade in Schweidnitz auch die kriminellen Gewaltmethoden, die eben wieder der Prozeß gegen die Reichenbacher Bombenleger und ihre bedenkenlosen Hintermänner offenlegte, manchen Bürger zurück ins konservative Lager geführt. Auch das Verhalten der vier nationalsozialistischen Stadtverordneten und des Stadtrats Trzeciak, der, 1930 gewählt, wegen des Widerstands der Regierung erst in der Sitzung vom 30.9.32 als solcher eingeführt werden kann, entspricht häufig nicht bürgerlichen Vorstellungen. Zu heftigen Tumulten kam es auch bei dieser StVO-Sitzung. Nachdem Stadtrat Trzeciak - in Abwesenheit der SPD-Fraktion - durch Oberbürgermeister Franke eingeführt und auf die preußische Verfassung vereidigt worden war, wurde er kurz darauf von zwei Polizeibeamten zwangsweise aus der Sitzung entfernt, weil „der in Mussolinipose in voller Kriegsbemalung aufgestellte nationalsozialistische Würdenträger des 2. und 3. Reiches“ - so die MZ¹⁵⁵ - einem von ihm durch höchst unqualifizierte Angriffe auf die SPD provozierten Ausschluß durch den Vorsitzenden nicht Folge leistete. Er hatte die SPD-Abgeordneten als „Vertreter der französischen Fremdenlegion in Deutschland“ bezeichnet. Die MZ kommentiert: „Trzeciak ist der erste im Magistratskollegium, der durch seine unklugen und ungehobelten Herausforderungen sich unmöglich gemacht hat.“ Der StVO-Vorsteher Kaßner (SPD) erklärte in einem Brief an Oberbürgermeister Franke, daß Stadtrat Trzeciak solange von den Sitzungen ausgeschlossen bleibe, bis er seine „Frechheiten öffentlich zurücknimmt und die schriftliche Erklärung abgibt, in Zukunft keine Ausführungen im Kaschemmenton zu machen“. Der besoldete Stadtrat Dr. Hausmann (SPD) - da kein 2. Bürgermeister gewählt wurde, ist er der zweite Mann an der Stadtspitze - knüpft in einem ähnlichen Schreiben seine Teilnahme an weiteren Magistratssitzungen „in berechtigter Notwehr“ an die Entschuldigung Trzeciaks vor beiden Gremien. „Und zwar gebietet mir nicht nur die Selbstachtung als Mitglied der sozialdemokratischen Partei diesen Notwehrakt gegenüber einer ungewöhnlich schweren Ehrenkränkung, sondern ich halte es vor allem auch für meine Pflicht als Kommunalbeamter, jede kollegiale Zusammenarbeit mit einem Stadtrat abzulehnen, der einen gewaltigen Teil des deutschen Volkes und der Bürgerschaft von Schweidnitz im besonderen in so ungeheuerlicher Weise beleidigt hat. Und endlich bewegt mich rein menschlich zu meiner Haltung die Tatsache, daß mein Bruder und viele mir persönlich befreundete Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei auf den Schlachtfeldern in Frankreich schwer verwundet worden sind und zum Teil

¹⁵⁵ MZ v. 1.10.32. Die Briefe Hausmanns und Kaßners an Oberbürgermeister in MZ v. 4.10.32

lebenslänglich Krüppel oder Sieche bleiben werden. Diesen mir nahestehenden Menschen könnte ich nicht mehr ehrlich in die Augen sehen, wenn ich den Schimpf, den Herr Stadtrat Trzeciak ihnen anzutun versucht, stillschweigend hinnehmen würde." Dr. Hausmann empfindet das Verhalten von Trzeciak „umso niederschmetternder“, als er sich durch die von ihm stets geforderten Zulassung des gewählten NSDAP-Vertreters eine „wesentliche Verstärkung der Vertrauensbasis in der Bevölkerung für unsere verantwortungsvolle Arbeit erwartet“ habe. Um dies nach außen zu zeigen, habe er, im Gegensatz zur SPD-Fraktion der StVO-Versammlung und den beiden unbesoldeten SPD-Stadträten der Amtseinführung Trzeciaks beigewohnt. - Über die Lösung des Konflikts berichtet die MZ am 19.11. Danach war Trzeciak wegen der Vorkommnisse zu den Magistratssitzungen vom Oberbürgermeister nicht mehr eingeladen worden. Der Regierungspräsident hatte dazu entschieden, daß er zwar Trzeciaks Äußerungen mißbillige, dieser aber - Entschuldigung hin oder her - auf alle Fälle geladen werden müsse. Darauf hatte Dr. Hausmann auf seine angedrohten Konsequenzen verzichtet. Noch ungeklärt blieb zunächst der Konflikt mit Kaßner. Dieser habe zwar das Hausrecht in der StVO-Versammlung. Fraglich bleibe aber, ob er ein Magistratsmitglied in der Erfüllung amtlicher Pflichten behindern könne.

Neben diesen negativen Faktoren mag auch eine verstärkte eigene positive Propaganda den Konservativen Wähler zugeführt haben. Die zweitägigen Feiern zum 85. Geburtstag des Reichspräsidenten v. Hindenburg mögen manchen daran erinnert haben, daß bei den Reichspräsidentenwahlen im Frühjahr der Gefreite Hitler gegen seinen Generalfeldmarschall angetreten war, um ihm das höchste Staatsamt streitig zu machen. Bereits am Abend des 1.10. zelebrierte die Reichswehr den Großen Zapfenstreich auf dem Wilhelmsplatz, der kein halbes Jahr später schon Adolf-Hitler-Platz heißen sollte. Dem sonntäglichen Wecken am 2.10. folgte nach Militärgottesdiensten am Mittag eine Parade der Standorttruppen auf dem Hofe der Grenadierkaserne. Ein einstündiges Militärkonzert auf dem Striegauer Platz lockte anschließend viele Bürger an.

Am selben Wochenende warb das Landestreffen der „Scharnhorst-Jugend“ in Schweidnitz für die deutschnationale Sache. Etwa 4000 Jungmänner versammelten sich am Abend zu einem Fackelzug. Auf den geplanten eigenen Zapfenstreich verzichteten sie, um der Reichswehr keine Konkurrenz zu machen. Nach gemeinsamem Kirchgang am Sonntag marschierten sie in zwei Kolonnen zu einem Werbeumzug durch die Stadt. Am Nachmittag nimmt der Landesführer auf dem Kleinen Exerzierplatz beim Landesappell die Parade ab. Daran schließen sich Sportwettspiele. Abendliche Werbeveranstaltungen im Volksgarten, der Braukommune und dem Kaiserhof blieben gewiß nicht ohne Einfluß auf prospektiv konservative Wähler.

Obwohl die NSDAP bei der Wahl über 1400 Stimmen einbüßte, blieb sie aber auch in Schweidnitz trotz der Zunahme der DNVP um gut 1000 und der KPD um etwa 500 Stimmen mit Abstand die stärkste politische Kraft. Nachdem der neue Stadtrat Trzeciak Ende November sein Mandat als StVO niedergelegt hatte, rückte in der StVO-Sitzung am 15.12. Tapezierer Karl Köhler in die vierköpfige Fraktion nach. Kaum jemand ahnte an Weihnachten und am Jahresende, daß nur vier Wochen später, am 30. Januar 1933, Adolf Hitler, der Führer der in den Wahlen geschwächten NSDAP, zum Reichskanzler berufen, am vorläufigen Ziel seiner Wünsche sein würde.

Horst Adler
Kornweg 9
93049 Regensburg
Adler-Regensburg@t-online.de